



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

**Wandel in der russländischen Außenpolitik seit dem Amtsantritt von
Präsident Medwedew unter besonderer Berücksichtigung
der euro-atlantischen Beziehungen**

Verfasserin

Elisabeth Rebhandl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt
Studienrichtung lt. Studienblatt
Betreuer:

A 300
Politikwissenschaft
a.o. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Danksagung

Zunächst möchte ich Herrn a.o. Univ.-Prof. Dr. Höll für die unkomplizierte Betreuung und die wertvollen fachlichen Anregungen sehr herzlich danken. Auch Florian und Andreas bin ich für das Korrekturlesen und die Hilfe beim Layout sehr dankbar.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie, vor allem meinen Eltern Johann und Auguste sowie meiner Großmutter Pauline für ihr Verständnis, ihr Vertrauen und ihre wertvolle finanzielle Unterstützung. Auch meinem Bruder Martin und seiner Frau Bernadette, die mir stets mit Rat und Tat zur Seite standen, gebührt mein aufrichtiger Dank.

Besondere Erwähnung verdienen Johanna und ihre besondere Art der Unterstützung. Ich möchte ihr auf diesem Wege meinen unendlichen Dank und meine tiefe Bewunderung aussprechen.

Abkürzungen

ABM	Anti-Ballistic-Missile
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
GPALS	Global Protection Against Limited Strikes
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
ICBM	Intercontinental Ballistic Missiles
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
IWF	Internationaler Währungsfond
KPRF	Kommunistische Partei der Russländischen Föderation
KSE-Vertrag	Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MAD	Mutually Assured Destruction
MBFR	Mutual Balanced Force Reduction
MIRV	Verbot der Bestückung von Raketen mit Mehrfachsprengköpfen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NNV	Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag
NUS	Neue Unabhängige Staaten
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
RSFSR	Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SDI	Strategic Defence Initiative
SLBM	Sea-Launched Ballistic Missiles
SORT	Strategic Offensive Reductions Treaty, „Moskauer Vertrag“
START	Vertrag über die Abrüstung strategischer Abschusseinrichtungen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
USD	US-Dollar
WTO	World Trade Organization

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen.....	v
Abbildungsverzeichnis.....	ix
Tabellenverzeichnis	xi
1. Einleitung.....	1
1.1 Einführung in das Thema.....	1
1.2 Erkenntnisinteresse	3
1.3 Relevanz des Themas.....	5
1.4 Stand der wissenschaftlichen Forschung	5
1.5 Aufbau der Arbeit	6
2. Theorie und Methode	9
2.1 Zentrale Begrifflichkeiten.....	9
2.2 Die realistische Schule und ihre Aussagen zu Außenpolitik	15
2.3 Die Autoritarismustheorie.....	20
2.4 Herausforderungen in der theoriegeleiteten Analyse der russischen Außenpolitik...	21
2.5 Methodische Herangehensweise bei der Auswertung des Materials.....	24
3. Rahmenbedingungen, Fähigkeiten und Ressourcen der russländischen Außenpolitik	27
3.1 Die geografische Lage Russlands und ihre Implikationen für die Außenpolitik.....	27
3.2 Die Bevölkerung der Russländischen Föderation.....	28
3.3 Die politische Dimension.....	29
3.4 Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	31
3.5 Das militärische Potenzial.....	33
4. Die Rolle des Präsidenten in der Gestaltung der russländischen Außen- und Sicherheitspolitik.....	35
4.1 Die Entwicklung des politischen Systems der Russländischen Föderation bis 1993.	35
4.2 Das politische System der Russländischen Föderation seit 1993	42
5. Die Entwicklung der nationalen Interessen, der Strategien und Mittel in den Beziehungen zum euro-atlantischen Raum	47
5.1 Die Interessen der sowjetischen Außenpolitik.....	47
5.2 Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Russländischen Föderation nach dem Ende der Bipolarität	52
5.3 Die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum unter Präsident Jelzin	55
5.4 Die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum unter Präsident Putin	68
5.5 Die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum unter Präsident Medwedew	81
5.6 Zusammenfassung der Teilergebnisse	93
6. Conclusio.....	101
7. Ausblick	105
Bibliographie.....	109
Abstract	121
Lebenslauf.....	123

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Geburtendefizit der Russländischen Föderation im Fünfjahresabstand.28

Abbildung 2: Relative jährliche Änderung des BIP der Russländischen Föderation..31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Sachbereiche der Außenpolitik	4
Tabelle 2: Kooperationen der Russländischen Föderation	65
Tabelle 3: Kooperationen der Russländischen Föderation	78
Tabelle 5: Ministerpräsidenten der Russländischen Föderation (1992-1999)	95
Tabelle 6: Ministerpräsidenten der Russländischen Föderation (ab 1999).....	95
Tabelle 7: Die russländischen nationalen Interessen aus neorealistischer Sicht.....	96

1. Einleitung

1.1 Einführung in das Thema

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verfolgen die euro-atlantischen Staaten das Ziel die jahrzehntelange Teilung des europäischen Kontinents zu überwinden. In der Charta von Paris erklären die Unterzeichnerstaaten¹ und ehemaligen Kontrahenten im Ost-West-Konflikt: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, daß sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“² Die angestrebte europäische Einheit soll auf der Achtung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhen. Auch die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bekennt sich mit der Unterschrift ihres Staatsoberhauptes Michail Gorbatschow zu diesen Werten.³

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion werden in die Transformation der Neuen Unabhängigen Staaten, vor allem in jene des größten und mächtigsten Nachfolgestaates, der Russländischen Föderation, große Erwartungen gesetzt. Gemeinsam mit einer russländischen Führung, die sich nicht nur von der Planwirtschaft sondern von der gesamten kommunistischen Ideologie verabschiedet und die sich der Etablierung westlicher Werte verpflichtet fühlt, soll so rasch wie möglich eine europaweite Sicherheitsarchitektur errichtet werden, die von Kooperation und nicht von Konfrontation und Misstrauen geprägt ist. Dieses Ziel konnte aufgrund von Interessensgegensätzen und der Entstehung neuer Konfliktlinien bis heute nicht erreicht werden (vgl. Schulze 2010, 94).

¹ Zu den Unterzeichnerstaaten zählen Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irland, Island, Italien - Europäische Gemeinschaft, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechische und Slowakische Föderative Republik, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern, siehe: Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1990). Charta von Paris für ein neues Europa, 2, online abrufbar unter: <http://www.osce.org/de/mc/39518> [01.01.2012].

² Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1990). Charta von Paris für ein neues Europa, 3, online abrufbar unter: <http://www.osce.org/de/mc/39518> [01.01.2012].

³ Siehe: Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1990). Charta von Paris für ein neues Europa, 3, online abrufbar unter: <http://www.osce.org/de/mc/39518> [01.01.2012].

Die aus westlicher Sicht unzureichende Demokratisierung der Russländischen Föderation, die schweren Menschenrechtsverletzungen im ersten und im zweiten Tschetschenienkrieg sowie die sich vor allem seit dem Amtsantritt von Präsident Putin im Jahr 2000 herausbildenden autoritären Tendenzen und wiederbelebten Großmachtambitionen belasten die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum enorm. Zirka zwei Jahrzehnte nachdem Michail Gorbatschow und George Bush sen. im Jahr 1989 das Ende der Systemkonfrontation verkündet haben (vgl. Altrichter 2009, 9), erreichen diese mit der Verschärfung des Georgien-Konflikts im Laufe des Jahres 2008 einen vorläufigen Tiefpunkt. Während in den 1990er Jahren die destabilisierenden Tendenzen in der Russländischen Föderation und die von der Systemtransformation provozierten, politischen und wirtschaftlichen Systemkrisen die europäische Sicherheit bedrohten, sind es im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends die aggressiven Forderungen einer selbstbewussten, einflussreicheren und wirtschaftlich aufstrebenden Macht, die im Zweifelsfall nicht davor zurückschreckt ihre nationalen Interessen gewaltsam durchzusetzen (vgl. Mommsen 2010, 468-473). Umso größer sind daher die Hoffnungen des Westens, dass mit dem Amtsantritt des neuen russländischen Präsidenten Dmitri Medwedew im Jahr 2008 eine neue Ära in den Beziehungen zum Westen anbricht. Er gilt als liberaler Modernisierer (vgl. Rahr 2009, 229), der Demokratie und Kooperation den Großmachtattitüden vorzieht. Im noch 2008 verabschiedeten außenpolitischen Konzept der Russländischen Föderation werden die Gewährleistung von regionaler und globaler Sicherheit, die Eindämmung bestehender und die Vermeidung neuer Konflikte als zentrale Zielsetzungen der russländischen Außenpolitik bezeichnet.⁴ Zur Erreichung dieser werden kooperative Beziehungen mit den westlichen Staaten, die Errichtung einer neuen und umfassenden europäischen Sicherheitsarchitektur und die Entwicklung einer gleichberechtigten, strategischen Partnerschaft mit den USA angestrebt. Die Bedeutung der Europäischen Union (EU) als hauptsächlicher Handels- und Modernisierungspartner wird besonders betont.⁵

Wie jedoch im Laufe der Arbeit zu zeigen sein wird, erfordert eine profunde Analyse der russländischen Außenpolitik seit dem Amtsantritt Medwedews die Auseinandersetzung mit zahlreichen Widersprüchen. Diese betreffen die Frage nach der realen Machtverteilung zwischen Präsident Medwedew und dem bisher mächtigsten russländischen Minis-

⁴ siehe Kapitel I *General Provisions* des außenpolitischen Konzepts Russlands aus dem Jahr 2008, online abrufbar unter: <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

⁵ siehe Kapitel IV *Regional Priorities* des außenpolitischen Konzepts Russlands aus dem Jahr 2008, online abrufbar unter: <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

terpräsidenten Wladimir Putin. Da die russländische Verfassung aus dem Jahr 1993 maximal zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden des Präsidenten zulässt, gehen zahlreiche Beobachter davon aus, dass Medwedew lediglich als „technischer Präsident“ (Mangott 2011a, 2) fungiert, während sein Vorgänger und nunmehrige Ministerpräsident der eigentliche Machthaber im Kreml bleibt und nach einer Amtsperiode Pause wieder ins Präsidentenamt zurückkehren wird (vgl. Mangott 2011a, 2 und Mommsen 2010, 424-429). Diese Interpretation der Rolle Medwedews scheint durch die Tatsache bestätigt, dass nicht er, sondern Putin als Spitzenkandidat bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012 antreten wird. Was die Auswirkungen des anstehenden Präsidentenwechsels auf die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum betrifft, so befürchten viele Beobachter, dass eine oder sogar zwei weitere Amtsperioden Putins weder zum erhofften außen- und innenpolitischen Wandel noch zu einer Modernisierung des Landes führen wird, was die Beziehungen zum Westen auch in Zukunft belasten könnte (vgl. Stewart 2011, 1-4).

1.2 Erkenntnisinteresse

In der vorliegenden Diplomarbeit soll unter Anwendung des (Neo-)Realismus geklärt werden, ob während der Präsidentschaft Medwedews eine Neuausrichtung der russländischen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Europa und den USA stattgefunden hat. Dies soll anhand der *Ausgestaltung der euro-atlantischen Sicherheitsstruktur* und der *Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle* während der Präsidentschaft Jelzins, Putins und Medwedews untersucht werden. Von besonderer Relevanz ist hierbei die Rolle, die dem Präsidenten in der Formulierung und Durchsetzung der Außenpolitik zukommt. Unter Anwendung der Autoritarismustheorie soll die Stellung, die der Präsident im politischen System der Russländischen Föderation einnimmt, näher beschrieben werden. Eine zentrale Bedeutung kommt den Chancen bzw. Konfliktpotenzialen zu, die sich aufgrund der Außenpolitik von Präsident Medwedew und seiner Vorgänger für die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum ergeben.

Wie aus der untenstehenden Darstellung (vgl. Tabelle 1) hervorgeht, unterscheidet Wilhelm zwischen drei Sachbereichen der Außenpolitik eines Staates: der Sicherheit, der Wirtschaft und der Herrschaft (vgl. Wilhelm 2006, 15).

Sachbereich	Sicherheit	Wirtschaft	Herrschaft
Erkenntnisgegenstand	Sicherheit der Gesellschaft	Maß der Verwundbarkeit und Abhängigkeit, Wohlfahrt	Teilhabe der gesellschaftlichen Akteure
Ziele/Aufgaben der Außenpolitik	Integrität Territorialität Souveränität Überlebensfähigkeit Entwicklungschancen	Daseinsvorsorge Gesellschaftlicher Zusammenhalt Wettbewerbsfähigkeit	Partizipationsgrad Verteilungsgerechtigkeit Konsens

Tabelle 1: Sachbereiche der Außenpolitik. Quelle: Wilhelm 2006, 15

Während auf die Darstellung der russländischen Aktivitäten im Bereich der Außenwirtschaft größtenteils verzichtet wird, widmet sich die Arbeit, unter Berücksichtigung des dritten Sachbereichs, der Art der verwirklichten *Herrschaft*, in erster Linie dem ersten Sachbereich, der *Sicherheit*.

1.2.1 Hauptfrage

Inwieweit haben sich die sicherheitspolitischen Interessen der russischen Außenpolitik seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew verändert?

1.2.2 Unterfragen

Wodurch unterscheidet sich die außenpolitische Strategie Medwedews von jener Putins und Jelzins?

Welche Rolle kommt dem Präsidenten in der Gestaltung der Außenpolitik zu?

Inwieweit hat sich das Verhältnis zu den USA, zu Europa und zur NATO seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew verändert?

Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht die Zeit seit dem Amtsantritt von Präsident Dmitri Medwedew im Jahr 2008. Dennoch erscheint es notwendig, den in der Untersuchung berücksichtigten Zeitraum auszudehnen und die wichtigsten Etappen seit dem Beginn des Ost-West-Konflikts darzustellen. Der Untersuchungszeitraum endet mit der Bekanntgabe der neuerlichen Kandidatur Putins als Präsident Ende September 2011⁶.

⁶ siehe:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/putin_setzt_medwedew_auf_wahlliste_1.12635127.htm
[05.11.2011].

1.3 Relevanz des Themas

Die sicherheitspolitische Zukunft des Westens ist aus mehreren Gründen eng mit jener Russlands verknüpft. So blickt Russland, ein Nachbarstaat der EU und den USA, gemeinsam mit einer nicht unbeträchtlichen Anzahl an EU-Mitgliedstaaten auf eine sozialistische Vergangenheit zurück. Die ideologischen und politischen Gemeinsamkeiten sowie die Erfahrung der Systemtransformation prägen bis heute die sicherheitspolitische Realität dieser Staaten⁷. Auch nach dem Ende der Systemauseinandersetzung mangelt es an gegenseitigem Vertrauen und einem zukunftsfähigen Konsens, wie eine globale aber auch euro-atlantische Sicherheit nachhaltig gewährleistet werden kann. Die Konflikte mit den USA, dem Verbündeten im Zweiten Weltkrieg und dem späteren Gegner im Kalten Krieg, konnten trotz zahlreicher Formen der Kooperation nicht endgültig beseitigt werden. Die russländischen Interessen in der Rüstungskontrolle oder der Sicherung von Energieabsatzmärkten scheinen mit westlichen Zielen häufig unvereinbar. Außerdem belasten die Vorwürfe vieler westlicher Akteure, die russländische Führung regiere autoritär und missachte wichtige Menschenrechte, die Beziehungen. Die Relevanz des Themas begründet sich vor allem in den Herausforderungen, die sich im Zuge der Gewährleistung von Sicherheit für Ost und West gleichermaßen ergeben (vgl. Rahr 2011, 89-131).

1.4 Stand der wissenschaftlichen Forschung

Die gewählte Problemstellung *Wandel in der russischen Außenpolitik seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew unter besonderer Berücksichtigung der euro-atlantischen Beziehungen* lässt eine Zuordnung zur Außenpolitikforschung zu. Es handelt sich hierbei allerdings um ein Gebiet, das auch im 21. Jahrhundert noch keine Theorien großer Reichweite ausgebildet hat (vgl. Peters 2007, 816). Es wurde lange Zeit weder von der Politikwissenschaft noch von den Internationalen Beziehungen als eigenständiger Forschungsbereich betrieben. Bis heute arbeiten die Vertreter der Außenpolitikforschung eher mit theoretischen Ansätzen als mit vollständigen Theorien. Ältere theoretische Abhandlungen, die auch Außenpolitik thematisieren, können der Public Policy Forschung, der Diplomatiegeschichte, dem Völkerrecht, der Politischen Philosophie oder der Staatslehre zugeschrieben werden (vgl. Menzel 2001, 28 zit. nach Wilhelm 2006, 36). Auch

⁷ In allen Ländern, in denen die sozialistischen Systeme zusammengebrochen sind, können „funktional Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft“ (Beyme 1994, 12) beobachtet werden.

heute greift die Außenpolitikforschung auf Theorien der Internationalen Beziehungen, der Politischen Theorie und der Vergleichenden Regierungslehre zurück (vgl. Wilhelm 2006, 36). Andreas Wilhelm bietet in *Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse* aus dem Jahr 2006 eine umfassende Einführung in die Außenpolitik als Forschungsgebiet (vgl. Wilhelm 2006). Ein Journal, das sich seit 2005 explizit der Außenpolitikforschung widmet und intensiv an der theoretischen Debatte teilnimmt ist das *Foreign Policy Analysis Journal*.⁸ Vor allem in englischer Sprache sind umfassende theoretische Studien zur Außenpolitik Russlands erschienen. Robert H. Donaldson und Joseph L. Noguee weisen in ihrer 2005 publizierten Darstellung der zaristischen, sowjetischen und postsowjetischen Außenpolitik *The Foreign Policy of Russia. Changing Systems, enduring Interests* darauf hin, dass sich die Gleichzeitigkeit von *Kontinuität* und *Wandel* als folgenschwere Charakteristika der russländischen Beziehungen zu anderen Staaten erweisen (vgl. Donaldson/Noguee 2005, 3). Diese werden auch von Andrei Tsygankov in seiner im Jahr 2006 publizierten Untersuchung *Foreign Policy. Change and Continuity in National Identity* thematisiert (vgl. Tsygankov 2006). Eine relativ aktuelle Studie von Marcel de Haas aus dem Jahr 2010 *Russia's Foreign Security Policy in the 21st Century. Putin, Medvedev and beyond* widmet sich einem Vergleich der Außenpolitik Putins mit jener Medwedews (vgl. Haas 2010). Gerhard Mangott stellt in seinem 2009 erschienen Werk *Der russische Phönix. Das Erbe aus der Asche* (vgl. Mangott 2009) die zentralen außen- und innenpolitischen Entwicklungslinien seit der Unabhängigkeit Russlands Anfang der 1990er Jahre dar. Die Veröffentlichung von Alexander Rahr *Der Kalte Freund. Warum wir Russland brauchen: Die Insider-Analyse*, die sich intensiv den Beziehungen Russlands zum Westen widmet, verdient aufgrund ihrer Aktualität und ihrer Themenbreite besondere Beachtung (vgl. Rahr 2011).

1.5 Aufbau der Arbeit

Nach der Einleitung im ersten Kapitel folgen im zweiten Kapitel Definitionen der Begriffe *Russland*, *Außenpolitik*, *Interesse* und *Großmacht* sowie eine Einführung in die Theorien des (Neo-) Realismus und des Autoritarismus. Das dritte Kapitel erläutert den internationalen, das vierte den innerstaatlichen Kontext, in den sich die russländische Außenpolitik einbettet. Das fünfte Kapitel widmet sich der theoriegeleiteten Analyse der russländischen Außenpolitik. Zur Erfassung der wichtigsten Entwicklungslinien seit dem Zu-

⁸ siehe Homepage des Journals: <http://www.wiley.com/bw/journal.asp?ref=1743-8586> [11.11.2011].

sammenbruch der Sowjetunion werden die Präsidentschaften Jelzins, Putins und Medwedews, deren innen- und außenpolitischen Entwicklungen und Interessen, sowie die jeweiligen Beziehungen zum euro-atlantischen Raum gegenübergestellt. Mit der Präsentation der Teilergebnisse und der Beantwortung der Unterfragestellungen wird in das sechste Kapitel, das Conclusio, übergeleitet. Dieses widmet sich einem Gesamtfazit in Bezug auf die Hauptfragestellung der Arbeit und klärt ob seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew ein Wandel in der russländischen Außenpolitik stattgefunden hat. Im siebten Kapitel, dem Ausblick, werden aktuelle Tendenzen erläutert und potenzielle Szenarien vorgestellt.

2. Theorie und Methode

2.1 Zentrale Begrifflichkeiten

2.1.1 Russland

Der Begriff *Russland* hat jahrhundertlang eine rein geographische Konnotation erfahren (vgl. Trenin 2005a, 11). Erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich dieser politisch aufgeladen. Dies äußerte sich in den Debatten um die adäquate Bezeichnung des größten Nachfolgestaates der Sowjetunion. Während sich die ethnischen Russen für die Staatsbezeichnung *Russland* aussprachen, waren es vor allem die nicht-russischen Ethnien, die für die Bezeichnung *Russländische Föderation* votierten. Bei der Staatsbezeichnung Russländische Föderation handelt es sich also um einen nach langwierigen Interessenauseinandersetzungen erzielten Kompromiss (vgl. Trenin 2005a, 22). Schließlich differenziert die russische Sprache zwischen jenen Bezeichnungen, die sich auf die ethnische Herkunft und jene die sich auf die Staatsbürger unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit beziehen: *русские* (nom.) (russkie, Russen – bezieht sich auf diese als ethnische Mehrheit), *русский* (adj.) (russki, russisch), *Россия* (nom.) (Rossija, Russland), *российский* (adj.) (rossijski, russländisch – bezieht sich auf die Russländer als Staatsbürger gleich welcher Ethnie), und *Российская Федерация* (nom.) (Rossijskaja Federazija, Russländische Föderation). In der vorliegenden Arbeit wird das Adjektiv *russisch* verwendet, wenn explizit auf die ethnischen Russen Bezug genommen werden soll. Ansonsten wird auf *russländisch* zurückgegriffen um so bewusst die supraethnische Dimension des Begriffes anzuzeigen (vgl. Kappeler 2005, 13-15).

2.1.2 Außenpolitik

Die Begriffsbestimmungen von *Außenpolitik* und ihrer Dimensionen variieren je nach Denkschule und theoretischer Orientierung. Die meisten wissenschaftlichen Abhandlungen sind sich aber darin einig, dass der Begriff der Außenpolitik nicht mehr mit jenem der Diplomatie⁹ gleichgesetzt und die Außenpolitik eines Staates von dessen Innenpolitik, sowie von der internationalen und transnationalen Politik differenziert wird. Aus analyti-

⁹ Diplomatie bezeichnet laut Wilhelm eher die "Handhabung der internationalen Beziehungen durch Verhandlungen" (Wilhelm 2006, 7) als sämtliche der Außenpolitik zugeordneten Strategien sowie Themen- und Handlungsbereiche.

scher Perspektive können zwar Überschneidungen zwischen der internationalen Politik¹⁰ und der Außenpolitik festgestellt werden, allerdings sind die Außenpolitiken der einzelnen Staaten keineswegs die einzigen Bestandteile der internationalen Politik. Bei Letzterer geht es um Strukturen und Prozesse, die, würde man sie bloß als Gesamtheit der Außenpolitiken von Nationalstaaten betrachten, nicht ausreichend untersucht werden könnten (vgl. Wilhelm 2006, 1-8). Während die internationale Politik auf eine Vielzahl von Akteuren (mindestens zwei) angewiesen ist, stellt die Außenpolitik stets eine auf einen bestimmten Staat bezogene Politik dar (vgl. Lemke 2008, 2-5).

Hudson versteht unter dem englischen Terminus für Außenpolitik *foreign policy* „all that occurs between nations and across nations“ (Hudson 2005, 1). Angelehnt an Hudson und eine akteursorientierte Außenpolitikanalyse kann Außenpolitik als zwischen- und überstaatliche Interaktionen definiert werden (vgl. Hudson 2005, 21). Sie kann sich in konkreten Handlungen manifestieren, oder sich aber im Unterlassen dieser äußern (vgl. Seidelmann 2011, 3). Prinzipiell basiert Außenpolitik auf Entscheidungen von Einzelpersonen oder einer Gruppe. Hans Morgenthau, der Gründer des Realismus, führt sämtliches politisches Handeln auf die Natur des Menschen zurück und ist hierbei von der Gültigkeit objektiver Gesetzmäßigkeiten überzeugt (vgl. Morgenthau 1963, 49). Auch Hudson bezeichnet den Menschen als Basis von internationaler Politik im Allgemeinen und von Außenpolitik im Speziellen (vgl. Hudson 2005, 1). Der Neorealist Kenneth Waltz weist darauf hin, dass die Analyse der menschlichen Natur nicht ausreiche um Politik wirklich erklären zu können: „Since everything is related to human nature, to explain anything one must consider more than human nature. The events to be explained are so many and so varied that human nature cannot possibly be the single determinant.“ (Waltz 2001 [1954], 80)

Die wissenschaftliche Analyse stellt häufig das außenpolitische Auftreten von Staaten in den Mittelpunkt ihres Erkenntnisinteresses (vgl. Hudson 2005, 1 und Gerner 1995, 18). In Abhängigkeit von seinen grundlegenden Interessen verfolgt ein Staat, so Wilhelm, das Ziel der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse nicht nur im Bereich der Sicherheit, sondern auch in jenen der Wirtschaft und der Herrschaft (vgl. Wilhelm 2006, 15). Sei-

¹⁰ Der Begriff *internationale Politik* ist mit jenem der *internationalen Beziehungen* nicht völlig ident. Letztere werden üblicherweise weiter gefasst. Während in der internationalen Politik Akteure betrachtet werden, die völkerrechtlichen Status besitzen, erlaubt die Untersuchung der internationalen Beziehungen auch jene Akteure miteinzubeziehen, die keine völkerrechtlichen Subjekte sind (vgl. Wilhelm 2006, 1).

delmann betont, dass sich in der Außenpolitik eines Landes die „allgemeinpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen Interessen“ (Seidelmann 2011, 1) eines Staates gegenüber seinem internationalen Umfeld manifestieren. Die Bedeutung von Interessen wird vor allem von vielen klassischen Definitionen von Außenpolitik unterstrichen: Außenpolitik wird demnach als ein „nach außen orientiertes, zielgerichtetes und *interessengeleitetes Entscheidungshandeln*“ (Wilhelm 2006, 7) definiert. Die Träger der Außenpolitik können klar identifiziert werden, wobei dem Staat eine entscheidende Bedeutung zukommt (vgl. Wilhelm 2006, 7).

Die Außenpolitik eines Staates gestaltet sich in Abhängigkeit vom internationalen System und von der Außenpolitik anderer Staaten und wird vor allem von den Einschätzungen der außenpolitischen Akteure über das Wesen der sie umgebenden außerstaatlichen Umwelt beeinflusst (vgl. Seidelmann 2011, 3 und Hartmann 1988, 18). Nicht nur sicherheitspolitische oder ökonomische Fragen spielen in der außenpolitischen Ausrichtung eines Landes eine wichtige Rolle. Auch der Umweltschutz, die Menschenrechte, die Demografie, die Energie- und Lebensmittelpolitik und die Entwicklungshilfe werden in der Politikformulierung berücksichtigt (vgl. Breuning 2007, 5-6). Die Größe des jeweiligen Staates ist hierbei nicht unwesentlich: Kleine Staaten, so eine weit verbreitete Ansicht, können im Gegensatz zu großen Staaten die internationalen Beziehungen nicht grundlegend verändern. Ihr Gestaltungspotenzial bleibt beschränkt (vgl. Filzmaier u.a. 2006b, 5). Sie werden daher auch als „**Entwicklungsnehmer**“ (Filzmaier u.a. 2006b, 5) bezeichnet. Nach Seidelmann resultieren außenpolitische Entscheidungen im Aufbau eines „Beziehungsmusters“ (Seidelmann 2011, 3), das nicht nur aus Staaten sondern auch aus privaten Akteuren besteht und dessen Charakter mitunter, wenn vorhanden, von der außenpolitischen Strategie bestimmt wird (vgl. Seidelmann 2011, 1). Außenpolitik kann auch als „komplexe[r] **bargaining**-Prozess von Staatsorganen, politischen Parteien, wirtschaftlichen Interessenvertretungen, Medien, Unternehmen, Nicht-Regierungs-Organisationen usw.“ (Filzmaier u.a. 2006a, 48) beschrieben werden.

Als Teildisziplin der Sozialwissenschaften erfasst die *Außenpolitikanalyse* die Wahrnehmungen, Handlungen und Prägungen von Menschen sowie die Art und Weise wie letztere selbst auf ihre Umwelt einwirken (vgl. Hudson 2005, 1). Harnisch verortet den Beginn der Herausbildung einer Außenpolitikforschung in den 1950er Jahren (vgl. Harnisch 2003, 313). Ihre Entwicklung als eigenständige Disziplin erfolgt in verschiedenen Phasen,

die sich in der methodischen Herangehensweise, dem theoretisch begründeten Erkenntnisinteresse und dem internationalen politischen Kontext, in den sich nicht nur die Außenpolitik sondern auch deren Analyse einbettet, unterscheiden. Die profunde Umgestaltung des internationalen Systems seit 1989 hat einen regelrechten „Epochenwandel“ (Harnisch 2003, 314) provoziert (vgl. Wilhelm 2006, 35 und Harnisch 2003, 314).

Die mittlerweile „dritte Generation“ der Außenpolitikforschung widmet sich der konstatierten „Vergesellschaftung von Außenpolitik“¹¹ (Wilhelm 2006, 35), der Rolle nicht-staatlicher Akteure und den Auswirkungen der Neuentwicklungen in den weltweiten internationalen Beziehungen. Auch die Außenpolitikforschung hat sich durch den vom Konstruktivismus angestoßenen Paradigmenkonflikt¹² nachhaltig verändert (vgl. Wilhelm 2006, 35-36).

2.1.3 Interesse

Zum „im Sinne von Macht verstandene[n] Begriff des Interesses“ (Morgenthau 1963, 50) schreibt Morgenthau, dass erst dieser eine Theoriebildung der internen bzw. internationalen Politik ermögliche. Mit dem Terminus *Interesse* verknüpft er die Möglichkeit „zwischen politischen und nichtpolitischen Tatsachen“ (Morgenthau 1963, 50) zu differenzieren. Außerdem erfüllt dieser Begriff eine gewisse Ordnungsfunktion (vgl. Morgenthau 1963, 50).

Der Realismus geht davon aus, dass ein Staat im Zuge seiner Handlungen stets das Ziel der Umsetzung des nationalen Interesses verfolgt. Die Ausübung von Macht¹³ spielt hierbei eine zentrale Rolle (vgl. Lemke 2008, 15). Das wichtigste nationale Interesse betrifft die Wahrung der eigenen Sicherheit. Frankel jedoch warnt, dass aufgrund der häufigen

¹¹ Häufig werden die konstatierten „äußere[n] und innere[n] Souveränitätsverluste“ des Staates als Folge der grenzübergreifenden und innergesellschaftlichen Vernetzung beschrieben. Die Überlappung von Staat und Gesellschaft begründet die Verwendung des Ausdruckes „Vergesellschaftung von Außenpolitik“ (vgl. Wilhelm 2006, 35).

¹² Im Gegensatz zu den oben genannten Definitionen stellt der Konstruktivismus nicht Interessen sondern „kollektive[...] Identitäten und gesellschaftliche[...] Selbst- und Fremdbilder[...]“ (Wilhelm 2006, 8) sowie Normen als ausschlaggebende Faktoren des außenpolitischen Handelns in den Mittelpunkt seiner Analyse. Die wesentliche Eigenschaft dieser Normen ist ihre, durch den Lauf der Zeit bedingte, Veränderlichkeit (vgl. Collin 2008, 9). Aus diesem Grund muss aus Sicht der Konstruktivisten jegliche Erkenntnisleistung in deren räumlichen und zeitlichen Kontext gesetzt werden (vgl. Lemke 2008, 36).

¹³ „Die existentielle Unsicherheit im menschlichen Daseinsempfinden erfordere den Machttrieb, so Morgenthau, schon aus Selbsterhaltungsgründen. Auf das Staatensystem übertragen bedeutet dies, dass jeder Staat ein maximales Interesse daran haben muss, die eigene Macht zu sichern und zu vergrößern, um die Existenz des Staates und damit die eigene Sicherheit zu gewährleisten.“ (Lemke 2008, 16)

Uneindeutigkeit des nationalen Interesses nicht notwendigerweise alle politischen Maßnahmen auf dieses zurückgeführt werden können. In der Analyse müssen das Interesse von den konkreten Handlungen eines Staates und das Interesse des Einzelnen von jenem der gesamten Nation unterschieden werden. Die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse erscheint aber notwendig um weniger essenzielle, aber für die Außenpolitik dennoch bedeutsame Ziele zu verfolgen. Das „Überleben unter erträglichen Bedingungen“ (Filzmaier u.a. 2006a, 49) ist das primäre Ziel von Staaten. (vgl. Frankel 1971, 22 und Filzmaier u.a. 2006a, 48-49)

In seiner Annahme, dass nicht nur militärische Sicherheitsinteressen sondern auch ökonomische Interessen zentral sind, unterscheidet sich der Neorealismus aber vom klassischen Realismus (vgl. Lemke 2008, 17). Das Adjektiv *national*, impliziert, dass es sich beim nationalen Interesse um ein Interesse handelt, das von allen Mitgliedern der Nationalgesellschaft geteilt wird. Man kann daher auch von einem „Kollektivinteresse der Gesellschaft“ (Filzmaier u.a. 2006a, 48) sprechen. Der konkrete Inhalt des nationalen Interesses variiert von Staat zu Staat. Wesentlich ist, dass es sich aber auf das primäre Ziel staatlicher Außenpolitik bezieht. Die Realisten zum Beispiel zählen zu den primären Interessen eines Staates „die Erhaltung der nationalen Sicherheit, die Gewährleistung der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der Schutz der territorialen Grenzen“ (Wilhelm 2006, 42). Zudem kann das nationale Interesse „in der Befriedigung materieller und ideeller Bedürfnisse oder im expansiven, imperialistischen Durchsetzen eigener Gesellschafts- und Wertesysteme bestehen.“ (Schäfer 2007, 7) Dass das nationale Interesse jedoch zwangsläufig auch das allgemeine Interesse einer bestimmten Gesellschaft repräsentiert, wird durchaus bezweifelt. Es stellt sich nämlich die Frage, ob dieses nicht eigentlich das Interesse „einer politischen Elite, einer Partei oder einiger weniger Personen“ (Filzmaier u.a. 2006a, 47) darstellt. Damit ein nationales Interesse überhaupt durchgesetzt werden kann, muss es zunächst von einem Akteur oder einer Gruppe von Akteuren formuliert werden. Erst dann kann dieses unter Rückgriff auf bestimmte Mittel durchgesetzt werden. Welche Interessen von Entscheidungsträgern dann tatsächlich realisiert werden, hängt von der „*Entscheidungssituation*, den *Rahmenbedingungen* und de[n] verfügbaren *Ressourcen* und *Mittel* (Streitkräftepotenzial, Wirtschaftssystem, technologische Entwicklung u.a.)“ (Wilhelm 2006, 42) ab.

2.1.4 Sicherheit und Sicherheitspolitik

Das klassische Verständnis von Sicherheit, das die „Unversehrtheit des nationalstaatlichen Territoriums, den Erhalt der uneingeschränkten Souveränität und die Garantie nationaler Selbstbestimmung“ (Gareis/Varwick 2006, 76) umfasst und Bedrohungen in erster Linie als von außen einwirkende Risiken klassifiziert, hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte erweitert. Die Herstellung von Sicherheit wird demnach nicht mehr auf eine militärische Dimension reduziert. Ein umfassendes sicherheitspolitisches Konzept zielt auf eine Integration außen- und sicherheitspolitischer, ökonomischer und finanzpolitischer sowie umwelttechnischer und entwicklungspolitischer Aspekte ab um so eine Berücksichtigung sämtlicher für die Sicherheit eines Staates wesentlicher Fragen zu ermöglichen (vgl. Gareis/Varwick 2006, 76). Die Herstellung von Sicherheit erfordert die Bewältigung bzw. Beseitigung von Bedrohungen, die nicht nur die Territorialität, Souveränität oder Identität eines Staates sondern auch seine Wertorientierungen gefährden können (vgl. Filzmaier u.a. 2006, 54-55).

2.1.5 Großmacht

Der wissenschaftliche Diskurs bestimmt den Großmachtstatus eines Landes anhand von drei wesentlichen Merkmalen: Ein Staat gilt dann als *Großmacht*, wenn er erstens über ein Nuklearwaffenarsenal verfügt, das sich durch „eine weitgehend gesicherte Fähigkeit zum atomaren Zweitschlag“ (Klein 2009, 7) auszeichnet. Zentral ist die dadurch erzeugte Abschreckung. Diese soll bewirken, dass andere Staaten auf nukleare oder konventionelle Großangriffe verzichten. Zweitens zeichnet sich eine Großmacht durch funktionstüchtige konventionelle Streitkräfte aus. Das heißt, dass diese im militärischen Konfliktfall mit dem mächtigsten und stärksten Staat nicht von vorn herein unterlegen ist, sondern zu „bestehen“ (Klein 2009, 8) vermag. Es sind nicht nur die Anzahl an Soldaten und verfügbaren Waffen ausschlaggebend, sondern vor allem deren qualitative Merkmale. Diese manifestieren sich im so genannten „Modernisierungsgrad“ (Klein 2009, 8). Dieser gibt Auskunft über den Entwicklungsstand der Bewaffnung gemessen an den jüngsten Fortschritten im rüstungstechnologischen Bereich. Abgesehen von den Waffensystemen wird auch die Qualität der Ausbildung, der Weiterentwicklung und der Führung von Soldaten berücksichtigt. Schließlich sind nur gut qualifizierte Soldaten dazu in der Lage, die Potenziale der Waffensysteme durch korrekte Anwendung voll auszuschöpfen. Drittens verfügt eine Großmacht im Gegensatz zu einer Regionalmacht über „Fähigkeiten zur globalen

Machtprojektion“ (Klein 2009, 8). So beeinflusst diese nicht nur ein regional begrenztes Gebiet, sondern vermag die globale Weltordnung auch militärisch zu gestalten. Ohne Waffen- und Trägersysteme mit großen Reichweiten, einer entsprechenden Logistik, oder Militärstützpunkten in anderen Staaten ist ein weltweiter ordnungs- und machtpolitischer Einfluss ebenso wenig zu realisieren wie ohne der notwendigen Bevölkerungsanzahl, den territorialen und ökonomischen Ressourcen, der politischen Stabilität, der Fähigkeit, auf andere Staaten *soft power* auszuüben oder die Intention tatsächlich die internationale Ordnung zu gestalten (vgl. Klein 2009, 7-8 und Waltz 1993, 8).

2.2 Die realistische Schule und ihre Aussagen zu Außenpolitik

Neben den übrigen drei Ansätzen (dem *Aktions-Reaktions- bzw. Interaktionsansatz* nach Deutsch, dem *Ziel-Mittel-Ansatz* und der Untersuchung von *Bedingungsstrukturen*), die laut Seidelmann zur Erforschung der Außenpolitik eines Landes herangezogen werden, dient vor allem der *macht- oder realpolitische Ansatz* als theoretisches Fundament für die Analyse der Entwicklungen des GUS-Raumes (vgl. Seidelmann 2011, 4).

Der Realismus entsteht in den 30er- und 40er-Jahren des 20. Jahrhunderts in Reaktion auf den Idealismus und dominiert bis in die 1970er Jahre die Internationalen Beziehungen. Erst gegen Ende der 1970er Jahre bildet sich im Zuge der Untersuchung des Ost-West-Konflikts eine neue Variante des Realismus, der Neorealismus von Kenneth Waltz, heraus (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 73). Innerhalb der realistischen Schule gibt es zahlreiche Ausdifferenzierungen¹⁴ (vgl. Jacobs 2010, 54-57). Das Ziel Morgenthau, einem Vertreter des klassischen Realismus, besteht in der Formulierung einer Theorie, die Außenpolitik zu erklären vermag.

Der politische Realismus schafft das theoretische Gerüst einer rationalen Außenpolitik, das die Erfahrung nie ganz erreicht. Gleichzeitig betrachtet der politische Realismus eine rationale Außenpolitik aber auch als gute Außenpolitik; denn nur eine vernunftgemäße Außenpolitik vermindert Gefahren, bringt maximalen Vorteil und entspricht damit dem moralischen Gebot der Vorsicht und dem politischen Erfordernis des Erfolges. (Morgenthau 1963, 53)

¹⁴ Andreas Jacobs bietet einen Überblick über die Weiterentwicklungen des Realismus (vgl. Jacobs 2010, 54-57).

Dass im außenpolitischen Verständnis Morgenthau dem moralischen Handeln ein außerordentlicher Stellenwert zugeschrieben wird, geht aus diesem Zitat deutlich hervor. Für Morgenthau bedeutet das jedoch nicht, dass sich die außenpolitischen Akteure irrational verhalten. Im Gegenteil, die Ratio spielt im Realismus eine große Rolle. Sie äußert sich im permanenten Bestreben den eigenen Vorteil zu maximieren (vgl. Wilhelm 2006, 37). Kenneth Waltz verschreibt sich, im Gegensatz zu Morgenthau, der Entwicklung einer generellen Theorie der Internationalen Beziehungen. Diese soll nicht nur dazu fähig sein den Ausbruch kriegereischer Handlungen zu erläutern, sondern auch Erklärungen dafür bereitstellen, warum sich bestimmte Perioden durch Frieden und nicht durch Krieg auszeichnen (vgl. Schörnig 2010, 67).

Außenpolitische Entscheidungen sind aus der Sicht der realistischen Schule auf die anarchische Struktur des internationalen Systems zurückzuführen. Diese begründet sich im Nebeneinander vieler souveräner Staaten und im gleichzeitigen Fehlen einer übergeordneten Macht, der eine Ordnungsfunktion zugeschrieben werden kann. Man spricht auch von der „Abwesenheit einer Weltregierung oder eines Weltstaates“ (Wilhelm 2006, 43). Staatliches Handeln bewegt sich innerhalb klar definierter Optionen (vgl. Czempiel 2002, 16). Allerdings muss zwischen Fähigkeiten und Absichten eines Staates differenziert werden: „Während die Fähigkeiten eines Staates mit ausreichender Information objektiv *einschätzbar* sind, gibt es immer Unsicherheit über seine wahren *Absichten*.“ (Gärtner 2008, 24) So können auch die Absichten der angrenzenden Staaten nicht vorhergesehen werden. Ein Konflikt mit anderen Staaten wird jederzeit für möglich gehalten. „Der Kampf aller gegen alle ist die Folge, der Krieg dem System immanent.“ (Czempiel 2002, 16). Aus diesem Grund stellt die Macht ein zentrales Ziel der Staaten dar (vgl. Schörnig 2010, 65 und Wilhelm 2006, 43). Den Realisten zufolge werden die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten von dem Ausmaß an Macht bestimmt, das einem Staat zur Verfügung steht. Die Neorealisten hingegen betrachten die Macht als nur eine der relevanten Größen, die staatliches Handeln bestimmen. Entscheidend sind die Handlungsmöglichkeiten, die vom internationalen System gewährt werden (vgl. Lemke 2008, 17).

Kenneth Waltz identifiziert im Gegensatz zu Morgenthau nicht die Macht, sondern die Struktur des internationalen Systems¹⁵ als zentralen Bestimmungsfaktor des Außenverhaltens von Staaten. Daher untersucht der Neorealismus die Umwelt, in die die Staaten eingebettet sind. Prinzipiell können aus der Stellung eines Staates im internationalen System allgemeine Grundsätze über sein Außenverhalten abgeleitet werden. Es handelt sich hierbei um Gesetzmäßigkeiten, die nicht nur für einen bestimmten, sondern für alle Staaten gelten. Obwohl sich diese nämlich in ihren politischen Systemen unterscheiden, ähneln sie sich in ihrem Außenverhalten. Sehr einflussreiche Staaten müssen stets die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass ein anderer Staat sich anschickt ihre Vormachtstellung zu bekämpfen. Das internationale System wird von den Akteuren des Systems (Waltz spricht auch von „units“) und der Struktur des Systems („structure“) bestimmt. Letztere gestaltet sich nicht in Abhängigkeit von den Handlungen oder Zielen der Akteure (vgl. Schörnig 2010, 67-73 und Wilhelm 2006, 49).

Zu den wichtigsten staatlichen Zielen gehören laut Waltz die Sicherheitsinteressen, der Selbsterhaltungstrieb von Staaten und die Unwilligkeit mit anderen Staaten zu kooperieren. Der Neorealismus wird als staatszentrierte Theorie bezeichnet, da er den Staat als den wesentlichsten Akteur in der internationalen Politik definiert (vgl. Schörnig 2010, 65-68). Für die Beschreibung der Struktur des internationalen Systems müssen „(1) das Ordnungsprinzip, (2) die Funktionsspezifizierungen oder Eigenschaften der Akteure und (3) die Ressourcen- bzw. Machtverteilung zwischen den Akteuren“ (Schörnig 2010, 73) berücksichtigt werden.

Das *Ordnungsprinzip* besagt, dass die Struktur entweder hierarchisch oder anarchisch geprägt ist. Die erste Form impliziert, dass es eine Instanz gibt, die über den übrigen Instanzen steht und zudem über die Fähigkeit verfügt, Sanktionen durchzusetzen. Wie Realisten sind auch Neorealisten vom anarchischen Charakter des internationalen Systems überzeugt. Die *Funktionsspezifizierungen* geben darüber Auskunft, ob sich gewisse Staaten in der Funktion, die sie ausüben, unterscheiden. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „Arbeitsteilung“. Waltz geht jedoch davon aus, dass Staaten in den meis-

¹⁵ Waltz unterscheidet die individuelle Untersuchungsebene, die das Verhalten des Einzelnen fokussiert, von jenen des politischen Systems einzelner Staaten und des gesamten internationalen Systems. Das internationale System wirkt unweigerlich auf die Politikformulierung der Staaten ein. Aus diesem Grund fordert Waltz, dass vor allem die Ebene des internationalen Systems zur Erklärung der internationalen Politik untersucht werden muss (vgl. Schörnig 2010, 69-70).

ten Fällen auf eine funktionale Differenzierung verzichten werden. Aus der Verteilung der Macht bzw. der Capabilities kann geschlossen werden, ob ein unipolares, bipolares oder multipolares internationales System¹⁶ besteht (vgl. Schörnig 2010, 73).

Obwohl das Sicherheitsdilemma den Kern der realistischen Theorie ausmacht, widmet sich der Neorealismus dieser Problematik nur am Rande. Das Sicherheitsdilemma entsteht, da die Staaten in einem „Selbsthilfesystem unter den Bedingungen von Anarchie“ (Czempiel 2002, 15) handeln. Der Begriff *Selbsthilfe* impliziert bereits, dass ein Staat, der sich in seinen sicherheitspolitischen Interessen bedroht fühlt, versuchen wird seine Macht zu erweitern.

Die Bildung von Allianzen bzw. der Beitritt zu bestehenden Bündnissen spielt als Teil einer balance-of-power policy¹⁷ eine wichtige Rolle (vgl. Czempiel 2002, 15 und Donaldson/Nogee 2005, 4). Erst die gleichmäßige Verteilung von Macht erhöht die Chancen auf eine nachhaltige Sicherheit. Andere Staaten können im Zuge der Herstellung eines Machtgleichgewichts gravierende Nachteile erleiden: „many of the means by which a state tries to increase its security decrease the security of others“ (Jervis 1978, 169). Die betroffenen Staaten werden daraufhin alles daran setzen um die Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit zu verhindern. Die Folge dieses Kreislaufes ist schließlich die Bedrohung der Sicherheit aller Staaten. „Die Selbsthilfe führt nicht zum Schutz, sondern zur Gefährdung der Staaten.“ (Czempiel 2002, 15). Schließlich umfasst diese auch Maßnahmen wie Aufrüstung und das Messen der eigenen Machtmittel mit jenen der anderen Staaten (vgl. Czempiel 2002, 16 und Schörnig 2010, 75).

Prinzipiell muss nach Ansicht des Neorealismus zwischen der Bildung von Allianzen und engeren Formen der zwischenstaatlichen Kooperation unterschieden werden. Dass im Zuge des Balancing Allianzen entstehen, ist aus neorealistischer Sicht möglich. „Weiterreichende Zusammenarbeit zur Steigerung des gemeinsamen Wohlstands werden Staaten aufgrund der Gefahr potenzieller Abhängigkeiten nicht eingehen.“ (Schörnig 2010, 77).

¹⁶ Im Gegensatz zum unipolar geprägten internationalen System, das von der Existenz eines außerordentlich einflussreichen Akteurs, einem Hegemon charakterisiert ist, zeichnet sich das bipolare System durch die Dominanz von zwei Staaten, das multipolare System durch das Vorhandensein von mehr als zwei Staaten aus (vgl. Schörnig 2010, 74).

¹⁷ Der Realismus geht davon aus, dass Staaten im Zuge einer balance-of-power-policy bzw. des Balancing stets versuchen ein „Gleichgewicht gegenüber der stärksten und mächtigsten *Macht* herzustellen“ (Gärtner 2008, 30).

Schließlich kann nicht gewährleistet werden, dass sich der Bündnispartner an alle Vereinbarungen halten wird „Abhängigkeit und die Gefahr des Betruges sind aus neorealistischer Perspektive vor dem Hintergrund des Strebens nach Sicherheit in einem self-help system nicht hinnehmbar.“ (Schörnig 2010, 77). In der staatenübergreifenden Kooperation sehen die Neorealisten nur bedingt die Möglichkeit Macht zu generieren. Die internationalen Institutionen spielen daher ihrer Meinung nach nur eine geringe Rolle (vgl. Lemke 2008, 16). Darüber hinaus betonen die Realisten, dass erst das Vorhandensein großer und mächtiger Staaten Organisationen wie die NATO oder die UNO ermöglichen (vgl. Hacke 2000, 384).

Czempiel unterscheidet zwischen Außenpolitik als Realpolitik und Außenpolitik als Produkt der Realistischen Theorie. „Die Realpolitik beruht auf der Weitergabe individuell akkumulierten Wissens, das sich in der einschlägigen Bürokratie institutionalisiert und mit den in der Außenpolitik schon immer engagierten Interessen zu einer Tradition verfestigt hat.“ (Czempiel 2002, 11) Prinzipiell konstatiert er, dass zwischen Theorie und außenpolitischer Praxis wenig Austausch stattfindet: Die Realpolitik hinterfragt ihre Maßnahmen nicht im kritischen Licht der Theorie und die Theorie ihrerseits fragt nicht nach deren praktischer Anwendbarkeit. „Der Realismus lässt sich nicht auf das analytische Niveau der Außenpolitik ein, auf dem die Folgen der Systemanarchie doch nachweisbar sein müssten. Ist die Realpolitik theoriefern, so bleibt der Realismus theorieblind.“ (Czempiel 2002, 11) Die realistische Schule wird seiner Ansicht nach „weder den veränderten Bedingungen der euro-atlantischen Welt noch den Komplexitäten des außenpolitischen Entscheidungsprozesses gerecht“ (Czempiel 2002, 12). Außerdem ist der Neorealismus nach Waltz nicht dazu geneigt, über die Besonderheiten und Eigenschaften der Anarchie der Staatenwelt Auskunft zu geben. So vermag er die Wechselwirkungen zwischen Interdependenz und Anarchie nicht zu erfassen. Interdependenzprozesse und eine intensive zwischen- und überstaatliche Kommunikation haben nämlich zu „Übersichtlichkeit und Erwartungsstabilität“ (Czempiel 2002, 12) in den internationalen Beziehungen geführt. Die Erklärung, dass die Selbsthilfe die Entstehung eines Sicherheitsdilemmas notwendigerweise provoziert, ist, so Czempiel, zu kurz gegriffen (vgl. Czempiel 2002, 16).

2.3 Die Autoritarismustheorie

Der Begriff *Autoritarismus* bezeichnet eine bestimmte Art der Herrschaftsverwirklichung. In der Typologisierung von Herrschaftsformen hat es sich durchgesetzt von der von Juan Linz geprägten Trias *Totalitarismus-Autoritarismus-Demokratie* zu sprechen (vgl. Bank 2009, 12). Linz betont den *sui generis* Charakter autoritärer Regime. Sie stellen nicht einfach eine Vermischung von Elementen totalitärer und demokratischer Systeme dar (vgl. Linz 2005, 56). Zur Unterscheidung autoritärer Regime von anderen Herrschaftsformen werden bestimmte Kriterien herangezogen. So spielt die Art und Weise, wie im politischen System Macht erlangt und ausgelebt wird, ebenso eine Rolle wie die Beschaffenheit und Ausprägungen der staatlichen und politischen Organisationen, die Besonderheiten des dominierenden Wertesystems und die Beziehung zwischen der politischen Macht und der gesellschaftlichen Ebene. Es ist die Staatsführung, die darüber entscheidet welcher Aktionsradius politischen und gesellschaftlichen Akteuren eingeräumt wird. Autoritäre politische Systeme zeichnen sich nicht durch die völlige Abwesenheit von Pluralismus aus, er wird jedoch bewusst eingeschränkt (vgl. Linz 2005, 56-57). Im Gegensatz zu totalitären Systemen verzichten autoritäre Regime in der Regel auf „extensive oder intensive politische Mobilisierung“ (Linz 2000, 129).

Im Allgemeinen sind es ein einzelner Führer oder eine kleine Gruppe, die über Macht verfügen und die diese zwar nicht im Rahmen genau beschriebener Normen, aber dennoch nicht völlig willkürlich ausüben. Für Linz ist daher die relative Vorhersagbarkeit der Grenzen staatlicher Machtausübung zentral. In autoritären Regimen spielen Wertigkeiten allgemeinerer Natur wie Patriotismus, Nationalismus, die Modernisierung des Landes oder die Herstellung einer klaren Ordnung eine wichtigere Rolle als bestimmte Ideologien. Dies provoziert häufig eine pragmatischere Politikformulierung als in totalitären Systemen (vgl. Linz 2000, 129 und Linz 2005, 57). Autoritäre Regime sollen weder mit jenen Herrschaftsformen verwechselt werden, die aufgrund ihrer langen Tradition über eine bestimmte Legitimität verfügen, noch auf rein personalisierter Herrschaft beruhen. Unter letzterer versteht Linz jenen Typus, der „auf Gewalt und Korruption zum Vorteil des Herrschers, seiner Familie, Klienten und Prätorianer aufgebaut ist“ (Linz 2005, 57). Nicht nur totalitäre Regime zeichnen sich durch das Ausüben staatlichen Terrors bzw. den Einsatz von Repressionen aus. Auch autoritäre Regime können diese Qualitäten aufweisen. Es handelt sich also um keine typischen Merkmale, die zur Unterscheidung von

totalitären und autoritären Regimen herangezogen werden können (vgl. Linz 2005, 57). Trotz unterschiedlicher Vorgängerregime haben autoritäre Systeme in der Regel eine Gemeinsamkeit: Sie entstehen im Zuge von Umbrüchen und Systemtransformationen (vgl. Linz 2005, 57).

Auch wenn der Autoritarismus prinzipiell als antidemokratisches System klassifiziert wird und die Demokratie als dem Autoritarismus „normativ überlegen und – zumindest implizit – auch als stabiler und nachhaltiger“ (Bank 2009, 11) beschrieben wird, gibt es laut Maćków zahlreiche Parallelen zwischen demokratischen und autoritären Systemen. Die Annahme von Linz, dass dem Pluralismus in Demokratien keine Grenzen gesetzt sind, schwächt Maćków ab. Stattdessen muss die tatsächlich erreichte Autonomie der am politischen Meinungsbildungsprozess teilnehmenden Akteure fokussiert werden (vgl. Maćków 2009a, 26-27). Der Untersuchung innenpolitischer Entscheidungsprozesse und der in diesem Zusammenhang relevanten politischen Institutionen widmet sich der institutionalistische Strang der Autoritarismusforschung (vgl. Bank 2009, 13).

2.4 Herausforderungen in der theoriegeleiteten Analyse der russländischen Außenpolitik

In der Außenpolitikanalyse können grundsätzlich zwei Orientierungen unterschieden werden: Die Ansätze der ersten Kategorie untersuchen, wie die internationale Umwelt die Außenpolitik eines Staates beeinflusst, während die Ansätze der zweiten Kategorie innerstaatliche Besonderheiten als entscheidende außenpolitische Bestimmungsfaktoren identifizieren (vgl. Peters 2007, 816-835). Da die vorliegende Diplomarbeit davon ausgeht, dass sowohl die Auswirkungen des internationalen Systems als auch innenpolitische Faktoren als Erklärung für die russische Außen- und Sicherheitspolitik in Frage kommen, sollen mehrere Theorien zur Anwendung kommen.

So eignen sich zum einen die realistische Schule bzw. der Neorealismus aufgrund der Annahme, dass ein Wandel des internationalen Systems Veränderungen im staatlichen Verhalten provoziert als theoretische Basis (vgl. Wilhelm 2006, 49). Erstens stellt das Ende der Bipolarität die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wohl bedeutendste Zäsur in der internationalen Politik dar. Zweitens kann mit Hilfe des Neorealismus untersucht werden, ob sich die postsowjetischen außenpolitischen Interessen von den sowjetischen

unterscheiden oder nicht. Drittens wird im außenpolitischen Konzept der Russländischen Föderation aus dem Jahr 2008 als „uppermost priority of the national security policy [...] the protection of interests of the individual, society and the state“¹⁸ definiert. Unter Berücksichtigung der neorealistischen Theorie soll im Zuge der Behandlung der eingangs formulierten Fragestellungen analysiert werden, ob eine Reihung der russländischen außenpolitischen Ziele vorgenommen wird, ob „das Streben nach Erhalt der staatlichen und geographischen Integrität“ (Schörnig 2010, 72) die höchste Priorität in der russländischen Außenpolitik genießt, ob der Wirtschaft im Vergleich zur Außenpolitik grundsätzlich kein untergeordneter Stellenwert zukommt und ob Russland in der Regel davon ausgeht, dass sich andere Staaten jederzeit entweder aggressiv oder expansionistisch verhalten werden (vgl. Schörnig 2010, 72).

Die vorliegende Arbeit berücksichtigt eine weitere Theorie, die Autoritarismustheorie. Die neorealistische Prämisse, dass die innerstaatlichen Verhältnisse für die Analyse internationaler Politik nicht relevant sind, ist schließlich schon früh, vor allem von den Vertretern der Interdependenztheorie kritisiert worden (vgl. Lehmkuhl 2001, 194). Die Erkenntnis, dass Außenpolitik „auch ‚innenpolitisch‘ gestaltet [wird] – etwa durch ein gesellschaftlich-politisches Kräftespiel mit bestimmten formellen oder informellen Entscheidungsstrukturen“ (Filzmaier u.a. 2006a, 46), hat sich in der wissenschaftlichen Diskussion weitgehend durchgesetzt.

Wie bereits erwähnt wurde, sind Transformationssysteme für die Ausbildung eines autoritär geprägten Staatsapparates besonders anfällig. Nun hat der Zusammenbruch der Sowjetunion die territoriale, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität des Landes fundamental verändert. Es ist vor allem die Transformationsforschung, die über die Ursachen und Folgen der in Russland und Osteuropa stattgefundenen Systemtransformation Auskunft gibt (vgl. Beyme 1994, 9-15). Für die hier behandelte Fragestellung sind die Art von Herrschaft, die sich im postsowjetischen Russland durchgesetzt hat und deren Auswirkungen auf die Gestaltung der Außenpolitik zentral. Die vieldiskutierte *These vom demokratischen Frieden* geht davon aus, dass die Herrschaftsform über das Ausmaß der Bereitschaft eines Staates Auskunft gibt, Interessenskonflikte mit anderen internationalen Akteuren mit gewaltsamen Mitteln auszutragen. Im Gegensatz zu demokratischen Systeme-

¹⁸ siehe Kapitel I General Provisions des außenpolitischen Konzepts Russlands aus dem Jahr 2008, online abrufbar unter: <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

men, die dazu tendieren im Konfliktfall auf die Anwendung militärischer Mittel zu verzichten, wird autokratischen und totalitären Systemen eine höhere Wahrscheinlichkeit attestiert, aggressiv aufzutreten und ihre Interessen unter Anwendung von Gewalt durchzusetzen (vgl. Wilhelm 2006, 20).

Die Autoritarismustheorie fungiert als zweiter theoretischer Bezugspunkt dieser Arbeit, da erstens viele aktuelle Studien zu dem Schluss kommen, dass es sich bei der Russländischen Föderation um ein autoritäres Regime handelt (vgl. Mommsen 2009b, 239-261). Zweitens ermöglicht ein Rückgriff auf die Herrschaftsformenlehre die spezifischen Eigenschaften des politischen Systems Russlands zu identifizieren (vgl. Bank 2009, 12) und nach deren Folgen für die Außenpolitik des Landes zu fragen. Aus Sicht der Herrschaftsformenlehre beeinflusst die dominierende Herrschaftsform auch die Art der Politikformulierung. Aus diesem Grund kann drittens untersucht werden, ob sich das Außenverhalten ändert, wenn eine Herrschaftsform durch eine andere abgelöst wird. Nach Maćków, einem Vertreter der Autoritarismusforschung, verfügen autoritäre Regime über einen bestimmten Grad an außenpolitischer Offenheit oder Geschlossenheit. Der Wille bzw. die Notwendigkeit das Land zu modernisieren gilt außerdem als wichtige Motivation mit anderen Akteuren der internationalen Politik zusammenzuarbeiten (vgl. Maćków 2009a, 35).

Da es, wie Harnisch feststellt, innerhalb der Politikwissenschaft selten zu einem Paradigmenwechsel, also zur „vollständige[n] Verdrängung eines Erklärungszusammenhangs durch einen anderen“ (Harnisch 2003, 313) kommt, unterscheiden sich Forschungsarbeiten im Bereich der Internationalen Beziehungen zu ein und demselben Thema daher häufig in ihrer theoretischen Herangehensweise und ihrem Erkenntnisinteresse. Dies bewirkt, dass die Anwendung unterschiedlicher Theorien zur Fokussierung unterschiedlicher Aspekte führt. So gilt auch für die Erforschung der Außenpolitik Russlands, dass sich neben dem Neorealismus oder dem Autoritarismus auch andere Theorien, wie zum Beispiel die Interdependenztheorie insbesondere zur Untersuchung des zweiten von Wilhelm definierten Sachbereichs der Außenpolitik, der *Wirtschaft*, anbieten. Mit dieser kann zum Beispiel nach dem „Maß der Verwundbarkeit und Abhängigkeit“ (Wilhelm 2006, 15) der russländischen Wirtschaft gefragt werden.

2.5 Methodische Herangehensweise bei der Auswertung des Materials

In einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung ist laut Simonis und Elbers der „theoretisch gezogene[...] Rahmen *empirisch* zu füllen“ (Simonis/Elbers 2003, 122). Dieses Unterkapitel widmet sich der methodischen Auswertung des Materials, das zur Beantwortung der eingangs präsentierten Forschungsfragen verwendet wird. Neben fremd erstelltem Sekundärmaterial wird auch eigen erhobenes Primärmaterial¹⁹ zur Analyse herangezogen. So stützt sich diese Arbeit auf historisch-rekonstruierende Abhandlungen zur russländischen Geschichte, auf volkswirtschaftliches statistisches Material sowie auf Strategiepapiere, auf Stellungnahmen von Seiten der russländischen Botschaft in Wien und auf selbst erstellte Protokolle. Die Untersuchungen zur russischen Außenpolitik zählen zum fremd erstellten Sekundärmaterial. Die Protokolle hingegen sind selbst erhobenes Primärmaterial.

Das erste wurde im Zuge eines, am 10. Oktober 2011 um 18:30 im Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien veranstalteten, Politischen Salons zum Thema *Russia's choice: change or degenerate?* angefertigt. Es handelt sich hierbei um eine Niederschrift der wichtigsten Thesen und Argumente. Moderiert wurde diese Veranstaltung von Ivan Krastev, Direktor des Centre for Liberal Strategies in Sofia and Permanent Fellow am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) und Christian Ultsch, dem Ressortleiter Außenpolitik der österreichischen Tageszeitung *Die Presse*.²⁰

Das zweite Protokoll, eine Transkription²¹ einer am 6. November 2011, von 11.05-12.00 Uhr in ORF 2 ausgestrahlten Sendung aus der Reihe *Europastudio*, basiert auf einer Debatte unter der Leitung von Paul Lendvai zum Thema *Russlands Rolle in der Weltkrise*. An der Diskussion haben Anna Schor-Tschudnowskaja, Soziologin an der Sigmund Freud Privatuniversität Wien, Susanne Scholl, ehemalige ORF-Korrespondentin in Mos-

¹⁹ Die Unterscheidung zwischen selbst erhobenes Primärmaterial und fremd erstelltes Sekundärmaterial stammt von Simonis und Elbers (vgl. Simonis/Elbers 2003, 123-124).

²⁰ Beschreibung der Veranstaltung auf der Homepage des Instituts für die Wissenschaft vom Menschen, online abrufbar unter:
http://www.iwm.at/index.php?option=com_events&task=view_detail&Itemid=&agid=232&year=2011&month=10&day=10 [20.10.2011].

²¹ Bei der Transkription wurde auf Vollständigkeit geachtet. Auch jene Teile, die das Thema der vorliegenden Arbeit nur am Rande behandeln, wurden transkribiert. Da nicht das Verhalten der Diskussionsteilnehmer untereinander oder die Art und Weise, wie etwas gesagt wurde im Mittelpunkt der Analyse der Transkription steht, wurden nichtsprachliche Elemente (z.B.: Lachen, Husten, Räuspern) und paraverbale Äußerungen (z.B.: „hm“, „äh“, „ahm“) nicht notiert. Die Transkription wurde in Standardorthographie und Standardsprache angefertigt. Nicht verständliche Teile wurden gekennzeichnet. Sie orientiert sich an den von Gläser und Laudel vorgeschlagenen Transkriptionsregeln (vgl. Gläser/Laudel 2004, 188-189).

kau, Gerhard Mangott, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und Burkhard Bischof, Russland Experte bei der Tageszeitung *Die Presse* teilgenommen.

In den außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen finden die außenpolitischen Zielsetzungen der jeweiligen Präsidentschaften ihren Niederschlag. Seit den 1990er Jahren manifestieren sich in im *Nationalen Sicherheitskonzept*, dem *Konzept der Außenpolitik* und der *Militärischen Doktrin* das außen- und sicherheitspolitische Denken der politisch-militärischen Eliten der Russländischen Föderation. Dem Nationalen Sicherheitskonzept kommt hierbei der Status einer grand strategy zu. Aus dieser leiten sich weitere Konzepte wie das Konzept der Außenpolitik und die Militärdoktrin ab (vgl. Haas 2010, 5). Während sich das Nationale Sicherheitskonzept hauptsächlich mit möglichen Bedrohungen auseinandersetzt, enthält das Konzept der Außenpolitik Ansichten zu den Beziehungen mit anderen Akteuren der internationalen Politik. Die Militärdoktrin widmet sich den militärischen Aspekten von Sicherheitspolitik, wie zum Beispiel den verschiedenen Konfliktformen oder den Maßnahmen, wie Konflikte verhindert werden können. Sowohl unter Putins als auch unter Medwedews Präsidentschaft werden die drei zentralen außenpolitischen Konzepte erneuert (vgl. Haas 2010, 5).

Die Analyse dieser Dokumente erfolgt anhand qualitativer Methoden der Text- und Dokumentenanalyse. Eine Orientierung erfolgt hierbei an Froschauer/Lueger (2003, 80-290) sowie an Patzelt (2003, 146-171) und Gläser/Laudel (2004, 191-276). Im Zuge der Dokumentenanalyse sollen jene Informationen herausgefiltert werden, die für die Beantwortung der Forschungsfrage neue Erkenntnisse bringen. Diese Daten werden anschließend extrahiert, aufbereitet und ausgewertet (vgl. Gläser/Laudel 2004, 193). Der Prozess des Herausfilterns der Informationen ist „theoriegesteuert“ (Patzelt 2003, 150).

Froschauer und Lueger unterscheiden drei Formen der qualitativen Inhaltsanalyse: die Feinstruktur-, die System- und die Themenanalyse. Da sich der Zweck der vorgenommenen Analyse auf die Darstellung der angesprochenen Themen und der im Text bzw. Transkript enthaltenen Aussagen bezieht, wird die letzte Auswertungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse, die Themenanalyse gemeinsam mit einem Textreduktionsverfahren, das auf einer „Zusammenfassung der zentralen Themen oder der im Text enthaltenen Argumentationsstruktur“ (Froschauer/Lueger 2003, 158) basiert, zur Anwendung kommen. Die Themenanalyse ist dazu geeignet „einen *Überblick* über Themen zu verschaf-

fen, diese in ihren Kernaussagen zusammenzufassen und den Kontext ihres Auftretens zu erkunden“ (Froschauer/Lueger 2003, 158). Schließlich bezieht sich das Erkenntnisinteresse in erster Linie auf die Erfassung von Meinungen, Einschätzungen und deren Kontextualisierung und weniger auf eine exakte Analyse der Art und Weise, wie zum Beispiel eine Aussage präsentiert wird (vgl. Froschauer/Lueger 2003, 158).

3. Rahmenbedingungen, Fähigkeiten und Ressourcen der russländischen Außenpolitik

Das folgende Kapitel widmet sich den Rahmenbedingungen, den Fähigkeiten und Ressourcen der russländischen Außenpolitik, die sich aufgrund der geografischen Lage, der Bevölkerungsstruktur sowie der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen der Russländischen Föderation ergeben. Es soll eine Orientierung an Mangott erfolgen, der im Jahr 2005 eine neorealistische Analyse der Fähigkeiten der russländischen Außenpolitik vorgenommen und hierbei zwischen der *politischen*, der *ökonomischen*, der *demografischen* und der *militärischen Dimension* unterschieden hat (vgl. Mangott 2005, 15-73)

3.1 Die geografische Lage Russlands und ihre Implikationen für die Außenpolitik

Aus geografischer Sicht handelt es sich bei Russland um einen Flächenstaat, der vor allem im Osten des Landes sehr dünn besiedelt ist. Seine Größe und seine geografische Lage haben zur Folge, dass es eine Vielzahl von Nachbarstaaten gibt, die sich politisch und wirtschaftlich wesentlich voneinander unterscheiden (vgl. Schröder 2005, 8). Im Norden grenzt Russland an die USA, im Westen teilt es sich eine Grenze mit Norwegen, und den EU-Mitgliedstaaten Finnland, Estland, Lettland und Polen. Weitere westliche Nachbarn sind Belarus und die Ukraine. Zu den südlichen Nachbarn Russlands zählen Georgien, Aserbaidschan, Kasachstan, zu den östlichen China, Japan sowie Nord- und Südkorea. Die Herausforderungen, die sich aufgrund der Nachbarschaft mit den im Osten und Süden angrenzenden Staaten ergeben, wirken sich auch auf den Charakter der Beziehungen zwischen Russland und dem euro-atlantischen Raum aus. So sind zwei dieser Nachbarstaaten, nämlich China und Japan, aufgrund ihrer Bevölkerungszahl und ihres technologischen bzw. wirtschaftlichen Potenzials in der Lage Russland langfristig in eine globale Randposition zu drängen. Außerdem wird Russlands nationale Sicherheit von Konflikten interethnischer, religiöser und politischer Art bedroht, die in der kaukasischen und zentralasiatischen Region entweder bereits ausgebrochen sind oder zumindest drohen gewaltsam ausgetragen zu werden (vgl. Schröder 2005, 8).

Die Berücksichtigung der geografischen Bedingungen eines Staates²² lohnt sich, da diese einen unveränderlichen Faktor darstellen, der die Grundlage für politische und wirtschaftliche Potenziale in den auswärtigen Beziehungen bildet (vgl. Brill 2008, 29).

3.2 Die Bevölkerung der Russländischen Föderation

Im Jahr 2010 beträgt die Bevölkerung der Russischen Föderation 141,7 Millionen²³. Sie ist bedeutend kleiner als jene der Volksrepublik China (2011: 1,338,300,000 Milliarden²⁴), der EU (2010: 501 Millionen²⁵) oder der USA (2009: 307 Millionen²⁶). Da die Sterberate in Russland höher ist als die Geburtenrate (vgl. Abbildung 1), kann die demografische Situation die Entwicklung des Landes nachhaltig bremsen. Es wird schwierig mit bevölkerungsreicheren Akteuren der internationalen Politik mitzuhalten (vgl. Schröder 2005, 9).

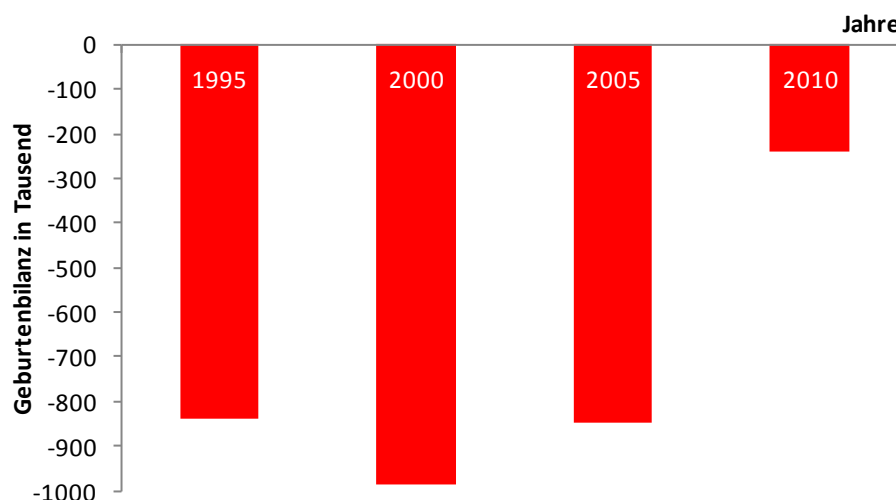


Abbildung 1: Geburtendefizit der Russländischen Föderation im Fünfjahresabstand in Tausend.

Quelle: http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_12/IssWWW.exe/stg/d01/05-03.htm [07.01.2012]

²² Die Geopolitik geht davon aus, dass verschiedene weltpolitisch relevante Regionen unterschieden werden können und widmet sich der Beschreibung des „Ausmaß[es] ihrer gegenseitigen Durchdringung oder Abschließung“ (Brill 2008, 28).

²³ siehe

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/RUSSIANFEDERATIONEXT/N/0,,contentMDK:21054807~menuPK:517666~pagePK:1497618~piPK:217854~theSitePK:305600,00.htm> [31.10.2011].

²⁴ siehe <http://www.worldbank.org/en/country/china> [31.10.2011].

²⁵ siehe http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-27072010-AP/DE/3-27072010-AP-DE.PDF [31.10.2011].

²⁶ siehe http://search.worldbank.org/all?qterm=USA&intitle=&as_sitesearch=&as_filetype= [31.10.2011].

Prinzipiell ist die Bevölkerung des heutigen Russlands ungefähr um die Hälfte geringer als die sowjetische (vgl. Trenin 2005a, 12). Nach der Systemtransformation wird die Bevölkerungsentwicklung von zahlreichen Faktoren behindert. Abgesehen von den Problemen, die sich aufgrund der ineffizienten Staatsführung und der wirtschaftlichen Schieflage ergeben haben, sind der hohe Anteil an Selbstmorden, kardio-vaskulären Erkrankungen und Infektionen wie zum Beispiel mit HIV, Todesfälle in Folge von Alkohol-, Tabak- bzw. Drogenmissbrauch und qualitative Defizite in der Ernährung und der medizinischen Versorgung für die sinkende Bevölkerungszahl verantwortlich (vgl. Mangott 2005, 45-56).

3.3 Die politische Dimension

Eine schwach ausgeprägte Staatlichkeit vermag die außenpolitischen Fähigkeiten eines Staates nicht nur erheblich zu verringern sondern auch deren Kohärenz und Wirksamkeit zu behindern. Aus diesem Grund stellen politische Rahmenbedingungen einen wichtigen Faktor in der Bestimmung der außenpolitischen Fähigkeiten der Russländischen Föderation dar. Obwohl der größte Nachfolgestaat der Sowjetunion²⁷ mit separatistischen Bewegungen (z.B.: Tschetschenien) zu kämpfen hat, besteht die größte Bedrohung nicht unbedingt in einem drohenden Zerfall des Staatsterritoriums. Viel wahrscheinlicher sind laut Mangott das Schwinden des homogenen Rechtsraumes, die Herausbildung von Substrukturen wie zum Beispiel territorial begrenzte Fürstentümern, die somit zu einer Bedrohung für den Zentralismus werden können und das Entstehen von zu großen strukturellen Unterschieden zwischen reicheren und besonders armen Regionen. Die von Region zu Region divergierenden Interessen beeinträchtigen die Entwicklung einer einheitlichen außenpolitischen Strategie (vgl. Mangott 2005, 20-21). Zu Beginn ihrer Unabhängigkeit leidet die politische Elite der Russländischen Föderation unter mangelnden konsensfähigen Visionen über die Besonderheiten des neu entstandenen postsowjetischen Staates, was sich destabilisierend auf die Staatlichkeit auswirkt. Die Bewohner Russlands begreifen sich als Bürger eines gemeinsamen Staats der Russländer. Im Gegensatz zu einem Staat der ethnischen Russen, handelt es sich um einen so genannten „Bürgerstaat“ (Mangott 2009, 16).

²⁷ Die Sowjetunion, die sich aus Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammensetzt, besteht von 1922 bis 1991. Im Zuge ihres Zerfalls haben die so genannten Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) ihre Souveränität erklärt. Zu diesen zählen neben der Russländischen Föderation Estland, Lettland, Litauen, Belarus, die Ukraine, Armenien, Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgistan, die Republik Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und Georgien, siehe: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=NAR2TQ [01.01.2012] und http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=VKS7SQ [01.01.2012].

Obwohl die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erfolgte Grenzziehung längst nicht die Bedürfnisse sämtlicher Entscheidungsträger der Russländischen Föderation zu erfüllen vermag, hätte der Versuch einen ethnisch definierten Staat der Russen zu errichten, zahlreiche Konflikte in Bezug auf die Grenzziehung provoziert (vgl. Mangott 2009, 16). Dass die Suche nach einer postsowjetischen Identität bis heute nicht abgeschlossen ist, kann unter anderem damit begründet werden, dass der Verlust der Ukraine und von Belarus' – bei beiden handelt es sich um „slawische[...] Kernländer“ (Mangott 2009, 15) – eine große Zäsur in der Identitätsentwicklung der Russen provoziert hat. „Die Loslösung der ‚slawischen Brüdervölker‘ war ein immenser Verlust für die staatliche Identität des neuen Russland.“ (Mangott 2009, 15)

Die politische Realität des Vielvölkerstaats Russländische Föderation wird, wie in altrussischer, zaristischer und kommunistischer Zeit, vom Nebeneinander unterschiedlicher Ethnien und den sich daraus ergebenden Problemen geprägt. Bereits im Zarenreich und in der Sowjetunion sind die Russen die am zahlenmäßig stärksten vertretene Volksgruppe, die sich gegenüber den anderen Gruppierungen als überlegen betrachtet. Zirka achtzig Prozent der sowjetischen Gesamtbevölkerung bestehen aus Russen (vgl. Alexander/Stökl 2009, 775).

Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Entstehung neuer Republiken sind ungefähr 25 Millionen jener, die Russisch als Erstsprache sprechen, nicht Teil der Russländischen Föderation. In den neuen Republiken sind sie plötzlich zu einer Minderheit geworden (vgl. Alexander/Stökl 2009, 775). 69,4 Prozent der ethnischen Russen leben in der Ukraine und in Kasachstan. Ein beträchtlicher Anteil der so genannten Auslandsrussen hat jedoch die neu entstandenen Staaten des postsowjetischen Raums verlassen und sich in der Russländischen Föderation niedergelassen. So leben ein Jahrzehnt später, im Jahr 1999 bedeutend weniger, genauer gesagt 18,9 Millionen ethnischer Russen außerhalb der Grenzen der Russländischen Föderation. Dennoch stellen sie einen gewichtigen Faktor in der russländischen außenpolitischen Strategie dar (vgl. Mangott 2005, 17-20). Wie noch zu zeigen sein wird, erfährt die russländische Staatlichkeit ab dem Jahr 2000 eine nachhaltige Stärkung, was sich auch in der Außenpolitik des Landes niederschlagen wird (vgl. Mangott 2005, 20-21).

3.4 Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Der Einbruch der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seit 1989 manifestiert sich in einem bis zum Jahr 1999 kontinuierlich sinkenden BIP. So beträgt das BIP im Jahr 1999 nur mehr 59,9 Prozent des BIP im Jahr 1989 (vgl. Götz 1999, 2 zit. nach Mangott 2005, 23). Der Verfall der Wirtschaftsstrukturen im ersten Jahrzehnt nach der Systemtransformation führt zu einem enormen Rückgang in der Produktion. So werden zum einen die zur Verfügung stehenden Produktionskapazitäten nicht voll ausgeschöpft und zum anderen diese aufgrund ausbleibender Investitionen nicht erneuert und modernisiert. Die Liberalisierung des Außenhandels im Zuge der Einführung eines neuen, am Westen orientierten Wirtschaftssystems ermöglicht den kostengünstigen Import von Waren. Gleichzeitig wird die russländische Wirtschaft mit einer sinkenden Inlandsnachfrage, die auf die erheblich geringeren Reallöhne der Bevölkerung zurückgeführt werden kann, konfrontiert. Der Verzicht auf weitreichende Investitionen kann nicht nur auf die fehlenden finanziellen Mittel staatlicher und privater Akteure zurückgeführt werden, sondern auch auf deren mangelnden Willen dementsprechende Reformen durchzuführen (vgl. Mangott 2005, 23).

Wie Abbildung 2 zeigt, hat sich die russländische Wirtschaft in der ersten Hälfte des neuen Jahrtausends nicht nur erholt, sie weist mit Ausnahme des Einbruchs während der Wirtschaftskrise 2009 zudem ein außerordentliches Wachstum auf.

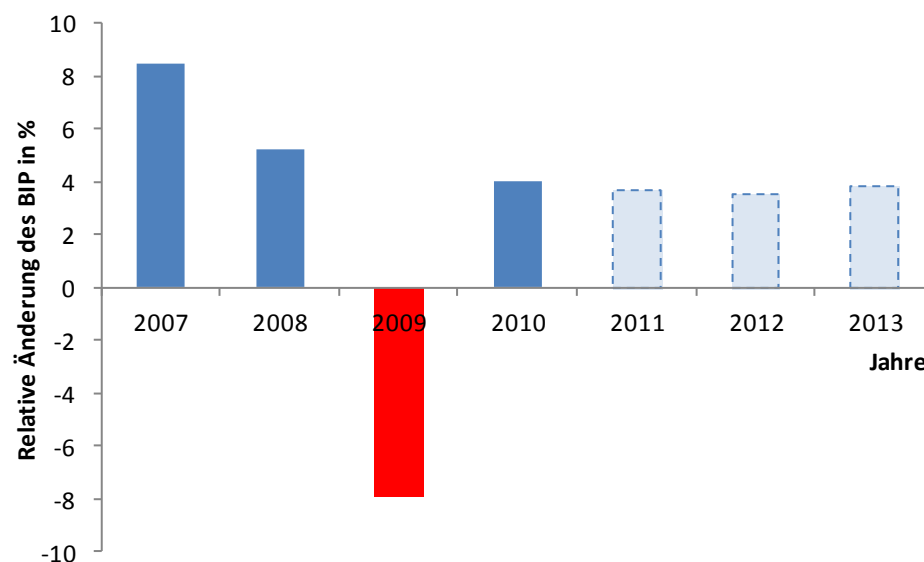


Abbildung 2: Relative jährliche Änderung des BIP der Russländischen Föderation in Prozent. Werte für den Zeitraum 2011-2013 sind Prognosewerte.

Quelle: <http://www.wiiw.ac.at/?action=publ&id=countries&value=10> [07.01.2012]

Beläuft sich das BIP von 1999 noch auf 196 Mrd. USD so beträgt dieses von 2004 bereits 568 Mrd. USD. Im Vergleich zum Vorjahr ist das BIP von 1999 um 6,4 Prozent gestiegen (vgl. Mangott 2005, 23). Im Zeitraum von 1999 bis 2008 ist die russische Wirtschaft jährlich um durchschnittlich 6,72 Prozent gewachsen. Ein Einbruch erfolgt im 3. Quartal des Jahres 2008. Angaben der Weltbank zufolge sinkt das BIP – nach einem Anstieg im Vergleich des Vorjahres um 5,2 Prozent im Jahr 2008 – im Jahr 2009 um 7,9 Prozent. Ab 2010 erholt sich die Wirtschaft wieder, das BIP steigt um 4 Prozent im Jahr 2010 und um 3,7 Prozent im 2. Quartal des Jahres 2011.²⁸

Der beträchtliche Anstieg des BIP im Jahr 1999 kann laut Mangott damit erklärt werden, dass neben einer Preissteigerung für Rohöl, der Kollaps des russländischen Finanzmarktes eine Abwertung des Rubels, eine drastisch Verringerung der Importe und eine dadurch provozierte stärkere Nachfrage nach inländischen Waren und Produktionen eine Steigerung der russländischen Industrieproduktion provoziert hat. Im Vergleich zum Jahr 1999 hat sich der Ölpreis vervielfacht. Ein vorläufiger Höhepunkt kann im Juli 2008 mit 145 USD/Barrel verzeichnet werden. Ein Anstieg des Ölpreises hat zudem einen Anstieg der Gasexportpreise provoziert. Die Preise, die der staatliche russländische Energiekonzern Gazprom für Erdgas, das von Abnehmern aus den EU-Mitgliedstaaten bezogen wird, festlegt, sind an ein Paket von unterschiedlichen Ölprodukten gekoppelt. Nicht nur die rohölproduzierenden Unternehmen, sondern auch der Staat profitiert von den steigenden Gewinnen. Während erstere in die qualitative Verbesserung der Produktionsstätten investieren, verfügen letztere über höhere Steuer- und Exportzolleinnahmen. Abgesehen vom BIP haben sich die gestiegenen Rohöl- und Erdgaspreise auf das russländische staatliche Budget und die Handelsbilanz positiv ausgewirkt (vgl. Mangott 2009, 86).

Viele Experten zweifeln jedoch aufgrund der geringen Diversifizierung – so speisen sich zum Beispiel 61 Prozent der gesamten Exporterlöse der Russländischen Föderation aus Energieexporten – daran, dass die aus dem Erdölexport gewonnenen Einnahmen eine nachhaltige Stabilisierung der russländischen Wirtschaft bewirken werden. Das Wirtschaftswachstum ist von der ausländischen Nachfrage nach Energieträgern abhängig (vgl. Mangott 2009, 86-87). Berücksichtigt man jedoch nur die Entwicklung des landesweiten BIP, so vernachlässigt man, dass nur wenige der insgesamt 83 russländischen Föderati-

²⁸ vgl. <http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/305499-1245838520910/6238985-1316082024531/rer26-statistics-eng.pdf> [30.12.2011].

onssubjekte wirtschaftliches Wachstum aufweisen. Wie Mangott darlegt, wird ein Großteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Moskau und Sankt Petersburg und in den sie umgebenden Regionen bzw. in den sich durch große Ölvorkommen auszeichnenden Gebieten Tjumen bzw. Sverdlovsk erzielt. Die Regionen des nördlichen Kaukasus, des südöstlichen Sibirien und des Fernen Ostens erweisen sich als strukturell benachteiligt und tragen kaum zum wirtschaftlichen Wachstum bei (vgl. Mangott 2009, 87-88).

3.5 Das militärische Potenzial

Dass das postsowjetische Russland über ein enormes Nuklearpotential und in Hinblick auf die konventionellen Streitkräfte über ein großes Waffenarsenal verfügt, sind Überbleibsel aus der Zeit der Sowjetunion und der Systemauseinandersetzung mit dem Westen. Russland, das den überwiegenden Teil der konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion übernommen hat, ist in den Jahren nach der Systemtransformation weder in der Lage das Arsenal um neue moderne Waffenanlagen zu ergänzen, noch die vorhandenen Waffen ausreichend zu warten. Zudem vermag es nicht in notwendigem Ausmaß in das Training der Soldaten zu investieren. Auch der Sold kann nicht pünktlich ausgezahlt werden (vgl. Klein 2009, 9-21).

Nicht die konventionellen Streitkräfte, die schwerwiegenden Verfallstendenzen ausgesetzt sind, sondern das Nuklearpotential erweist sich als die wesentliche Stärke des Landes (vgl. Klein 2009, 9-21). Während die NATO-Staaten im Bereich der konventionellen Streitkräfte sowohl quantitativ als auch qualitativ über mehr Kapazitäten als die Russländische Föderation verfügen, überwiegen die russländischen Besitzstände an taktischen Nuklearwaffen. Bei strategischen Nuklearwaffen jedoch halten sich die NATO und die Russländische Föderation aufgrund entsprechender Übereinkommen die Waage (vgl. Brzoska u.a. 2011, 3). Allerdings sind die russländischen Bestände an strategischen Trägermitteln zum Teil veraltet, was zu einer Verkleinerung des Arsenalts führen wird (vgl. Klein/Paul 2011, 21). „Daran werden auch die seit Mitte der 1990er Jahre durchgeführten Modernisierungsbemühungen im nuklearstrategischen Bereich nur wenig ändern.“ (Klein/Paul 2011, 21). Zwar ist mit der Entwicklung von „Topol M“ (SS-27) im Bereich der Interkontinentalraketen ein Fortschritt erzielt worden, doch von diesem Typ wurden erst wenige Exemplare gebaut (vgl. Klein/Paul 2011, 21).

4. Die Rolle des Präsidenten in der Gestaltung der russländischen Außen- und Sicherheitspolitik

4.1 Die Entwicklung des politischen Systems der Russländischen Föderation bis 1993

4.1.1 Die Erosion des politischen Systems der Sowjetunion

Bereits Anfang der 1980er Jahre muss die sowjetische Führung erkennen, dass die Rückständigkeit der Sowjetunion und die Probleme im wirtschaftlichen Bereich ihre Entwicklung hemmen. Die im elften Fünfjahresplan (1980-1985) festgeschriebenen Ziele können nicht erreicht werden. Eine ineffektive Wirtschaft und Korruption als Folge von Zentralisierung und Bürokratisierung schwächen die sowjetischen Capabilities. Die im Vergleich zu den westlichen Staaten bestehenden Defizite in der Modernisierung des Landes gefährden die Stabilität des Systems und werden durch Ernteeinbußen – vor allem im Jahr 1984 – zusätzlich verstärkt. Als Gorbatschow im Jahr 1985 sein Amt als Generalsekretär antritt, übernimmt er eine in ihrem Inneren geschwächte Sowjetunion, deren Entwicklung durch häufige Machtwechsel an der Spitze zusätzlich behindert worden ist. Gorbatschows Vorgänger, Andropow und Tschernenko, die jeweils weniger als zwei Jahre im Amt sind, haben es verabsäumt die Sowjetunion an die Anforderungen der Zeit anzupassen (vgl. Alexander/Stökl 2009, 743-746).

Im Jahr 1989 hat die intern zersplitterte Kommunistische Partei bereits ihr Machtmonopol verloren. Die Tatsache, dass die Staatsautorität nicht mehr erhalten werden kann, wird auf die Folgen einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise zurückgeführt. Nationalistische Bewegungen im Baltikum und Kaukasus, in Moldawien und in Zentralasien gefährden durch ihre Forderungen nach Unabhängigkeit die Aufrechterhaltung des Territoriums (vgl. Alt-richter 2009, 9).

Gorbatschow versucht im Zuge seiner Reformpolitik die Sowjetunion zu öffnen und zu demokratisieren. Seine *Perestroika* provoziert verfassungsändernde Maßnahmen. Eine zentrale Neuerung besteht in der Einführung von Wahlen, die im Jahr 1989 zum ersten Mal stattfinden. Ziel ist ein politischer Pluralismus sozialistischer Prägung (vgl. Momm-
sen 2010, 420).

Im Zuge dieser Reformen werden neue Institutionen geschaffen: zum einen der *Kongress der Volksdeputierten* mit 2250 zu wählenden Abgeordneten²⁹ und zum anderen, der aus zwei Kammern bestehende *Oberste Sowjet*, der hauptsächlich für Gesetzgebung und Kontrolle zuständig sein soll. Zu den wichtigsten Aufgabenbereichen des Kongresses der Volksdeputierten zählt die Auseinandersetzung mit den konstitutionellen, politischen und sozioökonomischen Herausforderungen der Sowjetunion, die Wahl eines Staatspräsidenten und die Bestellung des deutlich kleineren Obersten Sowjets (vgl. Altrichter 2009, 9). Boris Jelzin, der sich 1989 ebenfalls um ein Mandat im Volksdeputiertenkongress bewirbt, wird sich in den darauf folgenden Jahren von Gorbatschow und der Kommunistischen Partei distanzieren. Den aus der Region Swerdlowsk stammenden Jelzin, der schon seit 1986 in Moskau politisch tätig ist, hat Gorbatschow schließlich zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Moskaus gemacht. Obwohl es aufgrund der herben Kritik an Gorbatschow und seiner Politik zum Bruch kommt und sich Jelzin daraufhin aus der Politik zurückziehen muss, schafft dieser dennoch die Rückkehr in die Öffentlichkeit und an die Spitze der Macht. Aus der kommunistischen Partei ausgeschieden, hat er sich demokratischen Strömungen angeschlossen (vgl. Mangott 2009, 17-18). Die sowjetische Bevölkerung, die bereits für politische Fragestellungen sensibilisiert worden ist, bringt Jelzin großes Ansehen entgegen. Dieser fordert mehr Volksnähe von Seiten der Kommunistischen Partei, mehr Einbindung der breiten Massen und spricht sich zudem für ein Mehrparteiensystem aus (vgl. Altrichter 2009, 10-11).

Die Tatsache, dass im Jahr 1989 zahlreiche kommunistische Regime in Osteuropa, Ungarn, Polen, der DDR, der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien kollabieren, bedeutet einen herben Rückschlag für das sozialistische Lager. Um den Zerfallsprozess der Sowjetunion aufzuhalten wird im März 1990 das Amt eines unionsweiten Präsidenten geschaffen. Gleichzeitig kann innerhalb der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) eine sich manifestierende verfassungspolitische Eigendynamik beobachtet werden. Diese wird durch die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Jelzin und Gorbatschow, die jeweils divergierende Interessen verfolgen, zusätzlich verstärkt. Während sich Gorbatschow für die Aufrechterhaltung der Einheit einsetzt, versucht sich

²⁹ „Von den Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses waren 750 von gesellschaftlichen Organisationen zu delegieren, 1500 von der Bevölkerung direkt zu wählen, je zur Hälfte in administrativ-territorialen und in nationalen Wahlkreisen, wobei in den Wahlkreisen erstmals – und dies war das eigentliche Novum – deutlich mehr Kandidaten aufgestellt werden sollten, als Sitze zu vergeben waren.“ (Altrichter 2009, 10)

Jelzin durch seinen Kampf für mehr Demokratie die Anerkennung und Unterstützung des Auslandes zu sichern (vgl. Mommsen 2010, 420).

Auch in der RSFSR werden im März 1990 die Mitglieder zu einem zweigliedrigen Parlament gewählt. Jelzin übernimmt daraufhin den Vorsitz des Obersten Sowjets der RSFSR. Nach den ersten Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten können jene Gruppierungen die meisten Stimmen auf sich vereinigen, die sich eine umfassende Umgestaltung des Systems zum Ziel gesetzt haben. Dieses Wahlergebnis, das unter anderem auf die Reformpolitik Gorbatschows zurückzuführen ist, offenbart, dass sich der Wunsch nach Reformen bereits in den Köpfen der Staatsbürger verfestigt hat (vgl. Schröder 2011, 2). Die so genannte „Souveränitätserklärung“ vom 12. Juni 1990³⁰ widerspricht in großen Teilen den Prinzipien und Normen der Sowjetunion. So bejaht diese zum Beispiel die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und nimmt außerdem eine positive Grundhaltung gegenüber den international viel diskutierten Grundrechten ein. Bis zur Änderung der Verfassung von 1978 im Juni 1990 wird die Führungsverantwortung der Sowjetunion ausschließlich von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) wahrgenommen. Die Verfassungsrevision hat zur Folge, dass die KPdSU ihre diesbezügliche Monopolstellung verliert und der Einparteienstaat zunehmend ausgehöhlt wird (vgl. Mommsen 2010, 420-421 und Schröder 2011, 2).

Im April 1991 führt Gorbatschow in der gesamten Union ein Referendum durch. Er erhofft sich, dass sich das Volk klar für den Weiterbestand der UdSSR ausspricht. In der RSFSR jedoch führt das Ergebnis des Referendums aufgrund einer entsprechenden Zusatzfrage zur Einführung eines Präsidentenamtes. Das Gesetz „Über den Präsidenten“ sieht aber vor, dass das Parlament dem Präsidenten übergeordnet wird. Da der Präsident weder zur Auflösung des Parlaments befugt ist, noch über die notwendige Macht verfügt, um ein Gesetz ohne Zustimmung des Parlaments verhindern zu können, kommt dem Parlament die mächtigste Position im politischen System zu (vgl. Mommsen 1996, 145 zit. nach Mommsen 2010, 421).

³⁰ „Eine breite Mehrheit fand sich am 12.6.1990 dazu bereit, eine demonstrativ gegen die politische Vormundschaft der Union gerichtete ‚Souveränitätserklärung‘ abzugeben. In dieser Erklärung wurde ein Bekenntnis zur Volkssouveränität und zum Prinzip der Gewaltenteilung abgelegt; darüber hinaus wurde in Aussicht gestellt, die Grundrechte in ihrem internationalen Rechtsverständnis zu garantieren. Diese Bekenntnisse bedeuten eine so klar Zäsur gegenüber den sowjetischen Normen, dass manche Autoren bereits in der Souveränitätserklärung den Aufbruch in eine neue Republik sahen und nicht erst in der Verfassung von 1993.“ (vgl. Ryschkow 2000, 13, zit. nach Mommsen 2010, 420)

Im Juni 1991 finden die ersten direkten Präsidentschaftswahlen der RSFSR statt. Der Präsidentschaftskandidat Boris Jelzin und sein geplanter Vizepräsident, Alexander Ruzkoj können diese schließlich für sich entscheiden. General Ruzkoj, der aus dem russisch-nationalistischen Lager stammt und eine zahlenmäßig nicht unwesentliche Wählerschicht anspricht, verhilft Jelzin schließlich zum Erfolg. Mangott hält es entgegen gängiger Interpretationen der Motive Jelzins für möglich, dass sich Jelzin in seinen Handlungen nicht primär von seinen demokratischen Überzeugungen, sondern von seinen Machtbestrebungen hat leiten lassen. Die „antikommunistische Ideologie“ (Mangott 2009, 18) sei dabei wichtiger gewesen, als die Erfüllung demokratischer Ideale (vgl. Mangott 2009, 18).

Der Warschauer Pakt wird am 1. April 1991³¹ und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, dessen Mitglieder, die kommunistischen Staaten, auf ökonomischer Ebene intensiv miteinander kooperiert haben, im Juni 1991 aufgelöst. Schöllgen vergleicht diese Form der Zusammenarbeit mit der Einrichtung eines Binnenmarktes. Zu Sowjetzeiten wird die Versorgung mit Rohstoffen der Teilrepubliken und Satellitenstaaten zu anfänglich moderaten Preisen stets gesichert (vgl. Schöllgen 2000, 76).

Die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch die Oberhäupter der Russländischen Föderation, Weißrusslands und der Ukraine am 8. Dezember 1991 geht mit der Bekanntgabe einher, dass die UdSSR aufgelöst werden soll. Zentrale sicherheitspolitische Funktionen, die bisher von der Führung der Sowjetunion erfüllt worden sind, sollen in Zukunft von der GUS unter der Dominanz der Russländischen Föderation sichergestellt werden. So einigen sich die Unterzeichnerstaaten darauf, dass nur letztere über Atomwaffen verfügen sollte. Auch der ständige Sitz der UdSSR im UN-Sicherheitsrat soll künftig von der Russländischen Föderation wahrgenommen werden (vgl. Mommsen 2010, 419). Die übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion treten am 21. Dezember 1991 der GUS bei. Während sich Georgien weigert Mitglied des Bündnisses zu werden, wird ein Beitritt von den baltischen Staaten von russländischer Seite gar nicht erwartet (vgl. Zimmermann 2000, 374-375 und Wipperfurth 2011, 31).

In den Jahren 1990 und 1991 erklären die Teilrepubliken ihre Unabhängigkeit von der UdSSR. Zwar existiert seit dem 3. April 1990 das „Gesetz der UdSSR über das Verfahren

³¹ Wie sich herausstellen wird, werden die westlichen Staaten ihre Zusage, keine Erweiterung um die post-sowjetischen Staaten vorzunehmen, nicht einhalten (vgl. Rahr 2011, 6).

der Entscheidung von Fragen, die mit dem Austritt einer Unionsrepublik aus der UdSSR verbunden sind“³² (Zimmermann 2000, 373), dieses wird aber im Zuge der Austritte der Teilrepubliken nicht angewandt (vgl. Zimmermann 2000, 373). Die Auflösung der Sowjetunion erfolgt am 26. Dezember 1991. Eine entsprechende Verkündung des Rats der Republiken des Obersten Sowjets führt schließlich zum Ende der UdSSR als Staat und bedeutet, dass nicht nur das Einparteiensystem sondern auch die Planwirtschaft der Vergangenheit angehören (vgl. Mommsen 2010, 419).

Obwohl die Auflösung der Sowjetunion mit dem „Verlust des äußeren Imperiums (Osteuropa) [und dem] Zusammenbruch des inneren Imperiums (Sowjetunion)“ (Mangott 2005, 15) einhergeht, vollzieht sich diese ohne die Austragung größerer Konflikte (vgl. Rahr 2009, 86). Der Begriff *Implosion*, der häufig zur Beschreibung dieser „Prozesse der staatlichen Fragmentierung“ (Trenin 2005a, 15) verwendet wird, zeigt an, dass das politische System nach und nach von innen heraus zerfallen ist (vgl. Mommsen 2010, 419).

4.1.2 Die Schwächen des politischen Systems als Folge der Systemtransformation

Jelzin hat als Präsident der RSFSR die Rechtsnachfolge der Sowjetunion bereits vor deren Ende beansprucht. Nachdem diese tatsächlich von der Russländischen Föderation angetreten wird, gilt letztere als ein „mit der UdSSR subjektsidentischer Staat“ (Zimmermann 2000, 85), für den auch die Verträge der UdSSR fortgelten und dem der Sitz im UN-Sicherheitsrat zusteht (vgl. Zimmermann 2000, 80). Allerdings bedeutet dies auch, dass die Russländische Föderation die Auslandsschulden der UdSSR, die sich auf rund 100 Mrd. US-Dollar belaufen, übernehmen (vgl. Wipperfurth 2011, 32).

Die Systemtransformation setzt unmittelbar ein. Über Nacht sollen marktwirtschaftliche Strukturen eingeführt werden. Der politische und wirtschaftliche Umbruch erfolgt abrupt, ohne Vorbereitung und unter wesentlicher Mitwirkung Jegor Gaidars, der von Juni bis Dezember 1992 das Ministerpräsidentenamt innehat (vgl. Schneider 2005, 285). Die Reformpolitik besteht aus vier Pfeilern: der Liberalisierung, der Entwicklung von Institutionen, der Privatisierung verstaatlichter Unternehmen und der Stabilisierung. Am 2. Januar

³² Wie Zimmermann zeigt, ist aufgrund der scheinbaren Widersprüchlichkeiten eine Auslegung dieses Gesetzes notwendig. Im Zuge dieser kommt er zu der Einschätzung, „daß grundsätzlich alle für die UdSSR bindenden bi- sowie multilateralen völkerrechtlichen Verträge im Falle einer Sezession auf die sezedierende Republik im Weg der Sukzession übergehen sollten“ (Zimmermann 2000, 373).

1992 erfolgt die Freigabe der Preise für den Großteil der Produktionsgüter (80 Prozent) und praktisch alle Konsumgüter (90 Prozent) (vgl. Schröder 2011, 2). Die Privatisierungspolitik provoziert eine enorme Inflation.

„[D]ie Verbraucherpreise schnellten unmittelbar auf den zweieinhalbfachen Wert und stiegen bis Ende des Jahres auf das achtzehnfache – und schufen eine kleine Gruppe von Superreichen, während die Mehrheit der Bevölkerung sozial abstürzte.“ (Schröder 2011, 2) Schröder spricht von einer Umwälzung der in der Sowjetunion aufgebauten sozialen Ordnung, die zu einer Teilung zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden führt (vgl. Schröder 2011, 2). Die Reformpolitik ist nicht in der Lage eine stabile russländische Wirtschaft sicherzustellen. Dies hat das Ende von Jegor Gaidar als Ministerpräsident zur Folge. Er scheidet Ende 1992 aus seinem Ministerpräsidentenamt aus. Sein Nachfolger wird Wiktor Tschernomyrdin (vgl. Wippfürth 2011, 34).

Die Systemtransformation verläuft keineswegs reibungslos. Im seit Ende des Jahres 1991 unabhängigen, postsowjetischen Russland kreiert die Ambiguität der noch geltenden Sowjetverfassung viele Spannungsfelder. Da das Parlament nach wie vor eine außerordentlich starke Stellung einnimmt, spricht man von einer „Doppelherrschaft“ (Mommsen 2010, 421), die sich auf das konfliktreiche Nebeneinander von Präsident und Parlament bezieht und die eine erfolgreiche Reformierung des politischen und wirtschaftlichen Systems deutlich behindert (vgl. Schröder 2011, 2). Die permanenten Bemühungen um eine neue Verfassung münden vorerst noch nicht in einem neuen Verfassungsdokument. Es ist vor allem Präsident Jelzin, der sich aufgrund der umfangreichen Befugnisse des Parlaments in seiner Machtausübung eingeschränkt fühlt und daher so schnell wie möglich eine dementsprechende Änderung anstrebt. Abgesehen von den Spannungen zwischen Parlament und Präsident ist es das Verhältnis zwischen den Regionen bzw. jenes zwischen den Regionen und dem Zentrum, die das postsowjetische Russland vor zahlreiche innenpolitische Herausforderungen stellen. Die Probleme, die im Zusammenhang mit der von den regionalen Politikern angestrebten verfassungsmäßigen Stellung der Regionen entstehen, verhindern schließlich einen Konsens über die konkrete Ausgestaltung der neuen Verfassung (vgl. Mommsen 2010, 421-422).

Im Frühjahr 1992 werden der Föderalismus und das Prinzip der Gewaltenteilung in die noch gültige Sowjetverfassung aufgenommen. Im Jahr 1993 kommt es aufgrund der sich

stets verschärfenden Widersprüche zwischen Parlament und Präsident zur Auflösung des Parlaments. Diese wird von Präsident Jelzin, entgegen den Bestimmungen der geltenden Verfassung, mit dem Dekret Nr. 1400 erwirkt. Die Parlamentarier lehnen sich infolge der Ereignisse auf. Sie weigern sich, das Parlamentsgebäude zu verlassen und entschließen sich zur Amtsenthebung Jelzins. Infolgedessen einigen sie sich auf die Wahl von Vizepräsident Ruckoj zum Präsidenten Russlands. Jelzin sorgt jedoch dafür, dass niemand der Aufständischen das Parlament verlassen kann und lässt dieses von Sondereinheiten des Innenministeriums bewachen. Er fordert, dass das Gebäude bis zu einem bestimmten Tag, dem 4. Oktober, geräumt werden muss (vgl. Mangott 2009, 22). Der Konflikt lässt sich daraufhin nicht lösen und erreicht mit dem „Beschuss des Parlamentsgebäudes“ (Mommsen 2010, 422) seitens russländischer militärischer Truppen im Herbst 1993 seinen Höhepunkt. Die Aufständischen werden verhaftet. Die „Doppelherrschaft“ (Mommsen 2010, 421) und die Rivalität zweier gewählter verfassungsrechtlicher Staatsorgane werden somit beseitigt. Jelzin bleibt auch weiterhin an der Macht (vgl. Mommsen 2010, 421-422 und Schröder 2011, 2).

Eine Verfassungskonferenz beginnt mit den Arbeiten an einer neuen Verfassung, die sich vor allem an westlichen Verfassungsprinzipien orientieren soll. Im Gegensatz zur reformierten Sowjetverfassung soll in der neuen Verfassungsurkunde keinesfalls ein Konkurrenzverhältnis zwischen Präsident und Parlament institutionalisiert werden. Aus diesem Grund erhält das Präsidentenamt schließlich wesentlich mehr Befugnisse als das Parlament. Am 12. Dezember 1993, am gleichen Tag an dem zum ersten Mal nach westlichem Vorbild im postsowjetischen Russland das Parlament frei gewählt wird, stimmt die russländische Bevölkerung in einem Plebiszit über die neue Verfassung ab. Die Wahlbeteiligung liegt bei 55 Prozent. Da sich mit zirka 58 Prozent der gültigen Stimmen nur knapp mehr als die Hälfte der Wähler für das Inkrafttreten des Verfassungsentwurfs ausspricht, kann nicht von einer überragenden Zustimmung von Seiten der Bevölkerung gesprochen werden (vgl. Mommsen 2010, 421-422). Prinzipiell legt die Verfassung von 1993, die sich vor allem an die Verfassung der V. Französischen Republik anlehnt, ein „präsidentiell-parlamentarisches Mischsystem“ (Mommsen 2010, 423) fest.

Auch wenn sich die politische Ideologie³³ der Sowjetunion fundamental von jener westlicher Industriestaaten unterscheidet, orientiert sich das postsowjetische Russland im Zuge der Systemtransformation am Westen. Diese umfasst nicht nur die Einführung eines neuen Wirtschaftssystems und die Teilnahme Russlands am Weltmarkt (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 6). Auch auf gesellschaftlicher Ebene vollziehen sich enorme Wandlungsprozesse. Die über Jahrzehnte realisierte Gesellschaftsordnung wird regelrecht aufgebrochen und eine Demokratisierung des Landes eingeleitet. Beyme definiert diesen Prozess als die „vierte[...] Welle“ (Beyme 1994, 13) der Demokratisierung in Europa, die im Zuge einer Systemtransformation stattgefunden hat. Diese wird jedoch mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Die „*politische und wirtschaftliche Transformation mußten synchronisiert werden, was bisher kein Land der Welt hat leisten müssen*“ (Beyme 1994, 13).

Die Russländische Föderation muss sich also zu Beginn der 1990er Jahre in sämtlichen Politikbereichen auf neue, bislang unbekannte Rahmenbedingungen politischen Handelns einstellen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die geringere Bevölkerungszahl, die enorme Verkleinerung des Staatsterritoriums und die Leistungsfähigkeit des verringerten industriellen Sektors zu nennen, die schließlich eine Neuorientierung in Bezug auf die Ziele und die Selbstwahrnehmung des größten und mächtigsten Nachfolgestaates der UdSSR erfordern (vgl. Trenin 2005a, 12).

4.2 Das politische System der Russländischen Föderation seit 1993

Das politische System des heutigen Russlands basiert auf der Verfassung von 1993, die demokratische Grundsätze festlegt. Weiteres enthält sie einen Grundrechtskatalog, „der persönliche Freiheitsrechte (u. a. Reisefreiheit, Informationsfreiheit, Versammlungsfreiheit), Mitwirkungsrechte (einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts), Gewerbe-freiheit und Recht auf Eigentum, Recht auf Arbeit, Wohnung, auf Alterssicherung, Gesundheitsversorgung und eine gesunde Umwelt“ (Schröder 2011, 3) mit einschließt. Neben dem Präsidenten, dem eine herausragende Stellung im politischen System zukommt, sieht die Verfassung die Regierung und das aus zwei Kammern bestehende Parlament als wichtigste Institutionen vor (vgl. Mangott 2009, 24).

³³ „Mit dem Untergang des Sozialismus verschwand nicht nur ein Herrschaftssystem. Auch seine *Rechtfertigungs-ideologie*, der Marxismus-Leninismus, wurde in Mitleidenschaft gezogen.“ (Beyme 1994, 13)

Das russländische Parlament, die Föderalversammlung, besteht aus einem Ober- und einem Unterhaus. Dem Oberhaus (Föderationsrat) gehören 178 Mitglieder an, während das Unterhaus (Duma) aus 450 Abgeordneten besteht. Dem Föderationsrat, dessen Aufgabe in der Vertretung der regionalen Interessen besteht, kommt eine untergeordnete Rolle zu. Was die Legislaturperiode der Duma betrifft, so hat bis zum Ende des Jahres 2011 alle vier Jahre eine Neuwahl stattgefunden. Im Jahr 2008 ist sie auf fünf Jahre erhöht worden. Die Verfassung von 1993 schreibt die Direktwahl der Hälfte der Abgeordneten nach dem relativen Mehrheitswahlrecht vor, die übrigen werden über Parteilisten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Nach einer Reform unter Präsident Putin findet die Wahl der Abgeordneten nun nicht mehr direkt in den entsprechenden Wahlkreisen statt, sondern erfolgt über Parteilisten nach den Prinzipien des Verhältniswahlrechts. Gilt vor der Reform für die über die Parteilisten gewählten Abgeordneten eine Fünf-Prozent-Hürde, so sind nach der Wahlrechtsänderung sieben Prozent erforderlich (vgl. Schröder 2011, 3-4 und Mangott 2009, 24-25). Die schon in der Sowjetunion fehlende Tradition eines durch die Existenz von verschiedenen Verbänden und Interessengruppen gewährleisteten Pluralismus (vgl. Hartmann 1988, 23) wirkt sich hemmend auf die Etablierung eines postsowjetischen Parteiensystems aus.

Im Gegensatz zur zentralistisch organisierten Sowjetunion verfügt die Russländische Föderation über 83 untergeordnete, föderative Strukturen (Föderationssubjekte). Die Verfassung von 1993 sieht noch 89 Gebietseinheiten vor (vgl. Schröder 2011, 3). Die Föderationssubjekte unterteilen sich in 21 Republiken, 9 Kreise, 4 autonome Kreise, 46 Gebiete, zwei föderale Städte (Moskau und St. Petersburg) und ein jüdisches Gebiet, das ebenfalls Autonomie genießt (Birobidschan) (vgl. Heinemann-Grüder 2011, 1). Diese verfügen über regionale Verfassungen und einem regionalen Oberhaupt, einem Gouverneur oder Präsidenten. Darüber hinaus gibt es eine vom Volk gewählte Vertretungskörperschaft (vgl. Schröder 2011, 3).

4.2.1 Die verfassungsmäßige Stellung und die außenpolitischen Kompetenzen des Präsidenten

Die Verfassung der Russländischen Föderation aus dem Jahr 1993 sieht eine asymmetrische Vormachtstellung des Präsidenten gegenüber den übrigen Staatsgewalten vor. Die Gestaltung der russländischen Innen- und Außenpolitik obliegt laut Art. 80 nicht primär

der Exekutive sondern dem Präsidenten. Abgesehen von seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist er mit der Ernennung bzw. Entlassung der militärischen Führung betraut. Um den Ministerpräsidenten seiner Wahl tatsächlich ernennen zu können, benötigt der Präsident die Zustimmung der Duma (Art. 83a der Verfassung der Russländischen Föderation von 1993). Ist diese dreimal hintereinander nicht bereit den vorgeschlagenen Kandidaten zu akzeptieren, ist der Präsident verpflichtet das Unterhaus aufzulösen. In diesem Zusammenhang muss daher auf das Risiko der Abgeordneten verwiesen werden, im Falle einer Auflösung der Duma ihr Mandat zu verlieren (Art. 111). Aus diesem Grund ist nicht zu erwarten, dass sich die Duma prinzipiell unkooperativ verhält. Die Amtszeit der Regierung ist an jene des Präsidenten gebunden (vgl. Mommsen 2010, 424-429).

Die Exekutive ist darüber hinaus nicht primär dem Parlament sondern dem Präsidenten verantwortlich. Die Präsidialadministration, ein Kollegialorgan, das sich aus dem Ministerpräsidenten, den einflussreichsten Ministern und den Vorsitzenden der Duma und des Föderationsrates zusammensetzt, übernimmt hierbei zentrale Aufgaben (vgl. Schröder 2011, 3).

Die Verfassung von 1993 räumt dem Präsidenten außerdem eine zentrale legislative Kompetenz ein. Er kann Dekrete und Verordnungen erlassen. Obwohl diese nicht der gültigen Verfassung oder dem Gesetzeskorpus widersprechen dürfen, kann der Präsident durch eigene Initiativen und Aktionen den Handlungsspielraum der Duma begrenzen. Die Präsidentschaftswahlen finden bis 2012 alle vier Jahre statt, ab 2012 alle sechs Jahre bei der einmaligen Möglichkeit zur Wiederwahl (vgl. Schröder 2011, 3).

Zentral ist auch die Rolle der Bürokratie. Diese ermöglicht dem Präsidenten die erfolgreiche Durchsetzung seiner Macht. Schewzowa verwendet zur Beschreibung und Klassifikation der Befugnisse des Präsidenten den Begriff „Monosubjekt“ (Schewzowa 2008, 9). Obwohl dem Präsidenten eine im Vergleich zu westeuropäischen Staaten außerordentliche Stellung im russländischen politischen System zukommt, wird seine reale Machtsphäre von den zum Teil sehr heterogenen Interessen der übrigen Mitglieder der politischen Elite beschränkt. Wenn er diese in seinen Entscheidungen nur unzureichend berücksichtigt, besteht die Gefahr, dass er aufgrund des schwindenden Rückhalts der politischen

Klasse sein Amt verliert. Der Präsident agiert also trotz des Umfangs der ihm zugeschriebenen Kompetenzen keineswegs autonom (vgl. Schewzowa 2008, 9-10).

Schröder kommt in Hinblick auf die russländische Verfassungsentwicklung zu folgendem Schluss:

Es ist offenkundig, dass die Verfassung [von 1993] unter dem Eindruck der Konfrontation zwischen Präsident und Parlament entworfen wurde. Um künftig eine ähnliche Situation zu vermeiden wurde die Position des Präsidenten rechtlich so abgesichert, dass eine wirksame Kontrolle durch Parlament und Volk kaum noch möglich ist. (Schröder 2011, 4)

5. Die Entwicklung der nationalen Interessen, der Strategien und Mittel in den Beziehungen zum euro-atlantischen Raum

5.1 Die Interessen der sowjetischen Außenpolitik

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die weltpolitische Stellung der Sowjetunion bedeutend verbessert. In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre kontrolliert sie nicht nur Osteuropa, sie verfügt außerdem über die zahlenmäßig stärkste Armee des europäischen Kontinents (vgl. Frankel 1971, 23) und über die Kapazität den von ihr abhängigen und beeinflussten Gebieten „Gesellschaftsmodelle aufzuzwingen“ (Hartmann 1988, 13), also soft power auszuüben. Wie die USA fungiert die Sowjetunion nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges als Vorbild für viele Gesellschaften. Ihr erklärtes außenpolitisches Ziel ist jedoch die weltweite Durchsetzung des Kommunismus (vgl. Frankel 1971, 23). Die USA sind keinesfalls bereit, eine flächendeckende Ausbreitung des Kommunismus in Europa zu akzeptieren und unterstreichen bereits in der Truman-Doktrin vom März 1947 ihre Bereitschaft diese Entwicklung zu verhindern. Aus diesem Grund sichern sie den europäischen Ländern finanzielle Hilfestellungen zu, verlangen aber die Etablierung pluralistischer und demokratischer Marktwirtschaften (vgl. Hauser 2010, 17). Trotz erschwerender Faktoren, wie der im Vergleich zu anderen europäischen Staaten geografischen Randlage, den eingeschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten und den, bei den Polen und nicht-slawischen Osteuropäern, verbreiteten antirussischen Haltungen, strebt die Sowjetunion die Absicherung ihres Weltmachtstatus an (vgl. Hartmann 1988, 139).

Der im Juli 1945 begonnene Ost-West-Konflikt hat bis zu seinem offiziellen Ende im Jahr 1991 nicht nur die Politik der euro-atlantischen Staaten sondern die gesamte internationale Ordnung bestimmt. Der synonym verwendete Begriff *Kalte Krieg* bezieht sich auf die Tatsache, dass während seiner Dauer die Option, tatsächlich einen militärischen Krieg zu führen, tabuisiert worden ist. Die zentralen Akteure, die USA, die Sowjetunion und die europäischen Staaten samt der entsprechenden Bündnisse, Warschauer Pakt und NATO, haben sich darauf beschränkt einen nuklearen Angriff in Aussicht zu stellen um den Gegner zu drohen (vgl. Hacke 2000, 385).

Die nukleare Abschreckung und die Angst der nuklearen Vernichtung stellen wesentliche Elemente des Kalten Krieges dar (vgl. Hacke 2000, 385). Die gesamte internationale Poli-

tik vollzieht sich innerhalb des Aktionsraumes, der durch den Kalten Krieg definiert wird. Sie manifestiert sich in der Konfrontation zwischen den Imperien, der „Handlungsspielraum für große oder mittlere Mächte [ist] drastisch eingeschränkt“ (Hacke 2000, 384). Es sind die Interessen und Manöver der UdSSR und der USA, die das weltpolitische Geschehen und die Politik im euro-atlantischen Raum bestimmen (vgl. Hacke 2000, 384).

Im Zuge der Systemkonfrontation verfolgt die UdSSR, so wie die USA das Ziel der „Stabilisierung und Ausdehnung des eigenen Einflussbereiches auf Kosten der Gegenmacht“ (Hacke 2000, 385-386). Die Einflussphären, auf denen die Ordnungspolitik der Supermächte während des Ost-West-Konflikts beruht, gehen auf Verhandlungen von Franklin Roosevelt (USA), Winston Churchill (Vereinigtes Königreich) und Josef Stalin (UdSSR) im Februar 1945 zurück. Die Einigung der Konferenz von Jalta hat zur Folge, dass neben der Teilung Deutschlands auch die Einflusszonen in Europa bestimmt werden (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 105).

Die wichtigsten Akteure in der Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik sind das Militär und der Geheimdienst (vgl. Biermann 1996, 79-82). Wie die USA unterstützt die UdSSR ihre Verbündeten in selbst aussichtslosen Situationen. Statt direkt mit den USA Krieg zu führen, werden Stellvertreterkriege ausgefochten, die vor allem der Vergrößerung des eigenen Einflusses dienen (vgl. Hacke 2000, 385-386).

Filzmaier, Gewessler, Höll und Mangott bieten einen Überblick über die einzelnen Phasen des Kalten Krieges (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 106-116).

5.1.1 Exkurs: Überblick über die Phasen des Kalten Kriegs

In der ersten Phase von 1945-1957 dominieren die USA die Atomwaffenentwicklung. Nachdem ab 1949 auch die Sowjetunion über die Fähigkeiten und das Wissen, die zum Bau einer Atombombe notwendig sind, verfügen, ändern sich nach und nach die Kräfteverhältnisse. Die Unterlegenheit der UdSSR ist darauf zurückzuführen, dass diese nicht in der Lage ist die notwendigen Trägersysteme für die Atombombe zu entwickeln. Was die konventionellen Waffen bzw. die militärische Präsenz der UdSSR angeht, so stellt sie für die USA sogar eine Bedrohung dar. Aus diesem Grund droht die USA mit *Massive Response*, mit enormen nuklearen Angriffen auf sämtliche Gebiete, in denen die UdSSR

Truppen stationiert hat (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 106-107). Nach großen Erfolgen der UdSSR im Bereich der Atombombe und der Raumfahrt in der Zeit von 1957-1962 entwickeln die USA unter Präsident John F. Kennedy das Apollo-Programm. Dieses beinhaltet die Entwicklung leistungsfähigerer Trägerraketen und das Ziel bis zum Ende der 1950er Jahre die erste Mondlandung von Amerikanern durchzuführen. Da die USA nun ebenfalls vom Gegner mit einem nuklearen Angriff bedroht werden, steht nun nicht mehr die *Massive Response*, sondern die *gesicherte Zweitschlagfähigkeit* und die *Flexible Response* im Zentrum der US-amerikanischen außenpolitischen Strategie. Diese beinhaltet den Versuch „durch geeignete Mittel einen ersten atomaren Schlag des Gegners so zu überstehen, dass man in der Lage ist, geschützte Atomwaffen zu starten und den Gegner zu vernichten.“ (Filzmaier u.a. 2006a, 107) Die ab Oktober 1958 abgehaltene Genfer Konferenz widmet sich dem Ziel Atomversuchen ein Ende zu bereiten. Es ist Nikita Chruschtschow der auf der 14. UN-Vollversammlung mit dem Ziel vorprescht, in vier Jahren eine totale Abrüstung zu erreichen. In die zweite Phase, fällt außerdem der Beginn der Verhandlungen über Rüstungskontrollmaßnahmen (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 107-108).

Die dritte Phase des Kalten Krieges (1962-1970), die mit der Kuba-Krise beginnt, umfasst die Erfolge der UdSSR im nuklearen Bereich und beim Raketenprogramm. Die gesicherte Zweitschlagfähigkeit zeichnen nicht mehr nur die USA, sondern auch die UdSSR aus. „[E]s wäre keiner Seite gelungen, mit einem Erstangriff alle Atomwaffen des Gegners zu vernichten.“ (Filzmaier u.a. 2006a, 109). Mit dem für diese Periode kennzeichnenden Begriff *Mutually Assured Destruction* (MAD), bezeichnet man das nukleare Gleichgewicht der beiden Supermächte und die Fähigkeit, nach einem Erstschlag vernichtend zurückzuschlagen. In die dritte Phase fallen konkrete Verhandlungen zur Rüstungskontrolle: der *Non-proliferation-Vertrag* 1968 sowie der Beginn der *Strategic Arms Limitation Talks* (SALT), die auch als SALT-I-Gespräche bezeichnet werden. Außerdem werden die *Mutual Balanced Force Reduction* Verhandlungen und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) geplant (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 109-110). Dies leitet schließlich eine ruhigere Phase des Ost-West-Konfliktes ein, die sich durch Entspannung in den Beziehungen von USA und UdSSR auszeichnet.

Die vierte Phase dauert von 1970-1975. Ab 1975 verstärken sich die Konflikte wieder. Die „nukleare[...] Hochrüstung und Modernisierung“ (Schöllgen 2000, 73) wird während des gesamten Ost-West-Konfliktes nicht eingestellt. Obwohl sich nach der Kuba-Krise im

Jahr 1962 sowohl in der USA als auch in der UdSSR die Einsicht durchsetzt, dass dem Einsatz nuklearer Mittel in jedem Fall entgegengewirkt werden muss, erreicht der atomare Rüstungskonflikt in den 1980er Jahren einen neuen Höhepunkt (vgl. Dülffer 2004, 92).

Trotz Rüstungskontrolle³⁴ wird keine vollständige Abrüstung erreicht. Während der fünften Phase (1975-1985), im Jahr 1983 entschließt sich die NATO zur Positionierung neuer Raketen. Die Sowjetunion erklärt daraufhin das Ende der Rüstungsgespräche und die Errichtung zusätzlicher Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper. Das strategische Gleichgewicht ist im Jahr 1983 aus Sicht der UdSSR durch die *Strategic Defense Initiative* (SDI) von US-Präsident Reagan gefährdet: Ziel der SDI ist ein amerikanisches Raketenabwehrsystem, das zur Abwehr von Raketen aus der Sowjetunion gedacht ist und das amerikanische Territorium zu schützen vermag. Die Sowjetunion kann dem amerikanischen Raketenabwehrsystem, das zwar aufgrund technischer und politischer Motive nicht von Erfolg gekrönt sein wird³⁵, keine entsprechende sowjetische Technologie entgegensetzen. Zudem sind sie vom amerikanischen Vorstoß völlig überrascht. Die Möglichkeit eines Krieges wird nicht mehr ausgeschlossen. „Mitte der 1980er Jahre standen sich weltweit zwei hochgerüstete, bis an die Zähne bewaffnete Lager gegenüber“ (Müller/Schörnig 2006, 84). Während der Westen seine Vorrangstellung weiter auszubauen vermag, kann die Sowjetunion mit dem mächtigen Gegner nicht mehr mithalten (vgl. Müller/Schörnig 2006, 84). Trotz gegenteiliger Prognosen kommt es schließlich zu einer Rüstungsreduktion. Kooperation wird wichtiger und manifestiert sich in der Errichtung entsprechender Strukturen (vgl. Dülffer 2004, 95-96 und Müller/Schörnig 2006, 83-84). Dies kann vor allem mit dem „neuen Denken“, das die Außenpolitik Gorbatschows bestimmt, begründet werden. Dieses manifestiert sich in einer Neubewertung der sowjetischen sicherheitspolitischen Interessen. Während unter Gorbatschow die Bedeutung von Nuklearwaffen herabgestuft wird, kommt der Rüstungskontrolle ein größerer Stellenwert zu. Der Rüstungswettlauf, der in einem permanenten Ausgleichen der eigenen Unterlegenheit im Vergleich zu den Kapazitäten und Möglichkeiten des Gegners bestanden und über Jahrzehnte hinweg die Beziehungen der Sowjetunion zum euro-atlantischen Raum bestimmt hat, mündet schließlich in Rüstungskontrollvereinbarungen, die zu einem höhe-

³⁴ Zu den wichtigsten Vertragswerken, die bis in die 1980er Jahre die Abrüstung regeln, gehören das Atomteststoppabkommen (1963), der Nichtverbreitungsvertrag (1969) sowie SALT I und SALT II (1972 und 1979), die die Begrenzung strategischer Waffen regeln (vgl. Schöllgen 2000, 73).

³⁵ Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass das SDI-Programm der amerikanischen Rüstungstechnologie und -industrie enorme Fortschritte unter anderem bei der Sensorentechnik und in der konventionellen Kriegsführung ermöglicht (vgl. Müller/Schörnig 2006, 84).

ren Vertrauensgrad zwischen den Angehörigen der NATO und des Warschauer Pakts führen werden. So werden während der Amtszeit Gorbatschows als Generalsekretär der Kommunistischen Partei im Jahr 1987 der INF-Vertrag, der die Beseitigung sämtlicher landgestützter Mittelstreckenraketen in Europa vorsieht, im Jahr 1990 der KSE-Vertrag³⁶ und 1991 schließlich der START-I Vertrag³⁷, der zum ersten Mal den Abbau strategischer Nuklearwaffen (in den USA von 11.602 auf 8.592 und in der Sowjetunion von 10.877 auf 6.940) zum Inhalt hat, unterzeichnet (vgl. Schöllgen 2000, 73 und Donaldson/Nogee 2005, 231). Er erlaubt nur 6.000 strategische Sprengköpfe und 1.600 Trägersysteme (vgl. Wipperfurth 2011, 42).

Dass sich die Sowjetunion und ihre Ideologie am Ende nicht durchsetzen können, liegt in erster Linie an innerstaatlichen und ökonomischen Faktoren. Beiden, sowohl der USA als auch der Sowjetunion, wird die ökonomische Schere immer bewusster. Die UdSSR hinkt der USA in der wirtschaftlichen Performance hinterher. Dies bestätigt vor allem das Brutto-sozialprodukt der Sowjetunion, das zu Beginn der 1980er Jahre nur halb so groß geschätzt wird als jenes der USA (vgl. Dülffer 2004, 96). Während sich der Großmachtstatus der USA in seiner Rolle als die „führende weltweite Wirtschaftsmacht“ (Hartmann 1988, 19) aufgrund der Höhe ihrer Kapitalreserven, ihrer Exporte, ihrer ausländischen Kapitalinvestitionen bzw. dem Ausmaß ihrer Produktivität begründet, ist jener der Sowjetunion von ihren wirtschaftlichen Kennzahlen und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in nicht-sozialistischen Staaten losgelöst (vgl. Hartmann 1988, 19).

Insgesamt nehmen in der Sowjetunion, wie bereits im Zarenreich, die außen- und machtpolitischen Bestrebungen einen höheren Stellenwert als die innenpolitische Entwicklung des Landes ein. Die Sowjetunion jedoch vermag den mit diesen Zielen einhergehenden Belastungen nicht gerecht zu werden, was schließlich wesentlich zu ihrem Zusammenbruch beiträgt (vgl. Wipperfurth 2011, 121). Als in den 1980er Jahren die Rückständig-

³⁶ „Das Vertragswerk hat in erster Linie die Funktion, zwischenstaatliche Kriege in Europa zu verhüten. Darunter fallen auch innerstaatliche Gewaltkonflikte, die zu zwischenstaatlichen Kriegen eskalieren können.“ (Schmidt 2008, 3) Ihm gehören von den östlichen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Moldau, Polen, Rumänien, Russland, die Slowakei, die Tschechische Republik, die Ukraine, Ungarn und Weißrussland an, während zu den westlichen Mitgliedern Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, die Türkei und die USA zählen (vgl. Schmidt 2008, 3)

³⁷ Die Sowjetunion bindet ihre Bereitschaft START-I tatsächlich zu ratifizieren an den ABM-Vertrag, der auch in Zukunft gültig sein müsse (vgl. Müller/Schörnig 2006, 168).

keit der Sowjetunion im Vergleich zum Entwicklungsstand der USA und der übrigen westlichen Staaten immer deutlicher wird, wird die Modernisierung zum zentralen Leitmotiv der sowjetischen Außenpolitik. Gorbatschow plädiert daher für eine Verringerung der Konfliktintensität in den Beziehungen zu den USA. Er erklärt die Bewältigung innenpolitischer Probleme zum wichtigsten Ziel der Sowjetunion (vgl. Biermann 1996, 11). Trotz seiner Bemühungen die außenpolitischen Ziele der innenpolitischen Modernisierung unterzuordnen, gelingt es ihm nicht die Fragmentierung des Unionsgebietes zu verhindern (vgl. Wipperfurth 2011, 121).

5.2 Die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Russländischen Föderation nach dem Ende der Bipolarität

Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung setzt der wohl fundamentalste Wandel des internationalen Systems seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein, der sich in einer erstaunlichen Geschwindigkeit vollzieht. „The collapse of the Soviet Union in 1991 changed the structure of the international system.” (Donaldson/Nogee 2005, 229). Dieser führt schließlich zum Ende der Bipolarität und zur Errichtung einer Ordnung, in der den USA die größte Macht zukommt. „For the moment, the international system appeared to be ‘unipolar’, and with the new system came a respite in great power rivalry.” (Donaldson/Nogee 2005, 229). In Bezug auf seine Sicherheit muss Europa nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und spätestens beim Ausbruch der Auseinandersetzungen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens erkennen, dass ihre Handlungsfähigkeit und die Stabilität des Kontinents auch von der Kooperationsbereitschaft der USA abhängen. Eine gewisse Fügung in US-amerikanische Sicherheitsvorstellungen erscheint unausweichlich (vgl. Schöllgen 2000, 75). Dennoch vermag die USA selbst nach den Ereignissen vom 11. September nicht, als Hegemonialmacht aufzutreten und die internationalen Beziehungen wesentlich zu steuern. Viele Autoren sind sich einig, dass die USA keine Supermacht in einem unipolaren System darstellt (vgl. Gärtner 2008, 251). Sie wird jedoch häufig als die einzige Macht beschrieben, die dazu überhaupt theoretisch in der Lage ist. „Alle potenziellen ‚Gegenmächte‘ sind nicht mehr oder noch nicht stark genug, die Pax Americana herauszufordern.“ (Brill 2008, 409). Da es mehrere Staaten sind, die gemeinsam die Weltpolitik gestalten, wird das internationale System als multipolar bezeichnet (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 351). Neben den USA gibt es große Regionalmächte, zu denen üblicherweise auch das postsowjetische Russland gezählt wird. Im Gegensatz zur USA, die

sich als Hegemon in einem unipolaren System sehen möchten, streben die großen Regionalmächte nach der Aufrechterhaltung einer multipolaren Weltordnung. „Die schärfste Reaktion auf die US-Ambitionen wäre eine ‚antihegemoniale Allianz‘ mehrerer regionaler Großmächte.“ (Brill 2008, 409-410)

Die Änderungen in der weltpolitischen Ordnung manifestieren sich auch in den sich ändernden nationalen Interessen der einzelnen Staaten und in den gewandelten Bedrohungsszenarien. Letztere beziehen sich auf die wichtigere Rolle von Massenvernichtungswaffen und Terroristen, die als sicherheitspolitische Akteure auftreten (vgl. Wilhelm 2006, 1 und Feichtinger 2010, 9). Aus diesem Grund haben sich auch die Anforderungen an die russländische Sicherheit in den vergangenen zwanzig Jahren erheblich verändert. Während die Wahrscheinlichkeit einer militärisch geführten Auseinandersetzung mit der NATO sinkt, steigt das Sicherheitsrisiko, das die Möglichkeiten lokal oder regional begrenzter, separatistischer Konflikte ethnischer oder religiöser Prägung bzw. Terroranschläge in Folge von territorialen Interessen vor allem im zentralasiatischen Raum mit sich bringen. So bedrohen eine Reihe von „frozen conflicts“ in Tschetschenien und Georgien die Sicherheit der Russländischen Föderation. „Um hier Macht zu projizieren, sind andere Militäreinsätze nötig als in traditionellen großen Kriegen mit klassischen Schlachten und langen Frontverläufen.“ (Klein 2009, 9) Die Mobilität, Flexibilität und Fähigkeiten in Bezug auf Ausbildung oder Ausrüstung der eingesetzten Einheiten sind hierbei zentral (vgl. Klein 2009, 9).

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Pakts im Jahr 1991 entsteht in vielen Gebieten, die bisher von einem der beiden Supermächte dominiert worden sind, ein enormes „sicherheitspolitisches Vakuum“ (Schöllgen 2000, 74). Außerdem befinden sich plötzlich Nuklearwaffen im Besitz kleiner und instabiler Nachfolgestaaten der UdSSR (Kasachstan, Ukraine und Weißrussland). Das Risiko einer nuklearen Proliferation³⁸ zwingt die internationale Staatengemeinschaft über neue Möglichkeiten zur Herstellung internationaler Stabilität nachzudenken (vgl. Müller/Schörnig 2006, 168). Eine wichtige Frage betrifft daher auch den Stellenwert der internationalen Organisationen wie zum Beispiel der Vereinten Nationen, der NATO oder der Konferenz für Sicher-

³⁸ Nukleare Proliferation „bedeutet die Verbreitung von Nuklearwaffen oder von waffenfähigem Nuklearmaterial durch deren Weitergabe von [...] *Nuklearwaffenstaaten* an Nicht-Nuklearwaffenstaaten oder deren Erwerb oder Herstellung durch letztere.“ (Gärtner 2008, 191)

heit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Während zum Zeitpunkt ihrer Gründung das Ziel der NATO nicht nur in der Errichtung einer Verteidigungsstruktur mit dem Ziel die Sowjetunion zu schwächen besteht, sondern auch darin die „Freiheit, Unabhängigkeit und den Wohlstand ihrer Mitglieder“ (Schöllgen 2000, 78) vor der kommunistischen Expansion zu schützen, muss sie, da sie im Gegensatz zum Warschauer Pakt weiter bestehen bleibt, ihre Ziele nach dem Ende des Ost-West-Konflikts neu definieren (vgl. Schöllgen 2000, 72-78 und Hacke 2000, 383-384). Nach einer Phase, in der die USA der NATO eine geringere Bedeutung beigemessen haben, erfährt sie in den Jahren der ersten Präsidentschaft Clintons, genauer gesagt von 1992-1996 eine erneute Aufwertung. Ihre Möglichkeiten als „ordnungspolitische[...] Kraft“ zu fungieren, rücken wieder stärker in den Mittelpunkt der US-amerikanischen Außenpolitik (vgl. Czempiel 2002, 14). Sie stellt eine Sicherheitsstruktur bereit, an der nun auch ein Großteil der Transformationsstaaten Ost- und Südosteuropas teilnehmen möchten. So besteht das Bestreben der ‚neuen NATO‘ aktiv zur Stabilisierung des postsowjetischen Raumes beizutragen, indem ehemalige Teilrepubliken der Sowjetunion NATO-Mitglied werden sollten (vgl. Schulze 2010, 94). Zweitens verfolgt sie das Ziel „ein Sicherheitssystem gegen das während der Jelzin-Ära am Rande einer Systemkrise balancierende Russland aufzubauen“ (Schulze 2010, 94). Die damit einhergehende, von der russländischen Führung befürchtete Neudefinition von Einflussphären, führt unweigerlich zum Konflikt mit Russland (vgl. Schöllgen 2000, 72-78 und Hacke 2000, 383-384).

Russland muss die nach dem Ende des Ost-West Konflikts andauernde Präsenz der USA auf dem europäischen Kontinent überrascht hinnehmen und sogar noch feststellen, dass diese beabsichtigt ihre Position zu verfestigen. Das Ende des Kalten Krieges hat keine übersichtliche Struktur der permanenten Zusammenarbeit zwischen Ost und West hinterlassen. Die nach dem Ende der Systemkonfrontation errichtete Institutionenlandschaft zur multilateralen Kooperation folgt keinem schnell erfassbaren Muster. Es gibt zahlreiche Organisationen internationalen, europäischen oder regionalen Zuschnitts mit zum Teil einander überlappenden bzw. konkurrierenden Zielsetzungen und Strategien. Gleichzeitig besteht nach wie vor eine geopolitische Rivalität zwischen Ost und West. Die Parallelität kooperativer und konfrontativer Merkmale in den Beziehungen der Russländischen Föderation zum Westen erfordert Vereinbarungen über Rüstungskontrolle (vgl. Brzoska u.a. 2011, 4).

Nachdem der Warschauer Pakt aufgelöst worden ist, schließt sich Russland keinem militärischen Verteidigungsbündnis mehr an. Zwar hat das postsowjetische Russland abgesehen von Rivalen wie dem Iran oder der Türkei (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 4) keine einflussreichen Feinde mehr, die eine permanente und massive Bedrohung auf die russländische Sicherheit ausüben. Dennoch, oder gerade deshalb droht ihr daher die internationale Isolation. „Das postsowjetische Russland wurde aufgrund seiner transformationsbedingten Systemkrise ab 1994 aus der Mitgestaltung der europäischen Politik hinausgedrängt.“ (Schulze 2010, 94)

Die militärische Bedrohung seitens der westlichen Gegner, die die außenpolitische Strategie der Sowjetunion bestimmt, verliert in der postsowjetischen Außenpolitik ihre Wichtigkeit. Stattdessen erweisen sich die „realistische Erwartung einer weiteren Abwertung des internationalen Status des Landes“ (Mangott 2005, 15) und der abnehmende Einfluss im europäischen, kaukasischen, zentralasiatischen und asiatisch-pazifischen Raum als zentrale außenpolitische Themen. Schließlich hat sich auch die Art und Weise, wie der von Moskau aus geleitete Staat von der Weltgemeinschaft wahrgenommen wird, erheblich verändert. Im Gegensatz zur gefürchteten, einflussreichen Sowjetunion wird das postsowjetische Russland vom Westen sowie von der Volksrepublik China und den islamischen Staaten als schwacher Akteur begriffen, der nicht dazu in der Lage ist ordnungspolitische Aufgaben zu übernehmen (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 200 und Rahr 2011, 7).

5.3 Die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum unter Präsident Jelzin

Die ersten Präsidentschaftswahlen der Russländischen Föderation finden am 12. Juni 1991 statt. Der Präsident der russischen Teilrepublik RSFSR, Boris Jelzin, tritt als Gewinner dieser Wahl das Präsidentenamt an. Der am 3. Juli 1996 für eine zweite Amtsperiode wiedergewählte Jelzin bleibt bis zu seinem Rücktritt am 31. Dezember 1999 im Amt (vgl. Haas 2010, 4 und Mommsen 2009a, 170).

5.3.1 Innenpolitische Entwicklungen

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit orientiert sich die Führung der Russländischen Föderation in innenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen an westlichen Systemen (vgl. Schäfer 2007, 18 und Sakwa 2005, 208). Jelzin bemüht sich intensiv um die finanziellen Zuwendungen der westlichen Länder (vgl. Shevtsova 2004, 21). Dass die Systemtrans-

formation im wirtschaftlichen Bereich keineswegs problemlos verläuft, zeigen der dramatische Einbruch des Rubelkurses im Oktober 1994 oder die Wirtschaftskrise im Jahr 1998 (vgl. Schröder 2011, 4). Die Reformpolitik Jelzins kann als unzureichend bezeichnet werden. Wie sich herausstellen wird, hat die bloße Verwendung westlichen Kapitals noch keine umfassende Modernisierung des postsowjetischen Russlands zur Folge (vgl. Shevtsova 2004, 21). Zahlreiche politische Gruppierungen sind mit dem Reformkurs Jelzins nicht einverstanden. Dies wird vor allem bei den Parlamentswahlen vom 12. Dezember 1993 deutlich: Das Wahlergebnis zeigt, dass die Unterstützerparteien der Politik Jelzins nur zirka 30 Prozent der zu vergebenden Mandate erhalten. Die Kritiker der Reformen, die kommunistischen und nationalistischen Parteien, können 36 Prozent und die rechtsextreme liberaldemokratische Partei Schirinowskij 22,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen (vgl. Schröder 2011, 4). Auch die im Dezember 1995 stattfindenden Dumawahlen bedeuten einen erneuten Rückschlag für die Anhänger von Präsident Jelzin. Die ein halbes Jahr später stattfindenden Präsidentschaftswahlen kann Jelzin erst in der Stichwahl gegen seinen stärksten Gegner, den Kommunisten Sjuganow, für sich entscheiden. Im Vorfeld der Wahlen wird Jelzin von bedeutenden Exponenten der russländischen Finanzwelt, sowohl bei der Organisation seines Wahlkampfes als auch in finanzieller Hinsicht, enorm gefördert. Schröder verweist auf den manipulatorischen Charakter der medienwirksamen Kampagne (vgl. Schröder 2011, 5).

Es sind vor allem die wirtschaftlichen Akteure in einflussreichen Führungspositionen privater Unternehmungen, die sich während der Präsidentschaft Jelzins zunehmend in die Politikformulierung integrieren. Diese repräsentieren eine bedeutende Wählerschicht, die dem Präsidenten gegenüber unterstützend auftritt. Den so genannten ‚Oligarchen‘ jedoch „ging es nicht so sehr um [die] Durchsetzung demokratischer oder marktwirtschaftlicher Prinzipien, sondern um [die] Konsolidierung eigener Positionen.“ (Schröder 2011, 6) Der mächtige Einfluss der Oligarchen und der regionalen Entscheidungsträger führt dazu, dass Jelzin trotz der verfassungsmäßig außerordentlichen Stellung in seiner Machtausübung geschwächt wird. Zudem spricht sich nicht nur die Mehrheit der Abgeordneten im Parlament gegen die Politik Jelzins aus. Auch zwischen der Regierung und der Präsidialadministration gibt es zahlreiche Konkurrenz- und Machtkämpfe. Weiters ist Jelzin nicht dazu in der Lage sich gegenüber den Vertretern aus den Regionen und ihren weitreichenden Forderungen durchzusetzen. Die ausdifferenzierte Medienstruktur hat außerdem zur Folge, dass viele Journalisten nicht davor zurückschrecken, negativ über den Präsidenten

zu berichten (vgl. Mangott 2009, 30-31 und Schröder 2011, 5). Das Ende von Jelzins zweiter Amtszeit ist von Korruptionsvorwürfen und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft geprägt, die sogar Personen in den Reihen Jelzins zum Ziel haben (vgl. Schröder 2011, 5).

5.3.2 Die außenpolitischen Interessen

Zu Beginn ihrer Unabhängigkeit verfügt die Russländische Föderation keineswegs über eine kohärente außenpolitische Strategie, die von allen relevanten Entscheidungsträgern mitgetragen wird. Dies kann auf außenpolitische Orientierungsschwierigkeiten nach dem Ende der Sowjetunion einerseits und auf das übermächtige Erbe der sowjetischen Außenpolitik andererseits zurückgeführt werden. So werden nicht nur in Hinblick auf das im Staatsdienst und in der Außenpolitik tätige Personal Kontinuitäten konstatiert. Auch in der außenpolitischen Ausrichtung bleiben viele Ideen und Einstellungen aus der Sowjetzeit weiter bestehen. Haas verweist zum Beispiel auf die Angst vor den expansionistischen Bestrebungen anderer Mächte und auf das Gefühl von feindlichen Staaten umzingelt zu sein. In diesem Zusammenhang muss auch das extrem hohe Sicherheitsbedürfnis angeführt werden, das sowohl die Politik der Sowjetunion als auch jene der Russländischen Föderation prägt. Gleichzeitig verspüren die Russen seit jeher „a feeling of superiority, which is expressed in references to the unique status of Russia“ (Haas 2010, 3) und streben daher nach dementsprechender Beachtung und Anerkennung von Seiten der übrigen Staatenwelt (vgl. Haas 2010, 3).

Die verschiedenen Orientierungen, die das postsowjetische Russland nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in seinen Beziehungen zum euro-atlantischen Raum ausbildet, können als jeweils unterschiedliche Optionen verstanden werden mit dem Erbe der sowjetischen Außenpolitik umzugehen. Diese Orientierungen können zum Teil nicht scharf voneinander abgegrenzt werden. Zunächst ist die Orientierung der „Reintegration des postsowjetischen Raumes“ (Filzmaier u.a. 2006a, 215) zu nennen. Haas merkt an, dass die Russländische Föderation nicht zwangsweise mit einer sicherheitspolitischen Emanzipation der GUS-Staaten gerechnet hat. Statt Russland als Führungsmacht zu akzeptieren und ihre Sicherheitspolitik gemäß russländischer Vorstellungen auszugestalten, kümmern sich die Mitgliedstaaten der GUS – zur Verfolgung ihrer jeweiligen außen- und sicherheitspolitischen Ziele – um den Aufbau eigener Streitkräfte. „The effect of these developments was that Russia felt itself forced to do the same“ (Haas 2010, 4). Daher richtet es noch in

der ersten Hälfte des Jahres 1992 ein Verteidigungsministerium ein und konzentriert seine Kräfte auf die Errichtung einer russländischen Armee (vgl. Haas 2010, 4). Die zweite Orientierung bezieht sich auf die Bildung einer Gegenmacht und das Bestreben Allianzen einzugehen, die dazu fähig sind der drohenden Unipolarität seitens der USA bzw. der Dominanz der OECD-Mitglieder entgegenzuwirken. Die dritte Handlungsmöglichkeit beruht auf dem Ziel eine enge Kooperation mit den eben genannten Akteuren einzugehen (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 215).

Die Durchsetzung der außenpolitischen Linie von Präsident Jelzin und seiner Präsidialverwaltung wird von den Interessenskonflikten zwischen den einzelnen, die Außenpolitik mitgestaltenden Ministerien verhindert. Es bestehen häufig Widersprüche zu den außenpolitischen Orientierungen unter anderem des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums, den Sicherheitsdiensten, des nur kurze Zeit bestehenden GUS-Ministerium und des Atomenergieministeriums. Während sich der Präsident eher in Richtung Westen ausrichtet, steht für die Ministerien die Dominanz über den GUS-Raum im Vordergrund (vgl. Schäfer 2007, 18). Aus dem Nationalen Sicherheitskonzept geht hervor, dass neben dem Präsidenten, dem Parlament, der Regierung, dem Sicherheitsrat auch Föderationsorgane und regionale Exekutiven für die Durchsetzung und Implementierung der russländischen Sicherheitspolitik zuständig sind.³⁹

Die Systemtransformation hat das Entstehen eines ideologischen Leerraumes in der post-sowjetischen Außenpolitik zur Folge. Dieser kann auf den, unter Präsident Jelzin vollzogenen, vollständigen Abschied von der marxistisch-leninistischen Denkschule zurückgeführt werden. Dass im Jahr 1993 die erste Konzeption der Außenpolitik der Russländischen Föderation angenommen wird, kann mit dem Bedürfnis begründet werden, die außenpolitische Strategie auch theoretisch zu fundieren (vgl. Haas 2010, 4). Es folgen die Militärdoktrin, die am 2. November 1993 und das Nationale Sicherheitskonzept, das am 17. Dezember 1997 ratifiziert wird (vgl. Haas 2010, 6).

Das Außenpolitische Konzept von 1993 sieht keine reine Orientierung am Westen vor. Stattdessen werden die Potenziale, die sich aus einer integrierten GUS-Zone ergeben könnten, betont. So ist zum Beispiel das beliebte russländische Argument zu nennen, dass

³⁹ vgl. Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

die Stabilität und der Frieden der Region von der Russländischen Föderation abhängen (vgl. Wipperfürth 2011, 37). Im Nationalen Sicherheitskonzept von 1997 wird die Russländische Föderation als „influential European-Asian power“⁴⁰ bezeichnet, deren nationales Interesse sich nicht nur auf Europa, sondern auch auf den Nahen Osten, Zentral- und Südasien sowie auf die asiatische und pazifische Region bezieht. In Bezug auf ihre internationale Umwelt verfolgt die Russländische Föderation das erklärte Ziel, ihren Großmachtstatus zu konsolidieren⁴¹ und Dialoge sowie umfangreiche Kooperationsformen mit den zentral- und osteuropäischen Ländern, den Staaten des amerikanischen Kontinents, des Nahen Ostens, Westasiens, Afrikas sowie der asiatisch-pazifischen Region aufzubauen. Vor allem von den Integrationsprozessen in der letztgenannten Region fühlt sich die Russländische Föderation ausgeschlossen.⁴² Trotz der hohen Anzahl an bevorzugten Kooperationspartnern, gesteht das Nationale Sicherheitskonzept von 1997 ein: „The realization of Russia’s national interests in the international sphere is largely determined by the nature of relations with the leading powers and integration-oriented associations of world community.“⁴³ Das primäre verteidigungspolitische Ziel liegt, so das Nationale Sicherheitskonzept, in der Gewährleistung der Sicherheit des Staates, seiner Bewohner und der russländischen Gesellschaft, gegen „military aggression by other states“.⁴⁴

Das Nationale Sicherheitskonzept nennt als die nationale Sicherheit gefährdende und von außen kommende Faktoren eine Einmischung in die internen Angelegenheiten sowie Versuche, „Russia’s consolidation as an influential center of the multi-polar world“⁴⁵ zu unterbinden indem zum Beispiel die russländische territoriale Integrität verletzt wird. So ist jedoch zu bedenken, dass zwischen den Forderungen der Russländischen Föderation und ihrem eigenen Verhalten anderen Staaten gegenüber Kontroversen festgestellt werden können. So schreckt sie ihrerseits nämlich nicht davor zurück, sich in die mit gewaltsa-

⁴⁰ Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

⁴¹ „The Russian Federation’s national interests in the international sphere require the implementation of an active foreign policy course aimed at consolidating Russia’s positions as a great power -- one of the influential centers of the developing multi-polar world.“ in: Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

⁴² vgl. Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

⁴³ Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

⁴⁴ Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

⁴⁵ Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

men Mitteln ausgetragenen Auseinandersetzungen anderer Staaten, wie zum Beispiel jene in Georgien oder der Republik Moldau in den Jahren 1992 und 1993, einzumischen. So versucht sich das Gebiet Transnistrien, das sich im Nordosten Moldaus befindet und über einen großen Anteil an russischsprachiger Bevölkerung verfügt, abzuspalten. Dies wiederum wird von der moldawischen Führung, die militärische Mittel einsetzt, nicht geduldet (vgl. Wipperfurth 2011, 38-39). Wie Wipperfurth darstellt, ist es der russländische General und Oberbefehlshaber Alexander Lebed, der die abtrünnigen Kräfte Transnistriens schließlich aktiv unterstützt.. „Die politische Führung Russlands widersprach dem General nicht, sondern mahnte ihn lediglich vergeblich zur Zurückhaltung“ (Wipperfurth 2011, 39). Diese Episode offenbart vermeintliche Machtkämpfe zwischen der russländischen Führung und dem Militär. Schließlich warnt der Außenminister vor einem möglichen Aufbegehren seitens der Generäle. Wipperfurth jedoch hält eine zwischen Lebed und Jelzin akkordierte Aktion für möglich. Obwohl die Kampfhandlungen beendet werden, schwelt der Konflikt bis heute (vgl. Wipperfurth 2011, 38-39).

Zur Umsetzung der russländischen nationalen Interessen sind nicht nur militärische, sondern auch ökonomische, demografische und politische Ressourcen notwendig. Das Nationale Sicherheitskonzept verweist auf die reichen russländischen Vorkommen an Rohmaterialien, auf die geostrategischen Ausgangsbedingungen auf dem eurasischen Kontinent sowie auf das Nuklearpotential. Es wird außerdem die Notwendigkeit einer militärischen Reform postuliert, da sich der postsowjetische militärische Komplex als finanzielle Belastung für das Budget der Russländischen Föderation erweist.⁴⁶

5.3.3 Die Entwicklung der euro-atlantischen Sicherheitsstruktur während der Präsidentschaft Jelzins

Obwohl die Vertreter der euro-atlantischen Staaten Gorbatschow in seinem Bestreben, dem Auseinanderbrechen der UdSSR entgegenzuwirken, unterstützt haben⁴⁷, erfolgt die diplomatische Anerkennung der Russländischen Föderation rasch und ohne nennenswerte Widerstände (vgl. Zimmermann 2000). Nach der Systemtransformation unterstreicht Jelzin wiederholt das Ziel Teil einer multipolaren Weltordnung zu sein. Die russländische

⁴⁶ vgl. Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

⁴⁷ Der amtierende Präsident der USA, George Bush sen. drückt im Jahr 1991 ernsthafte Bedenken bezüglich der ungewissen Auswirkungen des Endes der Sowjetunion aus. Diese betreffen vor allem das Gebiet der Kernwaffensicherheit (vgl. Wipperfurth 2011, 32).

außenpolitische Strategie der ersten Phase nach der Unabhängigkeit unterscheidet sich von jener ab der zweiten Hälfte des Jahres 1992. Während sich die Russländische Föderation mit dem westlich orientierten Außenminister Andrei Kosyrew zunächst aktiv um eine Annäherung an die USA und den Westen bemüht, setzt sich nach und nach die Ansicht durch, dass eine umfangreiche Einbindung durch zahlreiche Divergenzen zwischen Ost und West erschwert wird (vgl. Wipperfürth 2011, 32-33). Diese betreffen vor allem den Wunsch sich zu demokratisieren und so schnell wie möglich den wichtigsten Bündnissen, wie zum Beispiel der NATO, dem Internationalen Währungsfond (IWF) oder der Europäischen Gemeinschaft (EG) beizutreten um so die Modernisierung, das Wachstum der russländischen Wirtschaft sowie eine enorme Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen⁴⁸ (vgl. Trenin 2005b, 123, Mommsen 2010, 469 und Gudkov/Zaslavsky 2011, 125). „Die Westorientierung richtete sich in gleicher Intensität nach Europa wie nach den USA.“ (Mommsen 2010, 469). Die nach Westen ausgerichtete russländische Außenpolitik wird auch mit Hilfe der Begriffe *Europäismus* und *Atlantismus* charakterisiert (vgl. Mommsen 2010, 469).

Kosyrew verliert im Laufe der Zeit immer mehr Unterstützer aus den eigenen Reihen. Zum einen ist die Bekanntgabe von Präsident Jelzin im Dezember 1991 – Russland denke über eine Antragstellung zur Aufnahme in die NATO nach – vom Westen, vor allem von den USA, nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen worden. Dies veranlasst Jelzin dazu zurückzurudern und zu erklären, dass ein Beitritt zur NATO nicht Teil der russländischen außenpolitischen Agenda sei (vgl. Wipperfürth 2011, 32-33). Auch die Bemühungen eine russländische-amerikanische Allianz zu bilden werden von US-Präsident Bush sen. abgelehnt. Stattdessen kommt es zum Abschluss eines Vertrags über eine strategische Partnerschaft. Diese sei, so die Unterzeichnerstaaten, von „Gleichheit, gegenseitigen Vorteil und [der] Respektierung der nationalen Interessen des anderen“ (Wipperfürth 2011, 33) gekennzeichnet. Da jedoch Uneinigkeit über deren Stoßrichtung besteht, leidet diese zunächst unter Orientierungslosigkeit. Erst die Gore-Tschernomyrdin-Kommission hingegen verhilft den bilateralen Beziehungen zwischen der Russländischen Föderation

⁴⁸ Im Nationalen Sicherheitskonzept aus dem Jahr 1997 heißt es: „There are prospects of broader integration of the Russian Federation with the world economy, including international credit and financial institutions – the International Monetary Fund, the International Bank for Reconstruction and Development, the European Bank for Reconstructions and Development.“, Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2011].

und den USA zu einer Konkretisierung ihrer Pläne (vgl. Rahr 2011, 13). Die außenpolitische Umorientierung ab der zweiten Hälfte des Jahres 1992 geht auch mit innenpolitischen Veränderungen einher. Nachdem Ministerpräsident Jegor Gaidar im Dezember 1992 aus seinem Amt ausscheidet, wird Viktor Tschernomyrdin sein Nachfolger. Kosyrew bleibt bis Ende 1992 Außenminister, rückt jedoch von seiner Westpolitik ab. Die erhoffte Integration in die westliche Hemisphäre ist ausgeblieben und die Beziehungen zum Osten sollen wieder stärker berücksichtigt und gefördert werden (vgl. Trenin 2005b, 123).

Da Europa mit den Folgen des dramatischen und konfliktreichen Zerfall Jugoslawiens beschäftigt ist, zweifelt Russland an der stabilitätsfördernden Wirkung einer engen Zusammenarbeit mit dem europäischen Raum. Schließlich ist Russland selbst mit den sich vor allem in Georgien und Tadschikistan herausbildenden destabilisierenden Tendenzen beschäftigt und der Westen übernimmt zu dieser Zeit keine aktive Rolle in der Herstellung einer nachhaltigen Stabilität im GUS-Raum. Russland konzentriert sich zunehmend auf die Entwicklung spezifisch russländischer, außenpolitischer Interessen, die vor allem in der Politik gegenüber dem postsowjetischen Raum vernachlässigt worden sind. Da es im Zuge der Ablösung der Teilstaaten der UdSSR auf Vertragsunterzeichnungen mit den Neuen Unabhängigen Staaten verzichtet hat, hat keine Verankerung der russländischen sicherheitspolitischen Interessen stattgefunden (vgl. Wipperfürth 2011, 33-35). Gleichzeitig richten sich postsowjetische Staaten wie die Ukraine⁴⁹ oder die Republik Moldau⁵⁰ nach Westen hin aus und halten sogar Mitte der 1990er Jahre ihr Ziel, der Europäischen Union beizutreten, in ihren außenpolitischen Strategiepapieren fest (vgl. Kempe 2003, 260). Das im Jahr 1994 zwischen der EU und Russland unterschriebenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) unter anderem zur Förderung konstruktiver Beziehungen sowie der russländischen Demokratisierung und Stabilisierung wird seit 1992 ausverhandelt. Es sieht einen politischen Dialog, Kooperationen im wirtschaftlichen Bereich sowie eine kulturelle Dimension und die Einrichtung weiterer Unterkomitees vor (vgl. Timmermann 2005, 205-207). Die Ratifizierung wird aber aufgrund der europäischen Kritik am ersten Tschetschenienkrieg hinausgezögert. Schließlich kommt es jedoch

⁴⁹ Strategy of Ukraine's Integration to the European Union, Approved by the Degree of the President of Ukraine, N 615/98 of June 11, 1998 (siehe Kempe 2003, 260).

⁵⁰ Concept on the foreign Policy of the Republic of Moldova adopted by a Decision of the Parliament on 8 February 1995 (siehe Kempe 2003, 260).

nach einem Umdenken auf europäischer Seite, „dass es opportuner sei, Russland zu integrieren anstatt zu isolieren“ (Mommsen 2010, 470) im Jahr 1997 doch noch zu einem Abschluss des Ratifikationsprozesses (vgl. Mommsen 2010, 470). Die europäischen Staaten sind sich außerdem der Tatsache bewusst, dass die Zustimmung Russlands im UN-Sicherheitsrat für die Durchführung von Friedenseinsätzen notwendig ist (vgl. Timmermann 2005, 204).

Im Juni 1994 wird die Russländische Föderation Mitglied der G-8⁵¹ (vgl. Haas 2010, 10). Trotz der bisweilen harten Rhetorik verhält sich Russland nicht unkooperativ. Schließlich räumt es diesem Forum einen großen Stellenwert ein (vgl. Trenin 2005b, 123 und Rahr 2011, 13). Die Aufrechterhaltung partnerschaftlicher Beziehungen zum Westen bleibt die oberste Prämisse Jelzins. Obwohl Russland das im Zuge der NATO-Erweiterung geplante Vordringen der westlichen Allianz in den postsowjetischen Raum als Nicht-Respektierens seines Bedürfnisses nach Sicherheit wertet, überwindet Jelzin seine Bedenken letztendlich doch und ist bereit sein Einverständnis zur ersten NATO-Osterweiterung zu geben (vgl. Schöllgen 2000, 74; Rotte/Schwarz 2010, 45 und Rahr 2011, 13). So sind nicht nur Polen, Ungarn und die Tschechische Republik seit März 1999 Mitgliedstaaten der NATO, Jelzin hat sogar die Bereitstellung russländischer Truppen für die NATO-Mission im Kosovo zugesagt (vgl. Rahr 2011, 13). Kurz nach der Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte im Jahr 1997 erreichen die Beziehungen zur NATO einen vorläufigen Tiefpunkt. Obwohl diese bilateral organisierte Zusammenarbeit den Austausch über sicherheitsrelevante Themen zwischen den ehemaligen Rivalen fördern soll, bemängelt die russländische Führung, dass ihre Interessen vor allem in den 1990er Jahren und insbesondere im Zusammenhang mit dem NATO-Luftangriff im Jahr 1999 von der internationalen Gemeinschaft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Da Russland in die Entscheidung Serbien anzugreifen nicht eingebunden worden ist und die NATO auf die Legitimation von Seiten des UN-Sicherheitsrates verzichtet hat, weigert es sich empört weiter mit der NATO zusammenzuarbeiten. Zudem führt das neue strategische Konzept der NATO aus dem Jahr 1999 zu Konflikten, da die Russländische Föderation nicht bereit ist, ein weiteres Vordringen der Verteidigungsallianz in den postsowjetischen Raum zu tolerieren.

⁵¹ Die G-7 bzw. G-8 Gruppe etabliert sich ab Mitte der 1970er Jahren als Gesprächsforum für wirtschaftliche Fragen. Das erste Treffen findet im Jahr 1975 unter der Teilnahme Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans, Großbritanniens und der USA im Schloss Rombouillet statt. Da Kanada dem Gipfel ein Jahr später ebenfalls beiwohnt, ist aus der Sechsergruppe eine „Gruppe der Sieben“ geworden (vgl. May 2007, 802).

Dieser Stillstand in den Beziehungen wird bis zum vorzeitigen Rücktritt Jelzins andauern (vgl. Haas 2010, 52, Rotte/Schwarz 2010, 45).

Die Beziehungen zu den USA verbessern sich schrittweise. Die Ratifizierung des START-I Abkommens und die Bereitschaft der Amerikaner eine umfangreiche Wirtschaftshilfe, die bis zum Jahr 2000 ca. 2,5 Billionen Dollar betragen wird, zu leisten, stellen hierbei wichtige Etappen dar (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 6-10). Außerdem weiß Jelzin den westlichen Beistand besonders dann zu schätzen, wenn er innerstaatlich starker Kritik ausgesetzt ist (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 229-230). Obwohl Fortschritte erzielt werden, vollziehen sich die russländisch-amerikanischen Kooperationen hauptsächlich im sicherheitspolitischen Bereich. Neben der Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle und bei der Beseitigung von regionalen Konflikten, verfolgen diese das Ziel die Diffusion von Nuklearwaffen zu unterbinden, sowie transnationale, terroristische Vereinigungen und Netzwerke zu bekämpfen (vgl. Mangott 2009, 190).

Nachfolgende Tabelle 2 bietet einen Überblick über die Kooperation der Russländischen Föderation zu den westlichen Staaten und Organisationen während der Präsidentschaft Jelzins.

Organisation	Anmerkung
UNO	permanentes Mitglied im UN-Sicherheitsrat
KSZE/OSZE	1994 Umbenennung der <i>Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i> (KSZE) in <i>Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i> (OSZE), in Letztere setzen die Russländer die Hoffnung, dass diese als ‚gemeinsames Haus Europas‘, genauer gesagt als Institution der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, letztendlich einen höheren Stellenwert als die übrigen europäischen Organisationen (NATO, EG/EU) einnehmen werde, das Konsensprinzip garantiert die gleichberechtigte Teilnahme der Russländischen Föderation 1994-1996 OSZE-Assistenzgruppe vermittelt im ersten Tschetschenienkonflikt, russländische Führung wird von vielen OSZE-Staaten scharf kritisiert 1999 Differenzen zwischen der OSZE und der Russländischen Föderation aufgrund der von der russländischen Seite kritisierten NATO-Inervention im Kosovo Konflikt, Vorwurf der russländischen Führung: Missbrauch der OSZE <i>Kosovo Verification Mission</i> von Seiten der USA und ihren Anhängern 1999 OSZE-Gipfel in Istanbul zeichnet sich durch Isolation der Russländischen Föderation, obwohl die russländische Führung einen Truppenabzug aus Georgien und Moldau einräumt, hält sie sich nicht an die Zugeständnisse; Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges, russländische Führung lässt keine OSZE-Vermittlergruppen mehr zu; seitdem Spannungen zwischen der OSZE und Russland
G 8	1991 wohnt Gorbatschow dem G-7 Gipfel in London bei 1994 wird Präsident Jelzin eine begrenzte Miteinentscheidung gewährt seit 1997 ist Russland zwar Mitglied, es handelt sich aber um eine eingeschränkte Mitgliedschaft
EG/EU	1991 Beginn wechselseitige Konsultationen im Zuge des EG/EU Ausschusses für Politik und Sicherheit seit 1993, dem Vertrag von Maastricht und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) EU-Ziel einer strategischen Partnerschaft mit Russland
NATO	1997 NATO-Russland Grundakte

Tabelle 2: Kooperationen der Russländischen Föderation während der Präsidentschaft Jelzins.
Quellen: Wipperfurth 2011, 62; Mommsen 2010, 419; Mussnig 2005, 58-59

5.3.4 Die Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle mit dem euro-atlantischen Raum

Nach seinem Amtsantritt hat Präsident Jelzin eine Verringerung der Ausgaben für Waffen, vor allem für Nuklearwaffen, veranlasst. Durch geringere militärische Kosten will er so Ressourcen für Reformen gewinnen (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 231). George Bush sen. hat der Russländischen Föderation eine neue Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle, die Global Protection Against Limited Strikes (GPALS), vorgeschlagen. „Bush proposed that the United States and Russia jointly deploy a limited number of nonnuclear missile defenses to protect both countries against limited ballistic strikes, whatever their source.“ (Donaldson/Nogee 2005, 231) Nachdem sich Jelzin durchaus für eine enge Kooperation im Bereich der Raketenabwehr erwärmen kann, wird im Juni 1992 ein entsprechendes Statement unterzeichnet. Dennoch wird dieser Plan aufgrund enormer Bedenken sowohl in der Russländischen Föderation als auch in den USA nie realisiert. „In Russia there was fear, particularly within the military, that GPALS might endanger the Anti-Ballistic Missile (ABM) Treaty and become a stalking horse for the Strategic Defense Initiative (SDI).“ (Donaldson/Nogee 2005, 231)

Trotz des eben erwähnten Kooperationsversuches kommt es schon während der Präsidentschaft Jelzins zu zahlreichen Meinungsverschiedenheiten in der strategischen Rüstungskontrolle. Ein Beispiel hierfür ist der Nachfolgefrage zum START-I Vertrag, den die USA noch mit der Sowjetunion vereinbart haben. Schon in START-I kommen die Vertragsparteien überein in Zukunft weitere Reduktionen vorzunehmen (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 231). Obwohl START-I einen wichtigen Beitrag zum Aufbau von gegenseitigem Vertrauen leistet, ist „das Verhältnis von Sprengköpfen zu Trägern (6.000 zu 1.600) noch zu ungleichgewichtig“ (Müller/Schörnig 2006, 168). Auch START-II, der am 3. Jänner 1993 unterzeichnet wird und „eine weitere erhebliche Verringerung des strategischen Arsenal vorsah“ (Wipperfürth 2011, 43), kreiert Problemfelder. Dieser Vertrag bevorzugt die USA, da sich Russland bereit erklärt alle landbasierten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen, die die wahre russländische Stärke ausmachen zu zerstören, während die USA zu keinen zahlenmäßige Änderungen ihrer vergleichbaren, seegestützten Waffen („multiple-armed warheads“ (Donaldson/Nogee 2005, 232) vornehmen verpflichtet werden. Die vereinbarten Maßnahmen sind bis zum Jahr 2003 umzusetzen (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 232 und Wipperfürth 2011, 43).

Die Russländische Föderation wird START II bis zum April 2000 nicht ratifizieren, was eine erneute Belastung der amerikanisch-russländischen Beziehungen darstellt. Die Ukraine gehört neben Kasachstan, Weißrussland und der Russländischen Föderation zu jenen Nachfolgestaaten der UdSSR, die Kernwaffen aus dem Arsenal der ehemaligen Sowjetunion besitzen. Diese erklärt sich zunächst nicht dazu bereit START-I beizutreten, das die „völlige Demontage der auf ihrem Territorium stationierten START-relevanten Systeme“ (Müller/Schörnig 2006, 168) erfordert hätte. Sie verfolgt nämlich das Ziel ihre nuklearen Bestände als Druckmittel bei Verhandlungen mit der Russländischen Föderation über die Krim-Frage oder die Schwarzmeerflotte einzusetzen. Außerdem möchte es für einen Transfer der Nuklearwaffen von der Ukraine nach Russland entschädigt werden. Nicht nur Russland sondern auch die USA versuchen unter Anwendung von Druckmittel die Ukraine zum Beitritt zu START-I zu bewegen, was schließlich im Jahr 1994 gelingt. Außerdem wird von der Ukraine, Kasachstan und verlangt, dass sie sich als Nichtkernwaffenstaat zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) bekennen, was ebenfalls bis 1994 realisiert werden kann (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 233 und Müller/Schörnig 2006, 168-169).

5.3.5 Der Machtwechsel von Jelzin zu Putin

Aus Sicht der russländischen politischen Elite bergen Machtwechsel das Risiko die innenpolitische Stabilität zu gefährden. Schewzowa beschreibt das Muster des Machtwechsels, das sich im postsowjetischen Russland zunächst herausbildet und später konsolidieren wird. Die Abwesenheit klar definierter Spielregeln geht damit einher, dass die Wahlausgänge bereits im Vorhinein feststehen (vgl. Schewzowa 2008, 8). Jelzin, der aufgrund der bereits erwähnten Korruptionsvorwürfe rechtliche Konsequenzen befürchtet, wählt bewusst einen Wunschnachfolger aus. Er entscheidet sich für Wladimir Putin, der von Juli 1998 bis August 1999 den Posten des Oberhaupts des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) inne hat und positioniert ihn bereits im Vorfeld der Präsidentschaftskandidaturen in einem attraktiven Amt. Im Jahr 1999 wird er Ministerpräsident (vgl. Mangott 2009, 99 und Schewzowa 2008, 8).

5.4 Die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum unter Präsident Putin

Nachdem er nach dem Rücktritt Jelzins am 31. Dezember 1999 als interimistischer Präsident fungiert hat, tritt Wladimir Putin⁵² als von Jelzin favorisierter Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen im März 2000 an. Putin kann sich die Unterstützung der Bevölkerung sichern, die ihn mit „nahezu plebiszitärem Charakter bestätigt“ (Gudkov/Zaslavsky 2011, 69) und zum Präsidenten wählt. Am 7. Mai 2000 tritt Putin seine erste Präsidentschaft an. Im Jahr 2004 wird er für eine zweite Legislaturperiode wiedergewählt. Da die Verfassung von 1993 höchstens zwei aufeinanderfolgende Legislaturperioden als Präsident ermöglicht, endet die zweite Präsidentschaft Putins am 7. Mai 2008 (vgl. Mommsen 2010, 427-428).

5.4.1 Innenpolitische Entwicklungen

Putin wird Präsident eines Landes, das von wirtschaftlichen und sozialen Schieflagen geprägt ist. Die Führung Jelzins hat viele Probleme hinterlassen, sodass die politische Stabilität und Staatlichkeit Russlands gefährdet sind. So hat das Ende des ersten Tschetschenienkrieges einen Anstieg terroristischer Gewalt auch in Moskau und einen Übergriff von tschetschenischen Rebellen auf die Nachbarregion Tschetscheniens, das russländische Dagestan, zur Folge. In Tschetschenien selbst kommt es nicht zur Eindämmung der Aufständischen und zur Errichtung einer friedlichen, staatlichen Ordnung. Der zweite Tschetschenienkrieg lässt die Notwendigkeit eines in sich geschlossenen, handlungsfähigen russländischen Staates deutlich werden (vgl. Tsygankov 2006, 128)

Putin hat als Personifikation einer neuen Ära in der Geschichte des postsowjetischen Russlands schnell die Hoffnungen der russländischen Bevölkerung geweckt (vgl. Mangott 2009, 137-138). Diese Tendenz ist bereits am Ergebnis der im Dezember 1999 abgehaltenen Wahlen zur Duma ablesbar. Dieses fällt eindeutig zugunsten Putins aus. Die Besonderheit an diesen Wahlen ist der große Erfolg von drei, sich erst kurz vor der Wahl herausgebildeten Parteien, die sich klar für Putin aussprechen. Sie haben rund 55 Prozent der in der Staatsduma zu vergebenden Mandate erhalten. Putin wird während seiner Präsidentschaft im Inneren wie in den Außenbeziehungen enorm davon profitieren, dass er von der Mehrheit der Dumaabgeordneten unterstützt wird (vgl. Gudkov/Zaslavsky 2011, 70).

⁵² Putin fungiert von Juli 1998 bis August 1999 als Oberhaupt des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), dem Vorgänger der KGB (vgl. Mangott 2009, 99).

Auch die besonders hohe Unterstützung Putins von Seiten der Bevölkerung, die bei Umfragen stets mindestens 65 Prozent betragen hat, ist ein wesentliches Kennzeichen seiner Amtszeit (vgl. Mangott 2009, 95).

Obwohl Putin zu Beginn seiner Präsidentschaft die Politik Jelzins fortzusetzen scheint, wird bald nach seinem Amtsantritt deutlich, dass sich dieser nicht nur innenpolitisch vom Kurs seines Vorgängers emanzipiert. So veranlasst er bereits zu Beginn seiner Amtszeit eine Schwächung der Stellung der Regionen. Weiters erwirkt er die Aufhebung der unter Jelzin stattgefundenen Dezentralisierung der verwaltungstechnischen Struktur (vgl. Mangott 2009, 109). Putin, der sich um eine starke Abgrenzung von der Präsidentschaft Jelzins bemüht, arbeitet zudem am Aufbau eines eigenen Unterstützerkreises innerhalb der Führungselite (vgl. Mommsen 2009b, 241-244). Während seiner ersten Präsidentschaft ist es ihm nicht vollständig gelungen, einflussreiche Entscheidungsträger aus der Ära Jelzin durch eigene, loyale Funktionäre zu ersetzen. So sind der Leiter von Putins Stab Aleksandr Woloschin und Ministerpräsident Michail Kasjanow, die unter Präsident Putin mächtige Positionen einnehmen, Anhänger Jelzins. Die für Putin nicht gerade vorteilhafte Situation ändert sich als Dmitri Medwedew, mit dem Putin bereits in der Sankt-Petersburger Stadtverwaltung gemeinsam tätig war, Stabschef wird (vgl. Mangott 2009, 96-97). Weiters kommt es zwischen Putin und den Oligarchen zu zahlreichen Meinungsverschiedenheiten. Wie unter Jelzin versuchen diese ihren angestrebten starken Einfluss auf den Präsidenten und seine Politik durchzusetzen. Einige von ihnen scheitern jedoch am harten Durchgreifen Putins. Ein oft zitiertes Beispiel ist Michail Chdordokowski, der an der Spitze des Ölundnehmens Yukos steht, aber aufgrund von Betrug und Steuerhinterziehung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und anschließend inhaftiert wird (vgl. Tsygankov 2006, 130-131).

Während sich die Machtbasis seines Vorgängers Jelzins vor allem auf die Oligarchen stützt, setzt sich die Anhängerschaft Putins schon bald nach seinem Amtsantritt sowohl aus den *silowiki*⁵³, den Vertretern der Geheimdienste, als auch aus den liberal gesinnten Ökonomen und Juristen Dmitri Medwedew, Aledsei Kudrin, German Gref, Wiktor Christenko und Wladislaw Surkow zusammen (vgl. Mangott 2009, 105-106). Im März

⁵³ Bei den *silowiki* handelt es sich keinesfalls um eine in sich geschlossene Gruppierung, deren Mitglieder die gleichen Ziele verfolgen. Stattdessen kommt es immer wieder zu geschäftlich bedingten gravierenden Interessenkonflikten (vgl. Mangott 2009, 98).

2001 integriert Putin zahlreiche Mitglieder und Funktionäre „des Nachrichtendienstes, der Rechtsschutzorgane und der Streitkräfte“ (Mangott 2009, 97) und betraut den Sekretär des russländischen Sicherheitsrates Sergej Iwanow mit dem Verteidigungsministerium, seinen Stellvertreter Michail Fradkow mit der Leitung der Föderalen Steuerpolizei und den vermeintlichen ehemaligen KGB-Mitarbeiter Boris Gryzlow mit dem Innenministerium. Putin stützt seine Macht also nicht nur auf ein Interessenslager, was auch die Herausforderung mit sich bringt, deren Forderungen und Wünsche stets auszugleichen (vgl. Mangott 2009, 97-98). So plädieren die silowiki für einen starken und handlungsfähigen Staat (vgl. Wipperfurth 2011, 123).

Die unter Präsident Putin, vor allem in den Jahren 2003/04 vollzogenen, innenpolitischen Neuorientierungen lösen im Westen zahlreiche Irritationen aus. So ist die Konzentration staatlicher Gewalt im Präsidentenamt häufig Gegenstand heftiger Kritik. Viele Beobachter schätzen den politischen Wettbewerb als unzureichend ein, zweifeln aufgrund der Einschränkung oppositioneller Stimmen und gewaltenteilender Prinzipien an der Demokratiequalität der Russländischen Föderation und zeigen sich in Bezug auf die Errichtung einer „Machtvertikale“ besonders besorgt. Als Motive für den Aufbau Letzterer gelten Unabhängigkeitsbestrebungen und separatistische Tendenzen auf russländischem Territorium (vgl. Mommsen 2009b, 241-243 und Mangott 2009, 96). Zudem muss auf die nachrichtendienstliche Reform Putins verwiesen werden, die eine Besserstellung des inländischen Geheimdienstes Föderaler Sicherheitsdienst (FSB) umfasst (vgl. Mangott 2009, 107-108).

Putin arbeitet sukzessive an der Ausschaltung jener Faktoren, die Präsident Jelzin in seiner Machtausübung beschränkt haben (vgl. Mangott 2009, 96). Dazu zählt unter anderem der spezifische, oft restriktive Umgang mit Medien und Meinungsfreiheit. So verfügen sie über eingeschränkte Möglichkeiten kein positiv gefärbtes Bild des Präsidenten zu vermitteln. Sie sind während der Präsidentschaft Putins einer erheblichen Kontrolle von Seiten des Staates ausgesetzt. In der Berichterstattung finden sich daher keine präsidentenkritischen Anmerkungen. „Putin war in den staatlichen Medien allgegenwärtig und erfuhr eine ausschließlich wohlwollende Berichterstattung. Oppositionelle hingegen wurden in den Medien kaum erwähnt oder negativ bewertet.“ (Mangott 2009, 95) Auch die Politik Jelzins wird überwiegend negativ dargestellt (vgl. Mommsen 2009b, 241-244). Die Einschränkung der Medien und der Journalisten verhindert, dass sich in der russländischen

Politik nachhaltig eine ernsthafte Alternative zu Putin zu etablieren vermag (vgl. Mangott 2009, 95). Trotz des Vorwurfs ein autoritäres System errichtet zu haben, ist der Machtfang von Präsident Putin nicht unbeschränkt:

Die formale Nachahmung eines Mehrparteiensystems, der Pressefreiheit, demokratischer Wahlen, des parlamentarischen Systems und der freien Marktwirtschaft führt allerdings auch zu einer irrealen Darstellung der präsidentiellen Machtposition, hinter der sich tatsächlich die Herrschaft der den Kreml kontrollierenden Clans verbirgt. (Schewzowa 2008, 9)

Gibt es einen eklatanten Widerspruch zwischen den Vorhaben des Präsidenten und den Interessen der Clans, hat ersterer, so Schewzowa, keine „wirksame[n] Mittel“ (Schewzowa 2008, 9) zur Verfügung „um seine – manchmal durchaus korrekten – Entscheidungen auch durchzusetzen.“ (Schewzowa 2008, 9). Putin gelingt es weder notwendige innenpolitische Reformen wie die Verwaltungs-, die Renten-, die Sozialfürsorge- oder die Wohnbaupolitikreform durchzuführen noch die für die außenpolitischen Fähigkeiten notwendige Militärreform durchzusetzen (vgl. Schewzowa 2008, 9).

Die Wirtschaftspolitik erfährt unter Putin eine deutliche Aufwertung. Trotz der Finanzkrise im Sommer 1998, die die russländische Währung enorm abstürzen ließ und die Russländische Föderation zahlungsunfähig machte, erholt sich die Wirtschaft rasch (vgl. Tsygankov 2006, 127 und Wipperfürth 2011, 50). Putins Ziel ist nicht nur die Modernisierung der Produktionsstätten und der Wirtschaft im Allgemeinen, sondern auch eine drastische Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes bis zum Jahr 2010. Außerdem wirken sich die günstige wirtschaftliche Entwicklung und die deutliche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung positiv auf die Beliebtheit Putins⁵⁴ aus (vgl. Mangott 2009, 95). Er profitiert von den ab 1999 hohen, permanent steigenden Preisen für Rohöl und den aufgrund der Exporte erzielten Gewinnen in Milliardenhöhe enorm (vgl. Mommsen 2009b, 243 und Rahr 2009, 8). Die angestrebte Diversifizierung der Wirtschaft jedoch, ist Putin nicht gelungen (vgl. Schewzowa 2008, 9). Da das eben beschriebene Wirtschaftswachstum auf Protektionismus und einem stark steigenden Ölpreis beruht, ist dieses von der positiven Entwicklung von letzterem sehr stark abhängig. Gleichzeitig verfügt die Russ-

⁵⁴ „Im Mai 2008, als Präsident Medvedev das Amt des Staatspräsidenten übernahm, billigten 86 Prozent Putins Amtsführung. Dennoch sind zwei Einwände notwendig. Eine detailliertere Betrachtung zeigt, dass die Zahl derer, die die Amtsführung Putins ‚eher unterstützen‘, deutlich höher ist als die Zahl jener, die diese ‚völlig unterstützen‘. Die Zahl der eindeutigen Befürworter war während der Amtszeit niemals über 20 Prozent gestiegen, nur in den letzten Monaten seiner Präsidentschaft erreichte Putin die volle Zustimmung von mehr als einem Viertel der Bürger – bei der Amtsübergabe im Mai 2008 waren es schließlich 28 Prozent.“ (Mangott 2009, 95)

ländische Föderation über enorme Bodenschätze, vor allem Öl- und Gasfelder. Der Großteil der Pipelines jedoch besteht seit mehr als einem Vierteljahrhundert und bedarf daher einer Modernisierung (vgl. Schewzowa 2008, 10-14). Hinzu kommt, dass sich auch die russländische Führung darüber im Klaren ist, „dass derzeit schon 75 Prozent aller bekannten Öl- und Gasfelder ausgebeutet werden und dass die Ölreserven bereits in zehn Jahren erschöpft sein könnte“ (Schewzowa 2008, 14). Die Ausbeutung der Rohstoffe stellt, so Schewzowa, eine Bedrohung für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Landes dar und hat zudem eine „Deindustrialisierung der Nationalökonomie“ (Schewzowa 2008, 14) zur Folge (vgl. Schewzowa 2008, 14).

Um von den drohenden Problemen im wirtschaftlichen Sektor und im Energiebereich abzulenken verweist Putin in seiner politischen Rhetorik stets auf die herausragenden Vorzüge Russlands und auf sein Anrecht sich in die Reihe der Großmächte einzuordnen. Putin verlässt sich also nicht nur auf eine wirtschaftlich positive Konjunktur sondern versucht sich an der Kreation eines russländischen Nationalstolzes um sich die Unterstützung der Bevölkerung nachhaltig zu sichern. Weiteres Kennzeichen der rhetorischen Strategie Putins ist die Förderung antiwestlicher Einstellungen unter den russländischen Bürgern. Diesen wird aufgrund von Medienberichten und Aussagen der politischen Führung der Eindruck vermittelt, dass zahlreiche westliche Staaten Russland gegenüber feindlich gesinnt sind. Wendet sich Putin jedoch an die Vertreter des euro-atlantischen Raumes, so zeigt er sich durchaus kooperationswillig und an partnerschaftlichen Beziehungen interessiert (vgl. Mommsen 2009b, 244).

Prinzipiell nimmt Putin eine Hierarchisierung der russländischen Zielsetzungen vor. An der Spitze der Bedürfnispyramide stehen die innenpolitische Umgestaltung, die technologische und ökonomische Modernisierung des Landes sowie der Export russländischer Erzeugnisse und die Sicherung ausländischer Investitionen (vgl. Filzmaier u.a. 2006a, 199).

Bei den Duma-Wahlen im Jahr 2007 erreicht die seit 2001 bestehende Putin Partei *Geeintes Russland* 64,3 Prozent der Stimmen und erhält mit 315 von 450 zu vergebenden Sitzen die absolute Mehrheit. Neben der medialen Präsenz Putins während des Wahlkampfs, sind die günstige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und die damit einhergehenden

anwachsenden Reallöhne als Gründe für die außerordentlich hohe Zustimmung zu Geeintes Russland zu nennen (vgl. Mangott 2011, 6-10).

5.4.2 Die außenpolitischen Interessen

In der Außenpolitik engagiert sich Putin wesentlich stärker als sein Vorgänger Jelzin (vgl. Donaldson/Nogee 2005, 352). So hat er sich im ersten Jahr seiner Präsidentschaft das Ziel gesetzt, die Machtverteilung zwischen den für die Außenpolitik zuständigen Organen zugunsten des Sicherheitsrates zu ändern, was eine Schwächung des Verteidigungsministeriums zur Folge hat (vgl. Haas 2010, 17). Zudem hat er die außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der übrigen von der Verfassung vorgesehenen Organe und Ministerien eingeschränkt. Dies führt zu einer „stringenter[en]“ (Mangott 2005, 22) Außenpolitik. „Präsident Putin machte gegenüber dem Diplomatenkorps wiederholt unmissverständlich deutlich, dass er selbst der Präsident – wie von der Verfassung vorgesehen – die Außenpolitik des Landes vorgebe.“ (Wipperfurth 2011, 58)

Der neue Präsident verfolgt das Ziel eine sich modernisierende Russländische Föderation als ernstzunehmenden Akteur im internationalen System zu etablieren (vgl. Sakwa 2005, 207). Er entfernt sich von den ideologischen Überbleibseln des Kommunismus, integriert vor allem ab Ende 2002 Ideen und Werte aus vorkommunistischer Zeit in die postsowjetische Politik (vgl. Shevstova 2004, 21) und verabschiedet sich vom Nullsummenspiel-Denken. Stattdessen fokussiert Putin die Rolle, die Russland seiner Ansicht nach in der Welt zu spielen hat. Die neue außenpolitische Orientierung stützt sich auf eine kritische Überprüfung der Beschränkungen der russländischen Fähigkeiten und die außenpolitischen Ziele werden anhand der tatsächlichen Möglichkeiten des Landes formuliert (vgl. Mangott 2005, 15).

Die Außenpolitik müsse sich weiters, so die Forderung Putins, an den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Potenzialen des Landes orientieren und nicht umgekehrt (vgl. Sakwa 2005, 210). Außenpolitik dient dem neuen Präsidenten als „vehicle for mobilization for domestic development“ (Trenin 2005b, 124). Der wissenschaftliche Diskurs spricht daher von einem „neuen Realismus“ beziehungsweise von einer pragmatischen Außenpolitik, die sich auch in der Haltung den postsowjetischen Staaten gegenüber äußert: So erkennt er die Potentiale der rohstoffreichen Region Eurasien und versucht diese für seine Moder-

nisierungszwecke zu nutzen, indem er eine enge Vernetzung der Region mit den russländischen privaten Unternehmen anstrebt (vgl. Tsygankov 2006, 145 und Filzmaier u.a. 2006a, 199).

Terroristische Akte genießen nicht nur in den russländischen Bedrohungsszenarien eine große Bedeutung. Deren Bekämpfung wird zentraler Bestandteil des nationalen Interesses. Angriffe anderer Staaten spielen eine untergeordnetere Rolle. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erklärt Präsident Putin, dass die USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf die russländische Unterstützung zählen können. Aus dieser Zusage wird ersichtlich, dass die Ausschaltung terroristischer Bedrohungen nicht nur im amerikanischen sondern auch im russländischen Interesse liegt (vgl. Tsygankov 2006, 130).

Die außen- und sicherheitspolitischen Konzepte werden gleich zu Beginn der Präsidentschaft Putins überarbeitet und durch den Präsidenten autorisiert. Die Ratifizierung des Nationalen Sicherheitskonzepts erfolgt am 10. Jänner 2000, jene der Militärdoktrin am 21. April 2000 und des Außenpolitischen Konzepts am 28. Juni 2000. Wie bereits erwähnt worden ist, stellt das vom russländischen Sicherheitsrat erarbeitete Nationale Sicherheitskonzept eine umfassende Strategie bereit, die der Militärdoktrin und dem Außenpolitischen Konzept übergeordnet ist. Die unter Präsident Putin verabschiedeten Strategiedokumente weisen eine größere Kohärenz auf als jene aus der Ära Putin, was darauf hindeutet, dass die außenpolitische Orientierungslosigkeit einer konkreteren Vision dessen, was im Zuge außenpolitischer Maßnahmen erreicht werden soll, gewichen ist (vgl. Haas 2010, 15-16).

Während der globalen Zusammenarbeit im Nationalen Sicherheitskonzept von 1997 größere Chancen eingeräumt werden⁵⁵, liegt der Version von 2000 eine skeptischere Einschätzung zugrunde. „Moscow had now changed its objectives from stress on international cooperation at the global level, to emphasis on cooperation and integration within the CIS.“ (Haas 2010, 16). Als Beispiel ist der im Dezember 1999 unterschriebene Unionsvertrag zwischen der Russländischen Föderation und Belarus zu nennen. Allerdings

⁵⁵ „The present period in the development of international relations opens up for the Russian Federation new opportunities to ensure its security“, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2012].

stehen viele andere GUS-Staaten der russländischen Führung keineswegs neutral gegenüber sondern hüten sich vor eventuellen expansionistischen russländischen Bestrebungen oder dem Versuch auf den GUS-Raum eine übermäßige Macht auszuüben (vgl. Haas 2010, 16 und Wipperfürth 2011, 39). In der unter Putin ausgearbeiteten Version des Außenpolitischen Konzeptes wird die Russländische Föderation als Großmacht bezeichnet (vgl. Haas 2010, 17). Um das nationale Interesse der Individuen, der Gesellschaft und des Staates zu erfüllen sollen vor allem die russländische Souveränität und territoriale Integrität geschützt werden:

To ensure reliable security of the country, to preserve and strengthen its sovereignty and territorial integrity, to achieve firm and prestigious positions in the world community, most fully consistent with the interests of the Russian Federation as a great power, as one of the most influential centers of the modern world, and which are necessary for the growth of its political, economic, intellectual and spiritual potential.⁵⁶

5.4.3 Die euro-atlantische Sicherheitsstruktur während der Präsidentschaft Putins

Unter Präsident Putin wird sich die Kooperation mit dem euro-atlantischen Raum erheblich weiterentwickeln. Russland nimmt, abgesehen von der Mitgliedschaft in globalen Organisationen wie der UNO und dem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, auf mehrfache Weise an der Gestaltung der euro-atlantischen Sicherheitsstruktur teil. So sind neben der GUS, die EG/EU, die NATO und die OSZE zu nennen.

In der ersten Phase seiner Außenpolitik, die den Zeitraum von seinem Amtsantritt im Dezember 1999 bis zu den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 umfasst, fokussiert Putin die Potenziale einer stärker integrierten GUS (vgl. Haas 2010, 77). „In den 90er Jahren waren nur etwa 10% der gemeinsam verabschiedeten Beschlüsse von den GUS-Ländern tatsächlich umgesetzt worden. Diese Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit sollte geschlossen werden.“ (Wipperfürth 2011, 59) Weiters strebt Putin eine stärkere Unabhängigkeit vom Westen an. Diese kann mit der Orientierung an nicht-westlichen Staaten wie Nordkorea, an dem der Kreml seit 1991 kein nennenswertes Interesse gezeigt hat, Kuba, China, Indien und dem Iran begründet werden (vgl. Haas 2010, 77 und Wipperfürth 2011, 55). „In this way, he showed that his foreign policy was not dictated by the West.“ (Haas 2011, 77)

⁵⁶ siehe Kapitel I *General Principles* des außenpolitischen Konzeptes Russlands aus dem Jahr 2000, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/econcept.htm> [01.01.2012].

Bis zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ist die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Russländischen Föderation unterbrochen. Dies ändert sich mit dem NATO-Russland-Rat im Jahr 2002 und der Ausweitung der Kooperation (vgl. Wipperfürth 2011, 62). Von der zweiten NATO-Osterweiterung im Jahr 2004 fühlt sich die Russländische Föderation erneut bedroht. „Since Estonia, Latvia and Lithuania became members of the alliance in 2004, NATO has provided aircraft to protect their airspace from violation, corresponding to military assistance provisions of the NATO treaty.” (Haas 2010, 53)

Die Unterstützungserklärung Putins hat nach dem 11. September 2001 zu einer Verbesserung der russländisch-amerikanischen Beziehungen geführt. Dennoch erntet die russländische Führung, trotz ihrer Beteuerungen, sie leiste mit dem zweiten Tschetschenienkrieg einen Beitrag zur Ausschaltung des internationalen Terrorismus, für diesen herbe Kritik (vgl. Wipperfürth 2011, 60). Das US-amerikanische Vorgehen im Irakkrieg und das Außenvorlassen der UNO hat die Beziehungen neuerdings schwer belastet (vgl. Rotte/Schwarz 2010, 46). Obwohl sich Russland unter Präsident Putin sehr bemüht von den westlichen Staaten respektiert zu werden, stehen diese der russländischen Politik besonders kritisch gegenüber. Wipperfürth schreibt die während der Präsidentschaft Putins in Russland bestehenden antiwestlichen Einstellungen nicht nur der politischen Elite, sondern auch großen Teilen der Bevölkerung zu. Diese hätte Meinungsumfragen zufolge eine viel unkooperative Politik Putins gegenüber dem Westen und eine stärkere Betonung der russländischen Machtposition bevorzugt. So muss Putin für seine Politik nach dem 11. September 2001 viel innerstaatliche Kritik ertragen (vgl. Wipperfürth 123-124). Teile der politischen Elite befürchten, dass sich die US-amerikanische Politik negativ auf die weltweite Sicherheit und auf die bilateralen Beziehungen zu den europäischen und muslimischen Staaten sowie zu China auswirken könnten (vgl. Tsygankov 2006, 132). Ab 2004 ist die russländische Führung eher bereit antiwestlichen Tendenzen in der Bevölkerung nachzugeben (vgl. Wipperfürth 123-124).

Putin verliert trotz seiner Annäherungsversuche an den Westen die russländischen Interessen nicht aus den Augen. Im Jahr 2000 teilt er mit dem Iran auch weiterhin Waffen zu übermitteln, auch wenn dies einem entsprechenden Übereinkommen aus dem Jahr 1995 zuwiderläuft, in dem Russland und die USA das Ende dieser russländischen Waffenlieferungen festgeschrieben haben (Wipperfürth 2011, 62).

Auch die Beziehungen zur GUS werden wieder intensiviert (vgl. Wipperfurth 2011, 57). Im Mai 2002 wird die *Gründung der Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit* mit Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Weißrussland beschlossen (vgl. Wipperfurth 2011, 62).

Die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo von Seiten der westlichen Staaten interpretiert die russländische Führung als Sicherheitsrisiko. Da sie auf ihrem Staatsterritorium mit separatistischen Bewegungen zu kämpfen hat, befürchtet sie, dass die Anerkennung diese zusätzlich befördern könnte (vgl. Schmidt 2008, I).

Die russländisch-amerikanischen Beziehungen werden von der US-amerikanischen Ankündigung Ende 2005, Truppen in Bulgarien und Rumänien zu stationieren um die militärische Präsenz in Osteuropa auszubauen, belastet. Auch der Plan Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen, der unter anderem mit dem Interesse der euro-atlantischen Staaten an den südkaukasischen Pipelines erklärt werden kann, kreiert Spannungen (vgl. Haas 2010, 53). Neben der Osterweiterung der NATO führt auch die Osterweiterung der EU im Jahr 2004 zu einer kritischen Haltung Russlands, das sich zunehmend von westlichen Institutionen in seinen Interessen bedroht fühlt. Es kommt vor allem zu Meinungsverschiedenheiten mit den baltischen Staaten, vor allem mit Estland, und mit Polen. Russland weigert sich nämlich den Import von polnischem Fleisch zuzulassen. Der Konflikt mit diesen Ländern wird sich im folgenden Jahr nicht vollständig beseitigen lassen was bis zum Ende des polnischen und litauischen Widerstands Verzögerungen in der Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit der EU provozieren wird (vgl. Haas 2010, 81).

Die nachfolgende Tabelle 3 fasst die Kooperationen der Russländischen Föderation mit westlichen Institutionen während der Präsidentschaft Putins zusammen.

Organisation	Anmerkung
OSZE	2004 Ministerrattreffen in Sofia, Meinungsverschiedenheiten bezüglich der politischen Situation in der Ukraine Kritik der russländischen Führung an OSZE, da sie sich zu sehr auf die menschliche Komponente und zu wenig auf Sicherheit konzentrierte, auch Stärkung der wirtschaftlichen Komponente und der Umwelt wird von Russland gefordert, Kritik an Wahlbeobachtungen des OSZE-Büros für <i>Demokratische Institutionen und Menschenrechte</i> Ende 2004 Veto Russlands die OSZE-Grenzbeobachtungsmission in Georgien, u.a. an der Grenzregion zu Tschetschenien fortzusetzen
G-8	2006 G-8 Treffen in St. Petersburg, keine Aufnahme in den Kreis der G-7, die sich Finanzfragen widmet -8 Treffen in Deutschland, Vorschlag Putins einen gemeinsamen Abwehrrschirms, der sowohl das Territorium der NATO-Mitgliedstaaten als auch Russland zu schützen vermag
EG/EU	12/2003 Verabschiedung der EU-Sicherheitsstrategie 2003 Beginn Verhandlungen zu neue Auflage des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Integration der vier Räume (Gemeinsamer Wirtschaftsraum, Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, Gemeinsamer Raum der äußeren Sicherheit und Gemeinsamer Raum für Forschung, Bildung und Kultur), intensivere Zusammenarbeit wird diskutiert 2005 Zielvereinbarung strategische Partnerschaft
NATO	2002 Einrichtung des NATO-Russland Rates, dieser sieht gegenseitige Konsultationen und Kooperationen vor 2004 Zweite NATO-Osterweiterung um Estland, Lettland und Litauen; russländische Kritik aufgrund der NATO-Beitrittsoption von der Ukraine und Georgien, den NATO-Plänen US-Truppen in Bulgarien und Rumänien zu stationieren und dem geplanten Raketenabwehrrschild in Polen und Tschechien 2008 Einladung Putins zum NATO-Gipfel in Rumänien,

Tabelle 3: Kooperationen der Russländischen Föderation während der Präsidentschaft Putins.
Quellen: Wipperfürth 2011, 71-100; Mussnig 2005, 59-60; Haas 2010, 40-82

5.4.4 Die Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle mit dem euro-atlantischen Raum

Zu Beginn seiner Präsidentschaft drückt Putin den Wunsch aus ein gemeinsames Raketenabwehrsystem mit der NATO zu errichten. Da Präsident Clinton eher ablehnend reagiert, kommt es nicht zum Beschluss entsprechender Maßnahmen. Die USA arbeiten schon seit Jahrzehnten an einer Abwehr, die dazu in der Lage ist das Staatsgebiet ausreichend gegen fremde Raketenangriffe abzusichern. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind es vor allem unintendierte Abschüsse und Angriffe von ‚Schurkenstaaten‘ wie Nordkorea, Syrien oder dem Iran, die die USA dazu bringen, an ihren Raketenabwehrplänen festzuhalten (vgl. Wipperfürth 2011, 56-57).

Im Juni 2000 unterstreichen beide Staaten, dass sie den ABM-Vertrag als „zentrales Element der strategischen Stabilität“ (Wipperfürth 2011, 56) betrachten. Russland, dass sich offensichtlich seiner Position bezüglich der US-amerikanischen Raketenabwehr unsicher ist, zögert zunächst die ‚Schurkenstaaten‘ als bedrohlich einzustufen, ringt sich letztendlich aber zu diesem Schritt durch. Im Juli 2000 ändert sich der Kurs. Gemeinsam mit China übt die russländische Führung erhebliche Kritik an den US-amerikanischen Plänen um ein halbes Jahr später wieder einzulenken und auf die Möglichkeit eines umfassenden, also auch europäischen und russländisches Territorium miteinbeziehenden Schutzes zu verweisen. Abermals reagiert der Westen abweisend (vgl. Wipperfürth 2011, 56-57).

Die Tatsache, dass die USA am 13. Dezember 2001, ein halbes Jahr vor dem geplanten Austritt, den ABM-Vertrag einseitig gekündigt haben, ist eine Bestätigung für ihre Sorgen vor dem Angriffspotenzial der ‚Schurkenstaaten‘ und des Terrorismus. Der ABM-Vertrag lässt weitreichende Bemühungen zur Ausbildung und Errichtung einer Raketenabwehr nämlich nicht zu. Die USA spricht die Absicht aus ein Raketenabwehrsystem ausgerechnet in russländischer Interessenszone – es kommen Neue Unabhängige Staaten wie zum Beispiel Polen und die Tschechische Republik für ein dazu gehörendes Radar System in Frage – zu errichten und begründet dies mit den gesteigerten Möglichkeiten im Kampf gegen den Terrorismus und den Bedrohungen von Seiten des Irans (vgl. Rotte/Schwarz 2010, 46 und Müller/Schörnig 2006, 108-109). Russland stuft diese Pläne als bedrohlich ein, schließlich hätten die USA die Möglichkeit auch Teile des russländischen Lauftraumes zu überwachen (vgl. Haas 2010, 65). Die Auseinandersetzungen um das Raketenabwehrschild spitzen sich im Jänner 2007, als die offiziellen Gespräche beginnen, zu. Ein Vertreter des russländischen Militärs stellt die tatsächlichen, mit dem Raketenab-

weherschild verbunden Absichten in Frage. „[The Commander of the Space Forces] added that it was very doubtful that the shield would be aimed against Iranian missiles.” (Haas 2010, 65) Noch vor der offiziellen Anfrage an Polen und die Tschechische Republik und der Ausarbeitung entsprechender bilateraler Übereinkommen wendet sich die USA an die ebenfalls skeptischen europäischen Staaten. „Um die Zustimmung der Verbündeten zu erlangen, hat die Bush-Administration mittlerweile ihre Abwehrpläne so ausgeweitet, dass auch die Alliierten in den Schutzschirm mit einbezogen werden sollen.“ (Müller/Schörnig 2006, 109)

Da die nukleare Rüstung sowohl den USA als auch Russland sehr viel Mitteleinsatz abverlangt und insbesondere die russländische Führung diesen kaum zu erfüllen vermag, haben beide Staaten ein Interesse daran, die vertraglichen Abrüstungsbemühungen weiter zu verfolgen. Unter Präsident Putin wird der START-II Vertrag aus dem Jahr 1993 von der Duma zwar ratifiziert, als die USA jedoch nicht mehr an den ABM-Vertrag gebunden ist, zieht sich auch Russland aus dem START-II Vertrag zurück (vgl. Wipperfürth 2011, 56-63). „Im Jahre 2001 waren die vereinbarten Höchstgrenzen des START-I Vertrages erreicht worden. [...] Der Kreml [...] wollte die USA jedoch zu einem Abkommen bewegen, das weiterhin eine nukleare Parität garantierte.“ (Wipperfürth 2011, 63) Der SORT-Vertrag wird 2002 unterzeichnet und sieht 1700 bis 2200 Sprengköpfe sowie die Option diese zu lagern vor. „Der Vertrag kann kaum als Verhandlungsergebnis betrachtet werden. Die genannte Obergrenze war zuvor vom Pentagon als Idealgröße für die langfristigen Bedürfnisse der USA bezeichnet worden.“ (Wipperfürth 2011, 63)

Die Russländische Föderation setzt am 12. Dezember 2007 den *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa* (KSE-Vertrag) aus und wirkt ab diesem Zeitpunkt „an der Verifikation und dem Datenaustausch nicht mehr mit“ (Schmidt 2008, I). Ein Verzicht auf Kooperation in der konventionellen Rüstungskontrolle und in der Sicherheitspolitik bergen das Risiko von Unsicherheit, Konflikten, Misstrauen und Aufrüstung, die die wechselseitigen Beziehungen kennzeichnen würden. Russland ist über die Weigerung der NATO-Staaten, den im Jahr 1999 angepassten und unterschriebenen AKSE-Vertrag zu ratifizieren enttäuscht. „Der Vertrag enthält ein völlig neues Begrenzungskonzept, das Russland trotz der fortlaufenden Erweiterung des Bündnisses mehr Sicherheit bieten soll.“ (vgl. Schmidt 2008, I) Aus westlicher Sicht hingegen bietet sich der AKSE-Vertrag als Druckmittel an. Schließlich möchten die NATO-Staaten die russländische Führung

dazu veranlassen, die Streitkräfte aus Moldau und Georgien abzuziehen. Schließlich übt diese nicht nur auf die abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien, die sich von Georgien lossagen wollen, sowie auf Transnistrien (Moldau) Kontrolle aus, indem es die Anführer der secessionistischen Bewegung aktiv unterstützt (vgl. Schmidt 2008, II).

Die Aussetzung des KSE-Vertrags soll eine rasche Ratifizierung des AKSE-Vertrags bewirken. Die russländische Führung wünscht sich eine zurückhaltende Haltung seitens der USA. Abgesehen von den nuklearstrategischen Überlegungen, die sich auf die Rolle des europäischen Kontinents beziehen, ist auch die Frage des nuklearstrategischen Gleichgewichts zwischen den USA und der Russländischen Föderation für die Ausgestaltung der russländischen Außen- und Sicherheitspolitik zentral (vgl. Schmidt 2008, II)

Moskau will bisher noch Widersprüchliches. Einerseits soll sofort die Ratifikation des AKSE beginnen, andererseits soll er vorher noch modernisiert werden. Zugleich wird in der Regierung über ein völlig neues Regime nachgedacht, das den Open Skies-Vertrag und das Wiener Dokument zusammen mit dem AKSE integrieren soll. (Schmidt 2008, II)

5.4.5 Der Machtwechsel von Putin zu Medwedew

Das Ende der Präsidentschaft Putins weckt bei vielen die Angst, ihren erreichten Status und ihre Möglichkeiten der Einflussnahme zu verlieren (vgl. Schewzowa 2008, 8). So konstatiert Mangott vor den Wahlen im Mai 2008 den Ausbruch von Machtkämpfen im innerhalb der politischen Elite (vgl. Mangott 2009, 139). Mommsen bezweifelt, dass im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen ein ernsthafter politischer Wettbewerb stattgefunden hat (vgl. Mommsen 2010, 428).

5.5 Die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum unter Präsident Medwedew

Der seit 2000 Erste stellvertretende Ministerpräsident und Erster stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung Medwedew wird am Kongress von „Geeintes Russland“ am 17. Dezember 2007 als Kandidat für das Präsidentenamt nominiert (vgl. Mangott 2009, 146). Er gewinnt die Präsidentschaftswahlen im März 2008 mit 70,3 % der Stimmen und ist seit dem 7. Mai 2008 Präsident der Russischen Föderation (vgl. Mommsen 2010, 428). Überraschenderweise ernennt er Putin als seinen Ministerpräsidenten (vgl. Wipperfürth 2011, 102). Medwedew gilt im Vergleich zu Putin als deutlich liberaler. Die beiden verbindet bereits eine langjährige Zusammenarbeit (vgl. Mangott 2011a, 2).

5.5.1 Innenpolitische Entwicklungen

Nach dem Amtsantritt von Präsident Medwedew ändert sich die Zusammensetzung der Regierung nicht wesentlich. Die Schlüsselpositionen werden mit Funktionären besetzt, die schon unter Putin Teil der Regierung waren (vgl. Mangott 2011a, 2).

Mit Ministerpräsident Putin ist sich Medwedew in der Frage uneinig, in welchem Ausmaß Freiheiten gewährt werden sollen, welche Bedeutung ein intakter Rechtsstaat einnimmt und welches Wirtschaftsmodell sich am besten dazu eignet um die Modernisierung, das primäre Ziel Medwedews, des Landes voranzutreiben (vgl. Rahr 2011, 10).

Während Putin dies einem effizienten und starken Staat anvertraut, will Medwedew dafür alle gesellschaftlichen Akteure mobilisieren. Medwedew weist auch immer wieder auf die Eigenverantwortung der Bürger hin. Die „paternalistische Haltung“ der Bürger gelte es zu überwinden. (Mangott 2011a, 3)

Zudem gibt es Definitionsunterschiede in Hinblick auf die Reichweite der angestrebten Modernisierung:

Während Putin damit aber bloß die ökonomische und technologische Entwicklung meint, drängt Medwedew auf einen viel umfassenderen Ansatz, der auch die individuelle Freiheit stärken, die Medien liberalisieren und die staatlichen Strukturen demokratisieren will. (Mangott 2011a, 3)

Die Präsidentschaft Medwedews ist vom Nebeneinander zweier Lager bestimmt. Im Gegensatz zum eher westlich ausgerichteten Umfeld Medwedews ist das Lager Putins nicht nur reformscheu sondern auch darum bemüht die Macht der Bürokratie aufrechtzuerhalten und sich vom Westen eher zu distanzieren. Statt Demokratisierung zählen Werte wie eine „starke und autoritäre Führung des Landes“ (Mangott 2011a, 3) und die Bewahrung einer einflussreichen politischen und wirtschaftlichen Position (vgl. Mangott 2011a, 3).

Medwedews Fokus liegt vor allem auf der Wirtschaftspolitik, was von der Bevölkerung als auch von der politischen Elite unterstützt wird (vgl. Wipperfürth 2011, 121). Die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise werden die Russländische Föderation im 4. Quartal des Jahres 2008 treffen. Die Bevölkerung quittiert dies mit einer größeren Skepsis der Regierung gegenüber und einem stärkeren Misstrauen in Bezug auf die wenig diversifizierte Wirtschaft. Obwohl es der russländischen Führung gelungen ist „aufgrund enormer Hartwährungs- und Goldreserven und des 2004 eingerichteten Reservefonds aus Öl-

und Gasexporteinnahmen extreme Auswirkungen“ (Mangott 2010, 10) zu verhindern, ist die internationale Rezession dennoch nicht spurlos an ihr vorübergegangen. Die schrittweise Integration in die Weltwirtschaft hat eine Abhängigkeit der Russländischen Föderation von der wirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Industriestaaten zur Folge gehabt. Da die russländische Führung „immer noch in den alten Dogmen des sowjetischen Isolationismus und der planwirtschaftlichen Autarkie und in den Denkkategorien einer bipolaren Welt“ (Gudkov/Zaslavsky 2011, 155) verhaftet ist, kann sie die tatsächlichen Auswirkungen einer Rezession in den Industriestaaten nur schwer abschätzen. So hat sie im Jahr 2008 noch erklärt im Gegensatz zu den westlichen Staaten von der Krise nicht betroffen zu sein. Dies ändert sich jedoch im August und September des Jahres 2008 als die „Kreditklemme auf dem in- und ausländischen Markt [ein] Absinken der russischen Aktienwerte auf das Niveau von 2005 [und] einen dramatischen Rückgang der Kapitalisierung fast aller börsennotierten Unternehmen“ (Gudkov/Zaslavsky 2011, 156) und eine „Liquiditätskrise der Finanz- und Bankinstitute“ (Gudkov/Zaslavsky 2011, 156) provoziert. Die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind vor allem in der russländischen Industrieproduktion spürbar. Sie führen nicht nur zu einer Verringerung der Aufträge sondern auch zu höherer Arbeitslosigkeit vor allem in exportorientierten Sektoren, zu einem Rückgang im Konsum und im Außenhandelsvolumen. Auch im Jahr 2010 hat keine wesentliche wirtschaftliche Erholung stattgefunden (vgl. Gudkov/Zaslavsky 2011, 156).

Der Einnahmerückgang erschwerte dem Staat die Erfüllung seiner sozialen Aufgaben und belastete die regionalen und lokalen Haushalte, was wiederum Spannungen verschärfte und den Lebensstandard der Bevölkerung absacken ließ, vor allem in den vom wirtschaftlichen Niedergang besonders betroffenen Gebieten. (Gudkov/Zaslavsky 2011, 156)

Im Gegensatz zur Präsidentschaft Putins ist jene Medwedews von zum Teil gravierenden Problemen im wirtschaftlichen Bereich geprägt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat hierbei den Modernisierungsbedarf des russländischen wirtschaftlichen und politischen Systems besonders aufgezeigt. Eine sich verschärfende Schere zwischen den wohlhabenden und den weniger wohlhabenden Gebieten könnte nicht nur den sozialen Zusammenhalt schwächen sondern erneut, wie in den 1990er Jahren, destabilisierende Tendenzen befördern. Wie Gudkov und Zaslavsky aufzeigen, bringen weitreichende Eingriffe in die Wirtschaft von Seiten des Staates Probleme wie das Entstehen von „Ungleichgewichten in der ökonomischen Entwicklung [oder die] Stagnation ganzer Sektoren der Industrie

und der Landwirtschaft“(Gudkov/Zaslavsky 2011, 157) mit sich. Dies führt in weiterer Folge zu einer geringen Investitionsbereitschaft von Seiten der russländischen Unternehmer und behindert jene Marktkräfte, die eine selbstregulierende Wirkung entfalten (vgl. Gudkov/Zaslavsky 2011, 157).

Eine zentrale innenpolitische und wirtschaftliche Entwicklung während der Präsidentschaft Medwedews betrifft den WTO-Beitritt, der eine noch stärkere Einbindung Russlands in die Weltwirtschaft bedeuten kann. Seit achtzehn Jahren bemüht sich Russland um die Aufnahme in die 153 Mitglieder starke WTO, was zwar ein Bekenntnis zu deren Normen und Prinzipien bedeutet, jedoch gleichzeitig die Erleichterung des Handels mit ausländischen Partnern mit sich bringt. Bisher stützt sich dieser auf individuelle Handelsabkommen mit WTO-Mitgliedstaaten. Der WTO-Beitritt ersetzt diese durch einen einzigen Vertrag, der Russland zusätzlich mit den übrigen Mitgliedern gleichstellt und Gleichheit in den Handelsbedingungen herstellt (vgl. Obolenskij 2011, 2-4). In Russland selbst gab es im Vorfeld des Beitritts nicht unerhebliche Zweifel, da eine es für „die russische Regierung [...] weiterhin wichtiger [ist], die inneren Märkte zu regulieren und abzuschotten, als sich internationalen Abkommen zu unterwerfen“ (Rahr 2009, 197). Ein WTO-Beitritt könnte schließlich eine Senkung der hohen russländischen Zolltarife mit sich bringen und eine stärkere Durchdringung des russländischen Marktes von ausländischen Unternehmen bedeuten. „[D]ie russische Regierung könnte nicht mehr so viel Einfluss auf sie nehmen wie bisher“ (Rahr 2011, 197). Die WTO ihrerseits hat den Beitritt an einen Ausgleich mit Georgien gebunden. Nachdem dieser gelungen ist führt Präsident Medwedew die Russländische Föderation im Dezember 2011 in die WTO.⁵⁷

5.5.2 Die außenpolitischen Interessen

Viele westliche Akteure hoffen, dass Präsident Medwedew einen neuen außenpolitischen Kurs einschlägt. In Russland selbst hat Medwedew mit dem Verdacht zu kämpfen, eine zu offene Haltung dem Westen und seinen Werten gegenüber einzunehmen sowie außenpolitisch zu schwach zu sein und es an notwendiger Durchsetzungsfähigkeit mangeln zu lassen (vgl. Wipperfürth 2011, 124).

Eine wichtige Basis der zukünftigen außenpolitischen Linie bildet die am 12. Juli 2008 approbierte Neuversion des Außenpolitischen Konzepts. Die Verfasser sind davon über-

⁵⁷ siehe: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/717103/Russlands-WTOBeitritt_Spaete-Chance-zur-echten-Oeffnung [01.01.2012].

zeugt, dass der Russländischen Föderation in Bezug auf seine internationale Stellung nicht nur ein wichtigerer Stellenwert zukommt, sondern dass sie ihrer gestiegenen Verantwortung für die Ereignisse und Trends in der Weltpolitik nachzukommen hat. Abgesehen von der begrüßenswerten Entwicklung des sich verbessernden Status der Russländischen Föderation in den internationalen Beziehungen werden auch negative Tendenzen konstatiert, die sich auf die Außenpolitik der Russländischen Föderation als „one of the influential centers in the modern world“⁵⁸ auswirken⁵⁹. Wie in den Vorgängerversionen wird „the protection of interests of the individual, society and the state“⁶⁰ als wichtigstes Ziel der nationalen Sicherheitspolitik bezeichnet. Zu den zentralen außenpolitischen Zielen zählen abgesehen von der Gewährleistung der nationalen Sicherheit der Russländischen Föderation, die Aufrechterhaltung ihrer Souveränität und ihrer territorialen Integrität. Auch unter Medwedew kommt dem Ziel der innerstaatlichen Modernisierung eine so entscheidende Bedeutung zu, dass ihm auch in der russländischen Außenpolitik und den Beziehungen zu anderen Staaten Priorität eingeräumt wird. Auch die Vertreter der russländischen Wirtschaftseliten plädieren für kooperative euro-atlantische Beziehungen (vgl. Wipperfurth 2011, 102).

Die in der außenpolitischen Konzeption angeführten Ziele der „consolidation of society, strengthening of the foundations of the constitutional system, rule of law and democratic institutions, realization of human rights and freedoms“⁶¹ decken sich mit den Erwartungen, die viele Beobachter und Vertreter des Westens an die neue russländische Führung herantragen. Im Außenpolitischen Konzept von 2008 wird den postsowjetischen Nachbarstaaten, nicht jedoch den baltischen Staaten, eine besondere Rolle zugeschrieben. Das Konzept interpretiert die NATO-Erweiterung um die postsowjetischen Staaten als Angriff auf die eigene Sicherheit. Schließlich verfolgt die Russländische Föderation das Ziel, den Einfluss der USA einzuschränken und eine eigene Einflusszone zu errichten (vgl. Oldberg 2010, 3). Dass Russland im August 2008 Georgien angreift, soll der NATO verdeutlichen, dass sie mit einer eventuellen dritten Erweiterungsrunde die Interessen der russländischen Führung verletzt (vgl. Schulze 2010, 97). So sieht Oldberg das Plädoyer für den Schutz der Russen im Ausland als wichtiges Mittel an um den nationalistischen Tendenzen in der Bevölkerung gerecht zu werden (vgl. Oldberg 2010, 3).

⁵⁸ <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

⁵⁹ siehe: <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

⁶⁰ <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

⁶¹ <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

Das Konzept verzichtet jedoch auf eine intensive Erläuterung von demokratischen Prinzipien und Menschenrechten. Russland, das sich schließlich selbst als souveräne Demokratie bezeichnet, ist, so das Konzept, “committed to universal democratic values, including protection of human rights and freedoms”.⁶² Es erwartet vom Westen, dass auch dieser das anerkennt. Unter Medwedew legt die Russländische Föderation auf das Bild, das die internationale Staatengemeinschaft von ihr hat, einen großen Wert. Sie definiert sich selbst als Teil eines Dreisäulen-Modells, wobei die USA und die EU die übrigen beiden Säulen bilden (vgl. Oldberg 2010, 23). Dass die Vorstellungen über die Art der Beziehung jedoch divergieren, wird im folgenden Zitat deutlich. Im Gegensatz zu jenen westlicher Organisationen stehen weder geteilte demokratische Werte noch weitreichende Integrationsschritte im Mittelpunkt der russländischen Annäherungsbemühungen (vgl. Rahr 2011, 12).

Moskau sieht in Europa weniger eine demokratische Wertegemeinschaft als vielmehr ein ‚Konzert der Mächte‘. Vermutlich will Russland selbst weder der EU noch der NATO beitreten, geschweige denn nationale Souveränitätsrechte an Brüssel abgeben. Es möchte mit anderen Staaten Europas in einer Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft leben, aus dem pragmatischen Verständnis heraus, dass sich seine Modernisierung nur im europäischen Kontext verwirklichen lässt. (Rahr 2011, 12)

Nachdem sich die EU in Folge der Osterweiterung auch stärker an Fragen beteiligt, die wie im Falle Georgiens bzw. Abchasiens und Südossetiens den Status postsowjetischer Gebiete betreffen, verletzt sie ein weiteres Interesse Russlands: die Sicherung des russländischen Einflusses, was die geopolitische Neuordnung Europas betrifft (vgl. Timmermann 2005, 208-212). So ist Moskau nach seiner Anerkennung der georgischen abtrünnigen Gebiete Abchasiens und Südossetiens im Sommer 2008 und nach seiner militärischen Beteiligung am Georgien-Konflikt im August 2008 der scharfen Kritik europäischer Staaten ausgesetzt. „In den Augen der meisten Westler ist das kleine Georgien das Unschuldslamm und Russland eindeutig der Aggressor.“ (Rahr 2009, 234) Der Fokus der westlichen Berichterstattung liegt eindeutig auf der russländischen Intervention und nicht auf den Opfern von Seiten der Südosseten, die unter den gewaltsamen Maßnahmen der Zentralregierung leiden (vgl. Rahr 2009, 234).

Das wesentliche Motiv Russlands Südossetien und Abchasien in ihrem Bestreben Unabhängigkeit zu erlangen zu unterstützen liegt darin, dass die russländische Führung nicht auf ihren „Großmachtstatus in der Region“ (Rahr 2009, 232) verzichten möchte und da-

⁶² <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

her allzu weitreichende Vermittlungsbemühungen der EU ablehnt (vgl. Rahr 2009, 229-238). Russlands Interessen in der GUS-Region sind jedoch nicht eindeutig. Einerseits präsentiert sich die Russländische Föderation als wertetechnische Alternative zum Westen (vgl. Oldberg 2010, 3), andererseits sollen die russländischen Beziehungen zu den Neuen Unabhängigen Staaten das Verhältnis zu den westlichen Staaten nicht belasten. Russland möchte nicht allzu große Verpflichtungen eingehen nur um im postsowjetischen Raum eine einflussreiche Stellung durchzusetzen (vgl. Wipperfürth 2011, 121-122).

Das außenpolitische Konzept, in dem die russländische Außenpolitik als ausgewogen und multivektoriell bezeichnet wird, reflektiert diese ambivalente Haltung. Die außenpolitische Ausrichtung kann, so das Konzept, mit der Tatsache gerechtfertigt werden, dass Russland ein besonders großes eurasisches Land darstellt. Russland müsse daher nicht nur für die angrenzende Region Sicherheitsaufgaben übernehmen und Stabilität bereitstellen, sondern auch auf globaler Ebene wesentlich zur Aufrechterhaltung von Sicherheit beitragen. Obwohl dem GUS-Raum prinzipiell eine wichtige Bedeutung zukommt, erhält die russländisch-weißrussische Union weniger Bedeutung (vgl. Oldberg 2010, 3).

Im Mai 2009 folgt die Veröffentlichung der überarbeiteten Version der Nationalen Sicherheitsstrategie, bevor im Jahr 2010 die neue Militärdoktrin angenommen wird (vgl. Haas 2010, 83-84). Wie auch Oldberg erläutert, wird in den außen- und sicherheitspolitischen Konzepten der Russländischen Föderation auf eine Präzisierung der tatsächlichen Prioritäten weitgehend verzichtet. Dies kann als Versuch der russländischen Führung interpretiert werden, sich alle Optionen offen zu halten. So geht aus den Konzepten auch nicht klar hervor, ob einer größeren russländischen regionalen und globalen Einflussnahme oder den freundschaftlichen Beziehungen, vor allem zu den die Russländische Föderation umgebenden Staaten, ein höherer Stellenwert zukommt (vgl. Oldberg 2010, 22).

5.5.3 Die euro-atlantische Sicherheitsstruktur während der Präsidentschaft Medwedews

Zentrales Element der Außenpolitik Medwedews ist sein Konzept einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur. Dieses präsentiert er zum ersten Mal im Jahr 2008, als er im Zuge seines ersten Auslandsbesuches von Kasachstan, über China nach Berlin reist (vgl. Wipperfürth 2011, 102). Ende November 2009 haben Präsident Medwedew und Außenminister Lawrow schließlich den Entwurf eines „Europäischen Sicherheitsvertrages“ pu-

blik gemacht. Zu den Adressaten dieses Vertragsentwurfs zählen sämtliche Akteure, die wesentlichen Einfluss auf die europäische Sicherheit nehmen. Er soll Staaten und dementsprechende internationale Organisationen „von Vancouver bis Wladiwostock“ (Rotte/Schwarz 2010, 44) umfassen und zur „Etablierung eines Systems kollektiver Verteidigung der Vertragsparteien nach dem Muster des NATO-Vertrages (Art. 7-8)“ (Rotte/Schwarz 2010, 45) führen. Auch Mechanismen „zur friedlichen Streitbeilegung“ (Rotte/Schwarz 2010, 45) in Form von wechselseitigen Konsultationen und konferenzartigen Zusammenkünften sind vorgesehen. Dem internationalen Recht wird in der Herstellung von Sicherheit in Europa, Asien und den USA eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Dass vor allem die Souveränität, die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit von Staaten geschützt werden muss, wird besonders unterstrichen (vgl. Rotte/Schwarz 2010, 44).

Als Grund für die Entwicklung eines neuen Sicherheitssystems führt Medwedew die Notwendigkeit an, das unipolar geprägte bestehende Sicherheitssystem in ein multipolares zu verwandeln (vgl. Oldberg 2010, 5). „Not only the OSCE, but according to Medvedev, NATO had also disqualified itself as the true European security actor“ (Haas 2010, 130). Die Osterweiterung der NATO, die Russland schon immer abgelehnt hat, wertet auch Medwedew als Eingriff in die russländischen Interessen. Er verzichtet auch im Zuge seines Vorschlags einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur nicht darauf kritisch auf die Differenzen in Bezug auf das von den USA beabsichtigte Raketenabwehrschild in Polen und der Tschechischen Republik und den exklusiven Charakter der NATO hinzuweisen (vgl. Oldberg 2010, 5 und Rotte/Schwarz 2010, 45). Anfangs ist die NATO als Vertragspartner offensichtlich nicht vorgesehen, was den Protest der europäischen Staaten provoziert. Dies kann als Versuch interpretiert werden „langfristig mit der EU ein Gegengewicht zur NATO und den USA zu schaffen“ (Rotte/Schwarz 2010, 47), der jedoch letztendlich nicht gelingt. Russland lenkt in der NATO-Frage schließlich ein.

Der NATO-Botschafter Rogosin wird den in einem am 28. Juli 2008 stattfindenden Treffen des NATO-Russland Rates vorgebrachten Einwand der europäischen Staaten, die Medwedew-Initiative habe eine Schwächung der NATO und der OSZE zum Ziel, zurückweisen (vgl. Haas 2010, 131).

Der Vertragsentwurf weist der Stärkung der territorialen Integrität, dem Verzicht auf Gewaltanwendung und dem Führen von Verhandlungen einen zentralen Stellenwert zu (vgl.

Oldberg 2010, 5). Die von der neuen Sicherheitsarchitektur gewährleistete Sicherheit soll für alle Staaten gleich sein, was durch „three No’s“ (Rotte/Schwarz 2010, 44) gewährleistet werden soll:

keine Erhöhung der eigenen Sicherheit zu Lasten der Sicherheit Dritter; keine Handlungen, die dazu geeignet wären, die gleichberechtigte Gewährung von Sicherheit für alle Staaten zu beeinträchtigen; keine Bündnisse und Allianzen, welche die Sicherheit anderer Vertragsstaaten negativ beeinflussen würden, einschließlich des Rechts auf umfassende Information (Art. 1-3 und 9). (Rotte/Schwarz 2010, 44).

Nach russländischer Vorstellung sollen im Zuge der umrissenen neuen europäischen Sicherheitsarchitektur nicht mehr individuelle Staaten, vor allem nicht die USA, dazu berechtigt sein über Frieden und Stabilität zu entscheiden. Russland beharrt darauf, dass der UN-Sicherheitsrat auch in Zukunft die zentrale Instanz für Friedens- und Sicherheitsfragen bilden soll (vgl. Rotte/Schwarz 2010, 44-45). Art. 2 und 7 des russländischen Vertragsentwurfs enthalten Vorschläge, die das diesbezügliche russländische Sicherheitsverständnis reflektieren. Zwar ist laut dieser beiden Artikel die Androhung bzw. Anwendung militärischer Gewalt nicht erlaubt, werden sie jedoch durch die dementsprechenden Bestimmungen der UN-Charta gedeckt, sind derartige Akte in Übereinstimmung mit Art. 51 der Satzung der UN als individuelle oder kollektive Selbstverteidigung zu werten und somit sehr wohl zulässig (vgl. Rotte/Schwarz 2010, 44). Aus völkerrechtlicher Sicht basiert die von Medwedew vorgeschlagene Sicherheitsarchitektur auf einem „engen, klassischen Sicherheitsbegriff“ (Rotte/Schwarz 2010, 46), der nicht mit den sicherheitspolitischen Vorstellungen vieler westlicher Staaten wie zum Beispiel Deutschland übereinstimmt (vgl. Rotte/Schwarz 2010, 47).

Mit dem Amtsantritt des US-amerikanischen Präsidenten Obama wird eine Neubelebung der russländisch-amerikanischen Beziehungen erwartet. Es sind vor allem Vertreter der russländischen Wirtschaftselite, die für kooperative euro-atlantische Beziehungen plädieren. Unter Präsident Medwedew wird der Wunsch nach einer strategischen Partnerschaft mit den USA geäußert (vgl. Wipperfurth 2011, 101-103). Die Verbesserung der Beziehungen zu Russland ist Teil von Obamas Wahlkampfprogramm. Aus US-amerikanischer Sicht handelt es sich bei Russland um einen Staat, der die Außenpolitik der USA in beträchtlichem Ausmaß zu beeinflussen vermag.⁶³ Der Gaskonflikt zwischen der Ukraine

⁶³ vgl. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5147791,00.html> [16.12.2011].

und der Russländischen Föderation stellt neben der militärisch geführten Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien eine Zäsur in den Beziehungen zum Westen dar (vgl. Mangott 2009, 198). „Ähnlich ist den beiden Ereignissen eine äußerst verzerrte Deutung der Geschehnisse, die Russland als Aggressor bezichtigt. Die Lage ist aber in beiden Fällen keineswegs eindeutig.“ (Mangott 2009, 198) Der viel diskutierten *strategischen Partnerschaft* zwischen Russland und den USA mangelt es an einer „kohärenten strategischen Orientierung“ (Spanger 2011, 42). Innerhalb der US-amerikanischen Entscheidungsträger gibt es bisher keinen Konsens über die Art der Beziehung, die mit Russland gepflegt werden soll. Manche sind im Kalten Krieg-Denken verhaftet geblieben. Andere jedoch halten eine Integration Russlands in die NATO nicht für ausgeschlossen: „Es konkurrieren folglich Strategien, die Russlands fortgesetzte Exklusion mit Kooperation zu verbinden suchen, und jene einer potentiell weitreichenden Inklusion.“ (Spanger 2011, 42). Ingo Mannteufel argumentiert im Jahr 2010, dass die US-amerikanische Idee einer Reset-Politik in den amerikanisch-russländischen Beziehungen zwangsläufig scheitern müsse. Seiner Ansicht nach werden wichtige Aspekte vernachlässigt. Er betont, dass der „Grundgedanke eines Resets falsch“⁶⁴ ist. Die Grundlagen der russländisch-amerikanischen Beziehungen gestalten sich aus geopolitischer Sicht im 21. Jahrhundert völlig anders, als jene der 1990er Jahre. Die „völlig neue[n] geopolitische[n] Rollen“⁶⁵ verlangen eine Neubewertung der zukünftigen Beziehungen. „Nötig sind klare realistische Ziele und eine dazu passende Strategie in der US-amerikanischen Russlandpolitik.“⁶⁶ Als etwaige Hindernisse, die einen Erfolg der Reset-Politik verhindern könnten, gilt die Weigerung der USA die innenpolitischen Instabilitäten in Russland ohne weiteres hinzunehmen. Zudem kann bezweifelt werden, dass es Russlands Interessen entspricht einen bedingungslosen Neuanfang mit den USA zu wagen und historisch bedingte Unstimmigkeiten hinter sich zu lassen. Russland hat nicht überschwänglich, sondern eher mit Zurückhaltung reagiert.⁶⁷ Dennoch hat die Reset-Politik zu einer Entspannung in den Beziehungen geführt:

⁶⁴ vgl. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5147791,00.html> [16.12.2011].

⁶⁵ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5147791,00.html> [16.12.2011].

⁶⁶ <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5147791,00.html> [16.12.2011].

⁶⁷ vgl. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5147791,00.html> [16.12.2011].

Neben einer verbesserten Atmosphäre und einer breiteren institutionellen Basis durch die 2009 gegründete Präsidentenkommission, die in 18 Arbeitsgruppen Themen von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik behandelt, konnten erste konkrete Verhandlungsergebnisse erzielt werden: im Februar 2011 trat der Abrüstungsvertrag ‚New START‘ in Kraft; im Februar 2011 ratifizierte die Staatsduma ein Abkommen zum Lufttransport militärischer Güter der USA über Russland nach Afghanistan und bereits im Juni 2010 stimmte Russland im UN-Sicherheitsrat schärferen Sanktionen gegen den Iran zu. (Klein 2011, 4-5)

5.5.4 Die Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle mit dem euro-atlantischen Raum

Der START-I-Vertrag aus dem Jahr 1991, der eine Reduktion der strategischen Atomwaffen vorsieht, hat am 5. Dezember 2009 das Ende seiner Gültigkeit erreicht. Angesichts des bevorstehenden Endes von START-I haben der russländische Präsident Medwedew und sein US-amerikanischer Amtskollege Obama bereits am 1. April 2009 in einer Zusammenkunft parallel zum G-20-Gipfel in London die Vereinbarung getroffen, über einen Nachfolgevertrag zur strategischen Abrüstung zu verhandeln. Der so genannte New START Vertrag wird am 8. April 2010 unterzeichnet und die Vertragspartner erfüllen damit die Anforderungen des Nichtverbreitungsvertrags, der von beiden Staaten weitere Abrüstungsmaßnahmen bei strategischen Trägersystemen und Sprengköpfen verlangt (vgl. Klein/Paul 2011, 20).

Sieben Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags sollen beide Seiten über höchstens 700 stationierte strategische Trägersysteme – Intercontinental Ballistic Missiles (ICBM), Sea-Launched Ballistic Missiles (SBLM) und schwere Bomber – verfügen. Dazu können sich Russland und die USA jeweils noch 100 Trägersysteme in Reserve halten. Insgesamt dürfen beide Seiten innerhalb der folgenden sieben Jahre nicht mehr als 1550 Sprengköpfe auf den strategischen Trägersystemen stationieren. (Klein/Paul 2011, 20).

Während START-I noch bis zu 6.000 Sprengköpfen und bis zu 1.600 Trägersysteme zulässt, erlaubt der SORT-Vertrag aus dem Jahre 2002 1700 bis 2200 Sprengköpfe. Eine Obergrenze von Trägersystemen wird von SORT nicht geregelt. Der New START-Vertrag bringt die Aussetzung des SORT-Vertrages mit sich und wird ab dem Zeitpunkt der Ratifizierung für insgesamt zehn Jahre gültig sein (vgl. Klein/Paul 2011, 20-21).

Bei den im New START-Vertrag festgelegten Limits handelt es sich um einen Kompromiss, der innerhalb der Russländischen Föderation heftige Diskussionen ausgelöst hat. In den Verhandlungen hat sich die russländische Seite für höchstens 500 Trägersysteme in beiden Staaten, die US-amerikanische für 1100 Trägersysteme eingesetzt. Das Arsenal der USA ist um 232 Trägersysteme größer als das russländische. Zudem wird die US-

amerikanische Politik vom „Prompt Global Strike“ Prinzip dominiert. Da Russland in der Modernisierung ihrer strategischen Trägersysteme nur sehr beschränkt Erfolge vorweisen kann, hat die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF) die Verhandlungsergebnisse bemängelt. Ihrer Meinung nach hätten nicht nur die strategischen Nuklearwaffen der USA sondern auch jene der übrigen NATO-Nuklearstaaten Frankreich und Großbritannien berücksichtigt werden müssen. Weiters konstatiert sie die Nichteinhaltung des Paritäts-Grundsatzes. Ein „kostenintensives Wettrüsten“ (Klein/Paul 2011, 21) ist aufgrund des ökonomischen Potenzials abzulehnen. Klein und Paul weisen darauf hin, „dass der Abstand bei den Trägersystemen ohne New START noch weiter wachsen würde und dass eine numerische Parität keine militärstrategische Notwendigkeit ist“ (Klein/Paul 2011, 21). Auch wenn Experten wie der ehemalige Befehlshaber der russländischen strategischen Raketenstreitkräfte Wiktor Jesin an der Abschreckungsfähigkeit seines Landes nicht zweifeln, gibt es Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit zur unbeschränkten Einlagerung von nicht auf Trägersystemen angebrachten Sprengköpfen. In diesem Punkt seien die Kapazitäten der USA um vieles höher. In den USA hingegen gibt es Stimmen, die den Vertrag aufgrund der eingeschränkten russländischen Modernisierungsmöglichkeiten als nicht notwendiges Zugeständnis an den Vertragspartner werten. New START bedeutet eine Anerkennung Russlands als „dominante Nuklearmacht“. „Da Russland die Obergrenzen bereits heute unterschreitet, handle es sich nur für die USA um einen Abrüstungsvertrag.“ (Klein/Paul 2011, 22)

Während Russland daran gelegen ist, die New START Bestimmungen so auszugestalten, dass den USA der Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Europa wenn nicht unmöglich gemacht dann zumindest erschwert wird, zeigen die USA wenig Bereitschaft ihren Handlungsspielraum im Bereich der Entwicklung und Errichtung von Defensivwaffen zu verringern (vgl. Klein/Paul 2011, 25). Aus russländischer Sicht kann die angestrebte Parität mit den USA im nuklearen Bereich nur schwer erreicht werden, wenn diese über ein umfassendes Raketenabwehrsystem verfügt (vgl. Klein/Paul 2011, 25). Die Vertragsstaaten einigen sich auf einen entsprechenden Hinweis in der Präambel, der die russländischen Bedenken abschwächen soll:

Recognizing the existence of the interrelationship between strategic offensive arms and strategic defensive arms, that this interrelationship will become more important as strategic nuclear arms are reduced, and that current strategic defensive arms do not undermine the viability and effectiveness of the strategic offensive arms of the Parties.⁶⁸

Der New START Vertrag wird im Dezember 2011 vom US-Senat ratifiziert, was an Russland die Botschaft sendet zur Kooperation im Rüstungsbereich weiter bereit zu sein und die russländischen Interessen durchaus ernst zu nehmen. In Russland ist der Ratifizierungsprozess noch nicht abgeschlossen.⁶⁹

5.6 Zusammenfassung der Teilergebnisse

Wodurch unterscheidet sich die außenpolitische Strategie Medwedews von jener Putins und Jelzins?

Während sich die außenpolitische Strategie von Präsident Putin wesentlich von jener seines Vorgängers Jelzin unterscheidet, können zwischen Putin und dem seit dem Jahr 2008 amtierenden Präsidenten Medwedew keine fundamentalen Unterschiede festgestellt werden. Beide stellen die Außenpolitik in den Dienst innen- und wirtschaftspolitischer Ziele wie zum Beispiel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Steigerung des BIP und der Modernisierung des Landes, welche als zentrale Voraussetzung gelten um sich weltpolitisch gegenüber den anderen Akteuren behaupten zu können (vgl. Wipperfurth 2011, 121).

Medwedew hat die grundlegende außenpolitische Ausrichtung und die Großmachtambitionen Putins also nicht in Frage gestellt. Wie sein Vorgänger besinnt er sich auf eine Gegenüberstellung der Ressourcen und der Optionen und achtet darauf, die russländischen Potenziale nicht zu sehr zu überspannen.

Allen drei russländischen Präsidenten ist ihr Einsatz für eine multipolare, also von mehreren großen Zentren geprägte Weltordnung und ihr Ziel, das Aufsteigen der USA als hegemoniale Macht einer unipolaren Welt zu verhindern, gemein (vgl. Rahr 2011, 12). Während die Russländische Föderation unter Jelzin noch an sowjetischen Prinzipien, wie zum Beispiel den Einfluss der USA ausgleichen zu müssen, festgehalten hat, verzichtet

⁶⁸ Treaty between the United States of America and the Russian Federation on measures for the further reduction and limitation of strategic offensive arms, online abrufbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/140035.pdf> [01.01.2012].

⁶⁹ Siehe: <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/wolfgang-effenberger/new-start-abkommen-im-senat-ratifiziert-ist-die-welt-jetzt-sicherer-.html> [01.01.2012].

Putin auf eine derartige Interpretation der zu ergreifenden Handlungsmöglichkeiten (vgl. Tsygankov 2006, 131). Obwohl die GUS-Staaten aus historischen und geographischen Gründen die naheliegendsten Bündnispartner darstellen, zeigt die russländische Führung in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der nur bedingt Interesse am Aufbau verbindlicher Strukturen, die den Budgethaushalt belasten könnten. Da die Russländische Föderation vor allem während der Präsidentschaft Jelzins auf die finanziellen Mittel aus den westlichen Staaten angewiesen ist und sich unter Präsident Putin umfassend in den weltweiten Markt integrieren möchte, ist sie nicht zu einer allzu stark auf den GUS-Raum ausgerichteten Politik bereit (vgl. Tsygankov 2006, 131).

Die Annahme, dass sich die Außenpolitik Medwedews im Vergleich zu jener Putins eher durch Kooperation auszeichnet, kann nicht stichhaltig belegt werden. Schließlich fallen der Beginn des Georgien-Konfliktes und die Invasion der Russländischen Föderation bereits in die Amtszeit Medwedews. Um den geopolitischen Einfluss in der Region nicht zu verlieren hat auch er sich für die Anwendung militärischer Mittel im Kaukasus-Gebiet entschieden. Auch in der Amtszeit Jelzins und Putins kommt es im Zuge der Tschetschenienkriege und terroristischen wie separatistischen Tendenzen zu bewaffneten Auseinandersetzungen in der Region. Prinzipiell erlauben die Modernisierungsziele Putins aber vor allem Medwedews keine militärischen Konflikte größeren Ausmaßes, da eine enorme Beanspruchung der russländischen Ressourcen der Realisierung dieses Ziels zuwiderlaufen würde. Wenn es jedoch zum Waffeneinsatz kommt, dann nur in ehemaligen GUS Staaten gegenüber denen sowohl unter Präsident Medwedew als auch unter Präsident Putin Stärke und Durchsetzungskraft demonstriert wird (vgl. Oldberg 2010, 23).

Ein Vergleich der innenpolitischen Entwicklungen während der Präsidentschaften Jelzins, Putins und Medwedews hat gezeigt, dass sich Putin, der Nachfolger Jelzins, die Schwächung der die russländische Staatlichkeit gefährdenden Auswirkungen der Innenpolitik Jelzins zum Ziel gesetzt hat. Zu diesen zählen vor allem der Wiederaufbau des von wirtschaftlichen Schocks gebeutelten, instabilen wirtschaftlichen Systems sowie eine stärkere Kohärenz des politischen Systems. Letzteres hat in den 1990er Jahren unter den Konflikten zwischen Moskau und den Regionen besonders gelitten. Die Präsidentschaft Putins wird häufig mit einer Konsolidierung des sich im vorangegangenen Jahrzehnts herausgebildeten politischen Systems in Verbindung gebracht. Da der Niedergang der Sowjetunion eine Identitätskrise unter den Bürgern der Russländischen Föderation bewirkt hat, wird

unter Putin eine identitätsstiftende Politik betrieben. Die Russländische Föderation wird mit einem konkreten Etikett, nämlich das einer Großmacht, die sich ihren verdienten Status in der Welt erobert, behaftet, was auch als einer der Gründe für die hohen Beliebtheitswerte Putins angeführt werden kann. Die Bevölkerung schätzt es offenbar, dass sich der Präsident für eine einflussreiche internationale Stellung der Russländischen Föderation einsetzt (vgl. Oldberg 2010, 23). Die Zustimmungswerte für Putin und Medwedew, der die Politik seines Vorgängers fortsetzt, sind wesentlich höher als jene, die Präsident Jelzin entgegengebracht wurden (vgl. Wipperfurth 2011, 39).

Eine besondere Erwähnung verdient die Anzahl der Ministerpräsidenten. Wie man aus den untenstehenden Tabellen 4 und 5 entnehmen kann, zeichnen sich die Präsidentschaften Jelzins und Putins durch besonders häufige Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten aus. Daraus kann geschlossen werden, dass es den jeweiligen Amtsinhabern nicht gelungen ist, ihre Position im politischen System zu festigen. Dies ändert sich in der Ära Medwedew mit dem mächtigen Ministerpräsidenten Putin schlagartig.

Periode	Ministerpräsident
06/1992-12/1992	Jegor Gaidar
12/1992-03/1998	Wiktor Tschernomyrdin
03/1998-08/1998	Sergei Kirienko
09/1998-05/1999	Jewgeni Primakow
05/1999-08/1999	Sergei Stepaschin
08/1999-05/2000	Wladimir Putin

Tabelle 4: Ministerpräsidenten der Russländischen Föderation (1992-1999).
Quelle: Schröder 2011, 1-7

Periode	Ministerpräsident
08/1999-05/2000	Wladimir Putin
05/2000-02/2004	Michail Kasjanow
02/2004-03/2004	Wiktor Christenko
03/2004-09/2007	Michail Fradkow
09/2007-05/2008	Wiktor Subkow
05/2008-heute	Wladimir Putin

Tabelle 5: Ministerpräsidenten der Russländischen Föderation (ab 1999).
Quelle: Mangott 2009, 96-97

Die Analyse der außenpolitischen Strategien der verschiedenen Präsidenten der Russländischen Föderation wird von dem Umstand erschwert, dass über die tatsächlichen Motive der russländischen Führung bestimmte Maßnahmen zu treffen, andere aber nicht, beziehungsweise sich bei Auseinandersetzungen zunächst unversöhnlich zu zeigen um anschließend wieder eine Annäherung zu suchen, wenig bekannt ist (vgl. Wipperfürth 2011, 122).

Die nachfolgende Tabelle 6 listet eine Reihe von Kriterien auf, die der Neorealismus zur Erklärung staatlichen Verhaltens heranzieht. Ihr Ziel ist zu zeigen, in welchen Bereichen sich das russländische außenpolitische Verhalten unter den Präsidenten Jelzin, Putin und Medwedew mit den neorealistischen Annahmen deckt.

Neorealistische Annahmen	Ja	Nein	Nicht eindeutig ja oder nein
Erhaltung der nationalen Sicherheit	x		
Wirtschaftliche Wohlfahrt	x		
Schutz territorialer Grenzen	x		
expansives Durchsetzen des eigenen Gesellschaftsmodells			x
Streben nach Macht	x		
Unwilligkeit mit anderen Staaten zu kooperieren			x
Aufrüstung			x

Tabelle 6: Die russländischen nationalen Interessen aus neorealistischer Sicht.
Quelle: Eigene Analyse

Wie die Analyse und der Vergleich der zentralen russländischen außen- und sicherheitspolitischen Konzepte in Kapitel 5 gezeigt haben, ist die außenpolitische Ausrichtung aller drei russländischer Präsidenten vom primären Ziel, *die nationale Sicherheit zu erhalten*, geprägt. Auch der *wirtschaftlichen Wohlfahrt* wird ein großer Stellenwert zugewiesen. Unter Jelzin bemüht sich Russland um eine starke Annäherung an den Westen um sich dessen finanziellen Zuwendungen zu sichern. Unter Putin und Medwedew profitiert das Land vom steigenden Ölpreis. Die hohe Beliebtheit Putins in der russländischen Bevölkerung wird mit der äußerst günstigen wirtschaftlichen Entwicklung während seiner Amtszeit in Verbindung gebracht. Das von Putin bereits propagierte Ziel der Modernisierung der Wirtschaft hat sein Nachfolger Medwedew zu seiner primären Agenda erklärt. Die nach Konflikten immer wieder stattgefundene Annäherung an den Westen kann vor allem auf das Ziel der wirtschaftlichen Wohlfahrt zurückgeführt werden. Alle drei russländi-

schen Präsidenten sind sich darüber im Klaren, dass das Wirtschaftswachstum von der westlichen Kooperation abhängt. Unter Putin und Medwedew wird vor allem der Export von Energieträgern nach Westeuropa zum Garant einer wirtschaftlich vorteilhaften Entwicklung. Sowohl unter Jelzin, als auch unter Putin und Medwedew drückt sich das Streben nach dem *Schutz der territorialen Grenzen* sowohl in der in den außen- und sicherheitspolitischen Konzepten enthaltenen politischen Rhetorik als auch im permanenten Versuch aus, die Lage im Kaukasus, vor allem in Tschetschenien, zu beruhigen. Zudem ist auf die Bereitschaft des überwiegenden Teils der russländischen politischen Elite zu verweisen, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion ergebenden Grenzen zu akzeptieren. Schließlich sollte das Risiko von Konflikten mit den Neuen Unabhängigen Staaten und einer daraus resultierenden eventuellen Verkleinerung des Staatsterritoriums unterbunden worden.

Da im Zuge der Arbeit nicht eindeutig geklärt werden konnte, ob das expansive *Durchsetzen des eigenen Gesellschaftsmodells* Teil des unter Jelzin, Putin und Medwedew definierten nationalen Interesses ist, wurde diesem Kriterium in der obenstehenden Tabelle der Wert *nicht eindeutig ja oder nein* zugewiesen. In den beiden Jahrzehnten nach dem Ende der UdSSR ist eine vollständige Transformation des politischen Systems nach typisch westlichen Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit oder Demokratie nicht erfolgt. Offenbar unterscheidet sich also das russländische von westeuropäischen Gesellschaftsmodellen. Wie jedoch in Abschnitt 3.3 *Die politische Dimension* erläutert wurde, ist der Prozess der postsowjetischen Identitätssuche noch nicht abgeschlossen, was die Fähigkeit das eigene Gesellschaftsmodell zu exportieren enorm schwächt. Wie die Annäherungsversuche der GUS-Staaten an europäische Institutionen wie die NATO oder die EU zeigen, sind diese nach ihrer Unabhängigkeit nicht ohne weiteres bereit ein russländisches Gesellschaftsmodell zu akzeptieren. Was das neorealistische Kriterium des *Strebens nach Macht* betrifft, so kann festgehalten werden, dass sich dieses in den wiederholten Erklärungen Jelzins, Putins und Medwedews, Russland sei eine einflussreiche Großmacht, niederschlägt. Aus diesem Grund wurde in Tabelle 6 dem Streben nach Macht die Antwort *ja* zugeteilt.

In Übereinstimmung mit der neorealistischen Aussage, dass Staaten nur begrenzt zu Kooperationen bereit sind, genauer gesagt nur in dem Ausmaß, dass Abhängigkeiten vermieden werden können (vgl. Schörnig 2010, 77), hat sich die Russländische Föderation unter Jelzin zu keinen umfassenden Integrationsbemühungen im Rahmen der GUS durch-

ringen können. „Russland [war] der Ansicht, dass eine Schaffung oder auch nur Pflege integrativer Elemente häufig den eigenen Interessen zuwiderliefe.“ (Wipperfürth 2011, 33) Auch wenn unter Putin und Medwedew die *Unwilligkeit mit anderen Staaten zu kooperieren* nicht eindeutig verneint werden kann, so zeigt sich eine Skepsis eines Teils der politischen Elite gegenüber zu großen Verpflichtungen oder zu weitreichenden geforderten Anpassungsleistungen von Seiten der Russländischen Föderation. In Abschnitt 5.5.1 *Innenpolitische Entwicklungen* unter Medwedew wurde auf die russländischen Bedenken im Vorfeld des WTO-Beitritts verwiesen. Auch die Frage ob *Aufrüstung* im nationalen Interesse der Russländischen Föderation liegt, kann nicht eindeutig mit ja oder nein beantwortet werden. Erstens verfügt die russländische Führung nicht einmal über die notwendigen Mittel um die bestehenden Bestände an konventionellen oder nuklearen Waffen zu modernisieren. Zweitens hat sie nach dem SORT-Vertrag großes Interesse an einem weiteren Abrüstungsvertrag gezeigt, was den Schluss zulässt, dass Abrüstung und nicht Aufrüstung im nationalen Interesse Russlands liegt. Allerdings kann auch nicht verneint werden, dass die russländische Führung im Zuge ihres angestrebten Großmachtstatus auf konventionelle Machtprojektion und nukleare Abschreckung angewiesen ist. Aus diesem Grund wurde dem Kriterium *Aufrüstung nicht eindeutig ja oder nein* zugewiesen.

Welche Rolle kommt dem Präsidenten in der Gestaltung der Außenpolitik zu?

Obwohl die Verfassung von 1993 vorsieht, dass dem Präsidenten die grundsätzliche Ausrichtung der russländischen Außenpolitik obliegt, hat Jelzin aufgrund von divergierenden Kräften in der politischen Klasse Probleme seine außenpolitische Linie gegenüber den übrigen Organen durchzusetzen. Dies ändert sich, wie in Kapitel 5 gezeigt wurde, unter Präsident Putin, der sich nicht nur innenpolitisch sondern auch außenpolitisch als Kursvorgebender Präsident etabliert. Unter Präsident Medwedew kann eine größere Aktivität des Ministerpräsidenten in der Außenpolitik konstatiert werden. So kann dies zum einen darauf zurückgeführt werden, dass die wirtschaftlichen oder sozialpolitischen Fragen, um die sich Ministerpräsident Putin hauptsächlich kümmert, in zunehmendem Maße auch die Außenpolitik und ihre Ziele betreffen (vgl. Wipperfürth 2011, 102). Russland erfüllt viele Kriterien, die zur Beschreibung von autoritären Staaten herangezogen werden. So vermag die Exekutive aufgrund ihrer Befugnisse die Legislative und die Judikative zu dominieren und Kontrolle auszuüben. Außerdem ist die Exekutive dazu in der Lage Kontrolle über die politische Opposition und die Massenmedien auszuüben (vgl. Oldberg 2010, 2). Der

von vielen in Russland konstatierte Autoritarismus ist eng mit der Person Wladimir Putin und seiner Fähigkeit über das Präsidentenamt hinaus seine Macht zu erhalten und weiter auszuüben, verknüpft. Wie jedoch in Abschnitt 5.4.1 *Innenpolitische Entwicklungen* unter Präsident Putin erläutert wurde, wird der Machtradius des Präsidenten von den starken Forderungen der politischen Elite bzw. der ‚Clans‘ beschränkt. Seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew haben viele nicht nur im Westen, sondern auch im Inneren Russlands auf eine Demokratisierung des Landes und auf eine Abschwächung des restriktiven staatlichen Apparates gesetzt. Wie Schor-Tschudnowskaja in der am 6. November zwischen 11.05 und 12.00 ausgestrahlten Sendung des Formats *Europastudio* ausgeführt hat, ist dies auch aufgrund der „politische[n] Entmündigung der Bürger“⁷⁰ nicht gelungen:

Was war die symbolische Botschaft von Herrn Medwedew? Er sitzt vier Jahre im Amt des Präsidenten, versucht so viel und schafft es nicht. Das System Putin lässt sich von unten nicht ändern, das wissen wir. Aber jetzt wissen wir auch, dass es sich auch von oben nicht ändern lässt.⁷¹

In der wissenschaftlichen Literatur und in den Printmedien werden die Besonderheiten des Tandems Medwedew und Putin ausführlich diskutiert (vgl. Mommsen 2009b, 241). Die Einschätzungen über die tatsächliche Machtverteilung zwischen Putin und Medwedew variieren jedoch sehr stark. Während Susanne Scholl in der am 6. November 2011 ausgestrahlten Ausgabe von *Europastudio* die Existenz eines Tandems anzweifelt⁷², spricht Mangott von einem Tandem, das sich „anders als von vielen Beobachtern angenommen, als äußerst stabil und belastbar erwiesen hat“ (Mangott 2011a, 2).

Es ist auch Mangott, der die Einschätzung, unter Präsident Medwedew hätte eine Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten stattgefunden, widerlegt. Er kommt zu dem Schluss, dass der „von vielen erwartete ‚Rollenverzicht‘ des Staatspräsidenten [...] sich nicht eingestellt“ (Mangott 2011a, 2) hat.

Inwieweit hat sich das Verhältnis zu den USA, zu Europa und zur NATO seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew verändert?

Obwohl die westlichen und vor allem die europäischen Staaten Medwedew nach seiner Wahl im März 2008 keinesfalls ablehnend gegenüberstehen, sind die Beziehungen zu den

⁷⁰ Schor-Tschudnowskaja am 6. November 2011 in der Sendung *Europastudio* in ORF 2.

⁷¹ Schor-Tschudnowskaja am 6. November 2011 in der Sendung *Europastudio* in ORF 2.

⁷² „Es gab Putin und es gab einen Mann, der im Kreml saß und den Sessel festhielt.“, Susanne Scholl am 6. November 2011 in der Sendung *Europastudio* in ORF 2.

USA, zu Europa und zur NATO auch weiterhin von Konflikten aber auch von Kooperation geprägt. Die Reaktion der deutschen Bundeskanzlerin Merkel auf den Amtsantritt Medwedews untermauert die westliche Erwartung kooperative Beziehungen zur Russländischen Föderation aufzubauen. Angela Merkel ist schließlich die erste wichtige europäische Regierungschefin, die Medwedew nicht nur zu seiner Wahl gratuliert, sondern auch das Ziel konstruktiver deutsch-russländischer Beziehungen und das deutsche Selbstverständnis, eine vermittelnde Funktion zwischen Westen und Osten einzunehmen, unterstreicht (vgl. Wipperfürth 2011, 101-102). Kurz danach eskaliert der Georgien-Konflikt und Russland wird für sein Vorgehen scharf kritisiert. Außerdem werden auch unter Medwedew die Beziehungen davon belastet, dass der russländischen Führung die Verwirklichung einer Demokratie nach europäischem oder US-amerikanischem Vorbild weniger wichtig ist als die Sicherung der Staatlichkeit und ihres machtpolitischen Einflusses in der Außenpolitik (vgl. Tsygankov 2006, 129).

Dennoch kann von einer vollständigen Isolation Russlands nicht gesprochen werden. So wurden die Verhandlungen für ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU schließlich doch wieder aufgenommen (vgl. Schulze 2010, 109). In den Beziehungen zu den USA konnten im Zuge des Resets einige Erfolge erzielt werden. Zentral sind hierbei die Unterzeichnung des New-START Vertrages und der Beginn des Ratifikationsprozesses.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die folgende Einschätzung nach wie vor zutrifft: Die russländische Führung ist seit Medwedew vor allem an guten Beziehungen zum Westen interessiert. Schließlich ist es in seinem Ziel das Land zu modernisieren auf die westliche Gunst und auf die westliche Erfahrung, was die Funktionsweise einer liberalisierten Marktwirtschaft angeht, angewiesen. Eine Isolation des Landes ist daher nicht hilfreich. So haben vor allem Vertreter der russländischen Wirtschaft erkannt, dass schlechte Beziehungen zum Westen in materieller und wirtschaftlicher Hinsicht viele Nachteile mit sich bringen. (vgl. Wipperfürth 125-126). Es gibt jedoch auch gegenteilige Einschätzungen. So ist Rahr trotz prowestlicher Signale Medwedews davon überzeugt: „Heute will Russland nicht mehr in den Westen, sondern erschafft sein eigenes Reintegrationsmodell im postsowjetischen Raum.“ (Rahr 2011, 6)

6. Conclusio

Die vorliegende Arbeit hat sich der Frage gewidmet, ob sich die außenpolitischen Interessen seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew im Jahr 2008 verändert haben und wenn ja, wie groß das Ausmaß dieses Wandels ist. Das Ergebnis der Recherchen kann wie folgt zusammengefasst werden: Unter Präsident Medwedew hat trotz abweichender Ansichten über das Ausmaß der partnerschaftlichen Beziehungen zum Westen keine außenpolitische Neuorientierung der Russländischen Föderation stattgefunden, wobei sowohl interne als auch externe Faktoren zur Erklärung herangezogen werden können. So ist erstens der Umstand zu nennen, dass Präsident Medwedew während seiner Amtszeit mit einem außergewöhnlich einflussreichen Ministerpräsidenten konfrontiert worden ist. Sein Vorgänger Wladimir Putin hat im Laufe seiner beiden Amtszeiten seine schon von der Verfassung vorgesehene, außerordentliche Rolle als Präsident voll ausgefüllt und die damit einhergehenden Möglichkeiten zur Konsolidierung seiner Macht zusätzlich genutzt. Die Bezeichnungen *System Putin* und *Machtvertikale* reflektieren den enormen Machtradius Putins und die Besonderheiten des sich unter seiner Präsidentschaft und Regierungszeit entwickelnden politischen Systems, das auch unter Präsident Medwedew fortgedauert hat.

Die ausbleibende Neuorientierung der russländischen Außenpolitik kann also erstens damit erklärt werden, dass es Medwedew während seiner Amtszeit nicht gelungen ist, sich als ein von Putin unabhängig agierendes, mächtiges Staatsoberhaupt in der russländischen Führungselite zu etablieren. Was die reale Machtverteilung während der Präsidentschaft Medwedews betrifft, kann zusammenfassend festgehalten werden, dass Ministerpräsident Putin seine Position als eigentlicher Machthaber nicht eingebüßt hat. So verzichtet er auch in der Außenpolitik nicht darauf, die seinen ausländischen Amtskollegen unmissverständlich mitzuteilen, was sich daran zeigt, dass nicht Medwedew sondern Putin – und das trotz anderslautender Ankündigungen – kurz nach dem Amtsantritt Medwedews die bisher dem Präsidenten vorbehaltene Auslandsreise in die französische Hauptstadt absolviert, was zu Irritationen in der europäischen Öffentlichkeit geführt hat (vgl. Rahr 2009, 189-190).

Zweitens hat das Ausbleiben der angekündigten Modernisierung einen nachhaltigen Wandel in der russländischen Außenpolitik verhindert. Die Russländische Föderation wird als Rechtsnachfolgestaat der UdSSR mit zahlreichen geopolitischen und sicherheitspolitischen Funktionszuschreibungen vor allem im postsowjetischen Raum konfrontiert und das obwohl sich ihre verfügbaren materiellen und immateriellen Ressourcen beträchtlich verringert haben (vgl. Trenin 2005a, 12). Nun wirken sich folgende innenpolitische Defizite negativ auf die russländischen außenpolitischen Fähigkeiten aus: Das politische System verfügt weder über die notwendige Kohärenz noch über eine nachhaltige Stabilität. Darüber hinaus fehlt die Identifikation mit der Russländischen Föderation als Nation. Es gibt in der Bevölkerung keinen Konsens über die gemeinsamen Bezugspunkte und Besonderheiten einer nationalen Identität, die von allen Föderationsbürgern gleichermaßen geteilt werden. Die militärische Schlagkraft Russlands ist deutlich geringer als jene der Sowjetunion und auch die bereits erläuterte ungünstige Demografieentwicklung stellt eine der wesentlichsten Beschränkungen der russischen Außenpolitik dar (vgl. Mangott 2005, 16 und Sakwa 2005, 209).

Viele der westlichen aber auch der Neuen Unabhängigen Staaten zweifeln daher an der russländischen Fähigkeit Stabilität im euro-atlantischen Raum, insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen sowjetischen Teilrepubliken bereitzustellen. Dass vor allem die erst seit Anfang der 1990er Jahre unabhängigen Staaten sich gleichzeitig in Richtung Westen orientieren und Mitgliedschaften in der NATO oder der Europäischen Union anstreben und ihre Zusammenarbeit mit Moskau dennoch nicht aufgeben, vermag daher kaum zu überraschen. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass diese nicht nur ein positives Bild von ihrem großen Nachbarn haben. Sie unterstellen ihm stattdessen, dass er ihre nationalen Interessen gefährde (vgl. Oldberg 2010, 23). Geografisch befinden sich die Neuen Unabhängigen Staaten in einem ‚Zwischeneuropa‘. Eine Möglichkeit diesen Faktor abzuschwächen wäre die engere Bindung der Russländischen Föderation an den Westen. Die hohe Kriminalität, die Korruption und die konstatieren Unterschiede in der politischen Kultur stellen nicht zu unterschätzende Hürden dar (vgl. Sakwa 2005, 208). Trotz der großen Erwartungen an die Amtszeit Medwedews und seine ehrgeizigen Pläne wird eine rasche und umfassende Modernisierung nicht unmittelbar erwartet. Ob ein noch immer in vielen Bereichen rückständiges Russland seinen Großmachtanspruch einzulösen vermag, ist daher zu bezweifeln. Auch ist es eine Besinnung auf die Rolle als stabile Regionalmacht nicht zu erwarten. Dabei könnte ein veränderter Selbstanspruch neue Mög-

lichkeiten nicht nur in der Außenpolitik sondern auch in Hinblick auf die ökonomische und innenpolitische Entwicklung des Landes mit sich bringen (vgl. Wipperfürth 2011, 121).

Seit ihrem Bestehen verfolgt die Russländische Föderation eine zum Teil sehr unstete Außenpolitik. So besteht häufig eine große Spanne zwischen der politischen Rhetorik und den tatsächlich ergriffenen Maßnahmen. Trotz Absichtserklärungen und langfristig angelegter Strategien ändert sie ihren Kurs plötzlich um auf jüngste Entwicklungen prompt zu reagieren. Dies macht es jenen, die sich eine verlässliche Prognose der russländischen Außenpolitik zum Ziel gesetzt haben besonders schwer, ihr Ziel einzulösen.

7. Ausblick

Da dem Präsidenten die Gestaltung der außenpolitischen Linie des Landes obliegt, wirkt sich die Konzentration von Macht, die das politische System Russlands kennzeichnet, auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess aus (vgl. Mommsen 2010, 424-429). Dass nun Putin und nicht Medwedew bei den im Frühjahr 2012 stattfindenden Präsidentschaftswahlen kandidieren wird, erweist sich auch für die Richtung der zukünftigen russländischen Außenpolitik als zentral. Schließlich ist Medwedew stärker als Putin am Westen interessiert: „[E]r sieht in der Annäherung eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen des wirtschaftlich-technologischen Modernisierungskurses.“ (Mangott 2011a, 4).

Es muss außerdem über die Frage reflektiert werden, welche Rolle das Wahlergebnis der am 5. Dezember 2011 stattgefundenen Duma Wahlen spielt. Die russländischen Duma-Wahlen finden Russland in der Regel kurz vor den Präsidentschaftswahlen statt und werden als Stimmungsbarometer für die Präsidentschaftswahlen interpretiert. Die Kandidaten und aktuellen Machthaber nutzen die Duma-Wahlen um über die Präferenzen der Bevölkerung zu erfahren. Susanne Scholl, ehemalige ORF-Korrespondentin in Moskau, gibt in der am 6. November 2011, von 11.05-12.00 Uhr in ORF 2 ausgestrahlten, Sendung der Reihe *Europastudio* jedoch zu bedenken, dass die Duma-Wahlen „als Probegalopp [...] nichts zu sagen haben, weil eh bekannt ist, wie sie ausgehen, genauso wie die Präsidentschaftswahlen“⁷³

Dennoch hat die Partei Putins und Medwedews, *Geeintes Russland* – es handelt sich um eine Tendenz die sich bereits aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Meinungsumfragen im Vorfeld abgezeichnet hat – Verluste erlitten (insgesamt 14,76 Prozent). Nichtsdestotrotz muss *Geeintes Russland* aufgrund der Art der Mandatszuteilung in Zukunft nicht auf ihre Zweidrittelmehrheit in der Duma verzichten. Sie profitiert von den 4,86 Prozent die die Kleinparteien, denen ein Einzug in die Duma aufgrund der Sperrminorität von 7 Prozent verwehrt bleibt, erreicht haben und die nun zu „Verzerrungseffekten“ (Mangott 2011, 8) in der Zuteilung der Sitze führen (vgl. Mangott 2011, 6-8). Mangott spricht von einer „kontrollierten Wahlniederlage“ (Mangott 2011, 6), die die Führungs-

⁷³ Scholl am 6. November 2011 in der Sendung *Europastudio* in ORF 2.

spitze „zugelassen“ (Mangott 2011, 6) hätte um sich so des Vorwurfs der Wahlmanipulation erwehren und sich so auch in Zukunft die Unterstützung der Bevölkerung sichern zu können. „Das Elitenkartell [...] konnte es sich nicht leisten, die Wahl zu stark zugunsten von ‚Geeintes Russland‘ zu fälschen. Eine berechenbare und moderate Niederlage war besser als eine eklatante Fälschung der Ergebnisse.“ (Mangott 2011, 6) Neben der Partei Geeintes Russland gelingt es auch den Kommunisten, der Partei Gerechtes Russland und den nationalistischen Liberaldemokraten in die Duma einzuziehen. Die einzige auch nach westlichen Vorstellungen liberale Partei Russlands Jabloko hat den Einzug in die Duma nicht geschafft.⁷⁴

Bereits nach den Wahlen wurde nicht nur im Inneren Russlands Kritik geübt. So konnten zahlreiche regierungskritische Internetseiten nicht aufgerufen werden. Der Chefredakteur des Radiosenders Echo Moskau erklärt sich die „Verbindungsprobleme“ folgendermaßen: "Die Attacke auf unsere Seite hängt offenbar mit Versuchen zusammen, die Veröffentlichung von Informationen über Wahlverstöße zu behindern"⁷⁵ Außerdem ist es zu Verhaftungen von Regierungsgegnern gekommen.⁷⁶ Die OSZE und die Parlamentarische Versammlung des Europarates zeigen sich hinsichtlich des Ergebnisses skeptisch und werfen Russland Wahlfälschung, genauer gesagt „Verstöße bei der Auszählung der Stimmen und manipulierte Stimmzetteln in den Wahlurnen“⁷⁷ vor. Auch das Europäische Parlament hat scharfe Worte gefunden.⁷⁸

Da nicht nur eine eindeutige Bestätigung der politischen Linie Putins und Medwedews und vor allem der Kandidatur Putins bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ausgeblieben ist⁷⁹ und sich zahlreiche, über die Umstände der Wahl verärgerte, Bürger zu Massendemonstrationen zusammengefunden haben, kann von einer stetig wachsenden Unzufriedenheit über die politische Führung in der russländischen Bevölkerung ausgegangen werden.

⁷⁴ Siehe: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-russland-putin-partei-rutscht-ab-1.1226370> [16.12.2011].

⁷⁵ <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-russland-putin-partei-rutscht-ab-1.1226370> [16.12.2011].

⁷⁶ Siehe: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-russland-putin-partei-rutscht-ab-1.1226370> [16.12.2011].

⁷⁷ <http://de.rian.ru/politics/20111205/261695902.html> [20.01.2012].

⁷⁸ <http://de.rian.ru/politics/20111214/261985160.html> [20.01.2012].

⁷⁹ „Ein klarer Sieg der Regierungspartei gilt als Grundlage für den angestrebten Ämterwechsel in Moskau.“ <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-russland-putin-partei-rutscht-ab-1.1226370> [16.12.2011].

Wie Schor-Tschudnowskaja unterstreicht, wird von einer erneuten Amtszeit Putins eine „wirtschaftliche aber auch eine soziale Stabilität“ nicht erwartet.⁸⁰ Zudem „wächst die Frustration in der Tat sehr stark [...] weil Medwedew so sehr ein Hoffnungsträger war und so sehr alle Hoffnungen enttäuscht hat.“⁸¹

⁸⁰ Schor-Tschudnowskaja am 6. November 2011 in der Sendung Europastudio in ORF 2.

⁸¹ Schor-Tschudnowskaja am 6. November 2011 in der Sendung Europastudio in ORF 2.

Bibliographie

Monographien

Alexander, Manfred/Stökl, Günther (2009). Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 7. Aufl., Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.

Altrichter, Helmut (2009). Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München: Beck.

Beyme, Klaus von (1994). Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Breuning, Marijke (2007). Foreign Policy Analysis: A Comparative Introduction, New York: Palgrave Macmillan.

Brill, Heinz (2008). Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik 1974-2008, 2. Aufl., Bissendorf: Biblio Verlag.

Collin, Finn (2008). Konstruktivismus für Einsteiger, Paderborn: Wilhelm Fink UTB.

Czempiel, Ernst-Otto (2002). Neue Sicherheit in Europa. Eine Kritik an Neorealismus und Realpolitik, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Donaldson, Robert H./Nogee, Joseph L. (1998). The Foreign Policy of Russia. Changing Systems, Enduring Interests, Armonk: Sharpe.

Dülffer, Jost (2004). Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991, München: Oldenbourg.

Engelbrekt, Kjell (Hrsg.) (2010). Russia and Europe. Building bridges, digging trenches, London: Routledge.

Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar/Mangott, Gerhard (2006a). Internationale Politik. Eine Einführung, Wien: WUV-Facultas.

Frankel, Joseph (1971). Nationales Interesse, München: List.

Froschauer, Ulrike/Lueger, Manfred (2003). Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme, Wien: facultas wuv.

Gareis, Sven B./Varwick, Johannes (2006). Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen, Opladen & Bloomfield Hills: Verlag Barbara Budrich.

Gärtner, Heinz (2008). Internationale Sicherheit. Definitionen von A – Z, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos.

Gärtner, Heinz (2010). USA. Weltmacht auf neuen Wegen, Wien: LIT.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2004). Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Gudkov, Lev/Zaslavsky, Viktor (2011). Russland. Kein Weg aus dem postkommunistischen Übergang, Berlin: Wagenbach.
- Haas, Marcel de (2010). Russia's Foreign Security Policy in the 21st Century. Putin, Medvedev and beyond, London: Routledge.
- Hauser, Gunther (2010). Das europäische Sicherheits- und Verteidigungssystem und seine Akteure, 5. Aufl., Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.
- Hartmann, Jürgen (1988). Die Außenpolitik der Weltmächte. Eine Einführung, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Kappeler, Andreas (2005). Russische Geschichte, 4. Aufl., München: Beck.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. (1977). Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston: Little, Brown and Company.
- Lehmkuhl, Ursula (2001). Theorien internationaler Politik. Einführung und Texte, 3. Aufl., Wien: Oldenbourg.
- Lemke, Christiane (2008). Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, 2. Aufl., München: Oldenbourg.
- Linz, Juan J. (2000). Totalitäre und autoritäre Regime, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Mangott, Gerhard (2009). Der russische Phönix. Das Erbe aus der Asche, Wien: Kremayr & Scheriau.
- Mommsen, Margareta (1996). Wohin treibt Russland? Der Kreml und die Schatten der Macht, München: Beck.
- Morgenthau, Hans J. (1963). Macht und Frieden, Gütersloh: C. Bertelsmann Verlag.
- Menzel, Ulrich (2001). Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, Harald/Schörnig, Niklas (2006). Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Eine exemplarische Einführung in die Internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos.
- Patzelt, Werner J. (2003). Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung, 5. Aufl., Passau: Rothe.
- Rahr, Alexander (2009). Putin nach Putin. Das kapitalistische Rußland am Beginn einer neuen Weltordnung, Wien: Universitas.
- Rahr, Alexander (2011). Der Kalte Freund. Warum wir Russland brauchen: Die Insider-Analyse, München: Hanser.
- Sakwa, Richard (2005). Russia's choice, New York: Routledge.

Schäfer, Martin Christian (2007). Russlands Außenpolitik gegenüber Zentralasien. Eine Analyse der Interessen, Mittel und Strategien unter Präsident Putin, Berlin: LIT Verlag.

Schimmelfennig, Frank (2008). Internationale Politik, Paderborn: Schöningh UTB.

Scott, Burchill (2005). The National Interest in International Relations Theory, London: Palgrave Macmillan.

Simonis, Georg/Elbers, Helmut (2003). Studium und Arbeitstechniken der Politikwissenschaft, Opladen: Leske + Budrich.

Trenin, Dmitri (2005a). Russland. Die gestrandete Weltmacht. Neue Strategien und die Wende zum Westen, Hamburg: Murmann Verlag.

Tsygankov, Andrei P. (2006). Russia's Foreign Policy. Change and Continuity in National Identity, Oxford: Rowman & Littlefield Publishers.

Ucakar, Karl/Gschiegl, Stefan (2010). Das politische System Österreichs und die EU, Wien: Facultas.

Waltz, Kenneth (2001 [1954]). Man, the State and War. A theoretical analysis, New York: Columbia University Press.

Wilhelm, Andreas (2006). Außenpolitik. Grundlagen, Strukturen und Prozesse, München: Oldenburg.

Wipperfurth, Christian (2011). Russlands Außenpolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zimmermann, Andreas (2000). Staatennachfolge in völkerrechtlichen Verträgen, Berlin: Springer.

Zürn, Michael (1992). Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes, Opladen: Leske + Budrich.

Sammelbände

Aron, Leon (2007 [2005]). Putin's Risks, in: Aron, Leon (2007). Russia's Revolution. Essays 1989-2006, Washington: The AEI Press Publisher for the American Enterprise Institute, 283-296.

Aron, Leon (2007 [2006]). The United States and Russia: Ideologies, Policies, and Relations, in: Aron, Leon (2007). Russia's Revolution. Essays 1989-2006, Washington: The AEI Press Publisher for the American Enterprise Institute, 307-322.

Borchert, Heiko (2005). Sicherheitspolitische Vernetzung und Transformation aus organisationsanalytischer Perspektive, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.). Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag, 81-104.

Bova, Russell (2000). Russia and Europe after the Cold War: cultural convergence or civilizational clash?, in: Engelbrekt, Kjell/Nygren, Bertil (Hrsg.). Russia and Europe. Building bridges, digging trenches, Routledge: Milton Park, 19-38.

Fedorov, Yuri E. (2010). The return of history. Hard security issues in the Russia-Europe relationship, in: Engelbrekt, Kjell/Nygren, Bertil (Hrsg.). Russia and Europe. Building bridges, digging trenches, Routledge: Milton Park, 103-131.

Feichtinger, Walter (2010). Kein Feind in Sicht, in: Feichtinger, Walter/Dengg, Anton (Hrsg.). Kein Feind in Sicht. Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft, Wien: Böhlau Verlag, 9-34.

Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar/Mangott, Gerhard (2006b). Österreichische Außenpolitik. Supplement zu ‚Internationale Politik‘, in: Filzmaier, Peter/Gewessler, Leonore/Höll, Otmar/Mangott, Gerhard (2006a). Internationale Politik. Eine Einführung, Wien: WUV-Facultas.

Frumkin, Boris (2010). Russia-EU relations. The economic dimension, in: Engelbrekt, Kjell/Nygren, Bertil (Hrsg.). Russia and Europe. Building bridges, digging trenches, Routledge: Milton Park, 132-155.

Gerner, Deborah J. (1995). The Evolution of the Study of Foreign Policy, in: Neack, Laura/Hey, Jeanne A.K./Haney, Patrick J. (Hrsg.). Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation, Englewood Cliffs: Prentice Hall Professional Technical Reference, 17-32.

Hacke, Christian (2000). Die großen Mächte, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.). Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Baden-Baden: Nomos, 383-403.

Harnisch, Sebastian (2003). Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.). Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, 313-360.

Horn, Hannelore (1997). Der Zerfall der Sowjetunion und nationale Optionen, in: Glaeßner, Gert-Joachim/Reiman, Michal (Hrsg.). Systemwechsel und Demokratisierung. Rußland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, 133-151.

Jacobs, Andreas (2010). Realismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.). Theorien der Internationalen Beziehungen, 3. Aufl., Opladen: Verlag Barbara Budrich, 39-64.

Mangott, Gerhard (2005). Russlands Außenpolitik. Fähigkeiten und Optionen, in: Mangott, Gerhard/Trenin, Dmitrij/Senn, Martin/Timmermann, Heinz (Hrsg.). Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin, Baden-Baden: Nomos, 15-121.

Maćków, Jerzy (2009a). Autoritarismus: Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus, in: Maćków, Jerzy (Hrsg.). Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17-43.

Maćków, Jerzy (2009b). Die posttotalitären Autoritarismen: Die Entwicklungen und Varianten, in: Maćków, Jerzy (Hrsg.). Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 325-349.

May, Bernhard (2007). G7/G8-Gruppe, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.). Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 802-811.

Mommsen, Margareta (2009a). Systemübergang unter Gorbatschow und Jelzin: UdSSR/Russland 1987 – 1991 – 1999, in: Maćków, Jerzy (Hrsg.). Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 165-181.

Mommsen, Margareta (2009b). Plebiszitärer Autoritarismus in Russland: Der Wandel seit 2000, in: Maćków, Jerzy (Hrsg.). Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 241-261.

Mommsen, Margareta (2010). Das politische System Russlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.). Die politischen Systeme Osteuropas. 3. Auflage: Opladen: Leske + Budrich, 419-478.

Peters, Dirk (2007). Ansätze und Methoden der Außenpolitikanalyse, in: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.). Handbuch zur deutschen Außenpolitik, 815-835.

Risse, Thomas (2003). Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.). Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 99-132.

Schneider, Eberhard (2005). Die Entwicklung des demokratischen Systems in Russland, in: Thiemeyer, Guido/Ullrich, Hartmut (Hrsg.). Europäische Perspektiven der Demokratie. Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse in der EU und ausgewählten Nationalstaaten, 283-305.

Schöllgen, Gregor (2000). Was hat der Ost-West-Konflikt in der Weltpolitik bewirkt?, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.). Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Baden-Baden: Nomos, 72-80.

Schörning, Niklas (2010). Neorealismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.). Theorien der Internationalen Beziehungen, 3. Aufl., Opladen: Verlag Barbara Budrich, 65-96.

Shevtsova, Lilia (2004). Evolution of Vladimir Putin's Political Regime, in: Hinteregger, Gerald/Heinrich, Hans-Georg (Hrsg.). Russia – Continuity and Change, Wien: Springer, 19-29.

Siedschlag, Alexander (2006). Einführung – Sicherheitspolitik als Methode, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.). Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag, 9-19.

Spindler, Manuela/Schieder, Siegfried (2010). Theorien in der Lehre von den internationalen Beziehungen, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.). Theorien der internationalen Beziehungen, 3. Aufl. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 9-38.

Spindler, Manuela (2010). Interdependenz, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.). Theorien der internationalen Beziehungen, 3. Aufl. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 97-130.

Timmermann, Heinz (2005). Die Beziehungen zwischen Russland und der EU, in: Mangott, Gerhard/Trenin, Dmitrij/Senn, Martin/Timmermann, Heinz (Hrsg.). Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin, Baden-Baden: Nomos, 203-265.

Trenin, Dmitri (2005b). Russia's Foreign and Security Policy under Putin, in: Mangott, Gerhard/Trenin, Dmitrij/Senn, Martin/Timmermann, Heinz (Hrsg.). Russlands Rückkehr. Außenpolitik unter Vladimir Putin, Baden-Baden: Nomos, 123-152.

Troy, Jodok (2006). Sicherheitspolitische Analyse – Methoden als Herausforderung für Wissenschaft und Lehre. Bilanz und Ausblick, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.). Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag, 341-355.

Waltz, Kenneth (2008) (Hrsg.). Realism and International Politics, New York: Routledge.

Lexika

Gärtner, Heinz (2008). Internationale Sicherheit. Definitionen von A – Z, 2. Aufl., Baden-Baden: Nomos.

Linz, Juan J. (2005). Autoritäre Regime, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Olaf-Rainer (Hrsg.). Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien Methoden Begriffe, Band 1 A-M München: Beck, 56-59.

Seidelmann, Reimund (2005). Außenpolitik, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Olaf-Rainer (Hrsg.). Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien Methoden Begriffe, Band 1 A-M München: Beck, 44-47.

Seidelmann, Reimund (2011). Außenpolitik (AP), in: Woyke, Wichard (Hrsg.). Handwörterbuch Internationale Politik, 12. Auflage, Opladen: Budrich, 1-7.

Wissenschaftliche Journals

Adomeit, Hannes (2008). Putins Paukenschläge, in: Internationale Politik. Machtwechsel in Russland, 2008 (2), 53-64.

Bahr, Egon (2010). Strategische Partnerschaft mit der russischen Föderation, in: Leviathan 2010 (38), 135-141.

Bender, Peter (2008). Was uns wirklich droht, in: Internationale Politik. Machtwechsel in Russland, 2008 (2), 91-93).

- Hudson, Valerie M. (2005). Foreign Policy Analysis: Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations, in: Foreign Policy Analysis 2005 (1), 1-30.
- Jervis, Robert (1978). Cooperation Under the Security Dilemma, in: World Politics 30, 2, 167-214.
- Klein, Margarete/Paul, Michael (2011). Der neue START-Vertrag und seine Ratifikation in Moskau und Washington, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 2011 (4), 19-29.
- Rahr, Alexander (2008). Putin und Medwedew: Wer regiert?, in: Internationale Politik. Machtwechsel in Russland, 2008 (2), 19-25.
- Schewzowa, Lilia (2008). Der Schein trügt, in: Internationale Politik. Machtwechsel in Russland, 2008 (2), 8-18.
- Schulze, Peter W. (2010). Optionen und Chancen für eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa, in: IGP 2010 (2), 94-110.
- Spanger, Hans-Joachim (2011). Mehr als Tauwetter? Russland und die gesamteuropäische Sicherheit, in: IGP 2011 (1), 42-65.
- Waltz, Kenneth (1993). The Emerging Structure of International Politics, in: International Security 18, 2, 44-79.

Onlinequellen

- Bank, André (2009). Die Renaissance des Autoritarismus. Erkenntnisse und Grenzen neuerer Beiträge der Comparative Politics und Nahostforschung, in: hamburg review of social sciences, 4 (1), 10-41, online abrufbar unter: http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/04-01/Andre_Bank_-_Renaissance_des_Autoritarismus.pdf [15.10.2011].
- Brzoska, Michael/Finger, Anne/Meier, Oliver/Neuneck, Götz/Zellner, Wolfgang (2011). Chancen zur Rüstungskontrolle in Europa, online abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08717.pdf> [30.12.2011].
- Eurostat Pressemitteilung vom 27. Juli 2010
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-27072010-AP/DE/3-27072010-AP-DE.PDF [31.10.2011].
- Haas, Marcel de (2009). Medwedews Sicherheitspolitik: Eine vorläufige Einschätzung, in: russland-analysen Nr. 186 vom 03.07.2009, 2-5, online abrufbar unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen186.pdf> [07.06.2011].
- Heinemann-Grüder (2011). Föderalismus in Russland, Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=3D4SZ2 [01.11.2011].
- Homepage der Botschaft der Russischen Föderation in Wien
<http://www.rusemb.at/aussenpolitik/216> [07.06.2011].

Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung:

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=NAR2TQ [01.01.2012].

http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=VKS7SQ [01.01.2012].

Homepage des Foreign Policy Analysis Journal:

<http://www.wiley.com/bw/journal.asp?ref=1743-8586> [11.11.2011].

Homepage des Instituts für die Wissenschaft vom Menschen, in Wien:

http://www.iwm.at/index.php?option=com_events&task=view_detail&Itemid=&agid=232&year=2011&month=10&day=10 [20.10.2011].

Homepage des Kopp Verlags, New-Start-Abkommen im Senat ratifiziert, Artikel vom 29.12.2011, online abrufbar unter:

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/geostrategie/wolfgang-effenberger/new-start-abkommen-im-senat-ratifiziert-ist-die-welt-jetzt-sicherer-.html> [01.01.2012].

Homepage der Neuen Zürcher Zeitung. Rochade in Moskau. Putin und Medwedew tauschen ihre Ämter, Artikel vom 24.09.2011, online abrufbar unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/putin_setzt_medwedew_auf_wahlliste_1.12635127.html [05.11.2011].

Homepage der deutschsprachigen Ria Novosti. OSZE-Beobachter melden manipulierte Stimmzettel bei Duma-Wahl in Russland, Artikel vom 05.12.2011, online abrufbar unter:

<http://de.rian.ru/politics/20111205/261695902.html> [20.01.2012].

Homepage der deutschsprachigen Ria Novosti. Kritik an Duma-Wahl überschattet Russland-EU-Gipfel - „Kommersant“, Artikel vom 14.12.2011, online abrufbar unter:

<http://de.rian.ru/politics/20111214/261985160.html> [20.01.2012].

Homepage des Russian Federation Federal State Statistics Service:

http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_12/IssWWW.exe/stg/d01/05-03.htm [07.01.2012].

Homepage der Süddeutschen Zeitung, Parlamentswahlen in Russland. Putin-Partei rutscht ab, Artikel vom 05.12.2011, online abrufbar unter:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-russland-putin-partei-rutscht-ab-1.1226370> [16.12.2011].

Homepage der Tageszeitung Die Presse, Russlands WTO-Beitritt: Späte Chance zur echten Öffnung, Artikel vom 16.12.2011, online abrufbar unter:

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/717103/Russlands-WTOBeitritt_Spaete-Chance-zur-echten-Oeffnung [01.01.2012].

Homepage der Weltbank:

http://search.worldbank.org/all?qterm=USA&intitle=&as_sitesearch=&as_filetype=
[31.10.2011].

Homepage der Weltbank, [worldbank.org/russia](http://www.worldbank.org/russia):

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/ECAEXT/RUSSIANFEDERATION->

[NEXTN/0,,contentMDK:21054807~menuPK:517666~pagePK:1497618~piPK:217854~theSitePK:305600,00.html](http://www.nexttn.de/contentMDK:21054807~menuPK:517666~pagePK:1497618~piPK:217854~theSitePK:305600,00.html) [31.10.2011].

Homepage der Weltbank, China:

<http://www.worldbank.org/en/country/china> [31.10.2011].

Homepage der Weltbank, Main Indicators der russischen Wirtschaft:

<http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/305499-1245838520910/6238985-1316082024531/rer26-statistics-eng.pdf> [30.12.2011].

Homepage des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche:

<http://www.wiiw.ac.at/?action=publ&id=countries&value=10> [07.01.2012].

Kempe, Iris (2003). Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.). Jahrbuch der europäischen Integration 2003/2004, Nomos: Baden-Baden, 259-266, online abrufbar unter:

http://www.wissen-europa.de/fileadmin/user_upload/website/Artikel/Artikel_2003-04/Nachbarschaftspolitik_Russland,%20Ukraine,%20Moldau%20und.pdf [01.01.2012].

Klein, Margarete (2009). Russlands Militärpotential zwischen Großmachtanspruch und Wirklichkeit. Zustand, Reformen und Entwicklungsperspektiven der russischen Streitkräfte, SWP-Studie, online abrufbar unter:

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S24_kle_ks.pdf [01.01.2012].

Klein, Margarete (2011). Russland: Eine Großmacht in der internationalen Politik?

Großmachtanspruch und –ressourcen, Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter:

http://www.bpb.de/themen/E6BF6N,0,0,Russland%3A_eine_Gro%DFmacht_in_der_internationalen_Politik.html [01.01.2012].

Knabe, Bernd (2000). Rußlands neue „Konzeption der nationalen Sicherheit“, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen Nr. 11/2000, online abrufbar unter: http://www.ssoar.info/ssoar/files/swp/analysen/Aa00_11.pdf [01.01.2012].

Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (in einer Arbeitsübersetzung von

Egbert Lemcke und Frank Preiß), online abrufbar unter: http://www.sicherheitspolitik-dss.de/ap92_.pdf [07.04.2011].

Mangott, Gerhard (2011a). Putin 2.0. Russland vor den Präsidentenwahlen 2012, Österreichisches Institut für Internationale Politik, online abrufbar unter:

http://www.oiiip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/russland_putin_oiiip_report.pdf [01.09.2011].

Mangott, Gerhard (2011b). Ämtertausch und kontrollierte Wahlniederlage. Russland an der Schwelle zu neuer Instabilität, Kurzanalyse, Österreichisches Institut für Internationale Politik, online abrufbar unter:

http://www.oiiip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/Aemtertausch_russland.pdf [01.01.2012].

- Mannteufel, Ingor (2011). Reset-Politik der USA misslungen, online abrufbar unter: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5147791,00.html> [16.12.2011].
- Marx, Johannes (2010). Is There a Hard Core of IR? Eine wissenschaftstheoretische Betrachtung der Theorien der Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 2010/Heft 1, online abrufbar unter: <http://www.zib.nomos.de/?id=1586> [26.10.2011].
- Melzer, Olaf (2005). Russland im Europarat: Demokratieexport durch den Europarat nach Russland seit 1989, in: Matischok, Jana/Pleines, Heiko/Ruhm, Hannah (Hrsg.). Integration und Ausgrenzung im Osten Europas. Beiträge für die 13. Tagung junger Osteuropa-Experten, Nr. 70, 25-30, online abrufbar unter: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/UserFiles/file/06-Publikationen/Arbeitspapiere/fsoAP70.pdf> [15.10.2011].
- Mussnig, Daniela (2005). Russland und die OSZE: Gespannte Beziehungen, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.). Die russische Außenpolitik unter Putin, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 73, online abrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/pages/arbeitspapiere/fsoAP73.pdf> [25.09.2011], 58-60.
- Nienhuysen, Frank (2011). Parlamentswahl in Russland. Putin-Partei rutscht ab, online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahl-in-russland-putin-partei-rutscht-ab-1.1226370> [16.12.2011].
- Obolenskij, Vladimir (2011). Russlands WTO-Beitritt: Tatsachen und Legenden, in: russlandanalysen Nr. 221 (03.06.2011), 2-4, online abrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen221.pdf> [01.01.2012].
- Oldberg, Ingmar (2010). Russia's Great Power Strategy unter Putin and Medvedev, online abrufbar unter: <http://www.ui.se/upl/files/44020.pdf> [01.01.2012].
- Richter, Wolfgang (2011). Scheitert die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa?, SWP Aktuell 22, online abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A44_rrw_ks.pdf [01.01.2012].
- Rotte, Ralph/Schwarz, Christoph (2010). Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur? Hintergründe und Implikationen der Medwedew-Initiative, in: 'liberal' Juni 2010, 44-47, online abrufbar unter: <http://www.liberales.de/files/4694/Rotte.pdf> [20.09.2011].
- Russländische Föderation (1997). Russian National Security Blueprint vom 26. Dezember 1997, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/blueprint.html> [04.01.2012].
- Russländische Föderation (2000). The Foreign Policy Concept of the Russian Federation, online abrufbar unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/russia/doctrine/econcept.htm> [01.01.2012].
- Schmidt, Hans-Joachim (2008). Ende der Neuordnung der konventionellen Rüstungskontrolle?, HSK-Report 3/2008, online abrufbar unter: <http://www.hsfk.de/downloads/report0308.pdf> [01.01.2012].

Schröder, Hans-Henning (2005). Russland als Partner? Ressourcen und Optionen russischer Außenpolitik, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.). Die russische Außenpolitik unter Putin, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 73, online abrufbar unter: <http://www.laenderanalysen.de/pages/arbeitspapiere/fsoAP73.pdf> [25.09.2011], 8-10.

Schröder, Henning (2007). Auftakt zum Präsidentenwechsel? Überlegungen zur Regierungsumbildung in Russland, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.). Die russischen Wahlen 2007/2008. Teil 1: Parlamentswahlen 2007, Forschungsstelle Osteuropa Bremen. Arbeitspapiere und Materialien Nr. 90, 33-36, online abrufbar unter: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP90.pdf> [25.09.2011].

Schröder, Hans-Henning (2011). Russland in der Ära Jelzin. 1992-1999, Bundeszentrale für politische Bildung, online abrufbar unter: http://www.bpb.de/popup/popup_druckversion.html?guid=T82QWK [25.07.2011].

Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) (1990). Charta von Paris für ein neues Europa, 3, online abrufbar unter: <http://www.osce.org/de/mc/39518> [01.01.2012].

Stewart, Susan (2011). Wenn Russland schwächer wird, SWP-Aktuell, online abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A42_stw_ks.pdf [01.01.2012].

The Foreign Policy Concept of the Russian Federation (12.07.2008), online abrufbar unter: <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> [13.11.2011].

Treaty between the United States of America and the Russian Federation on measures for the further reduction and limitation of strategic offensive arms, online abrufbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/140035.pdf> [01.01.2012].

Sonstige Quellen

Götz, Roland (1999). Russlands Wirtschaftslage im Herbst 1999. Aktuelle Analysen des BIOst 51.

Fernsehdiskussion

Europastudio vom 6. November 2011 in ORF 2 (11.05-12.00 Uhr) unter der Leitung von Paul Lendvai zum Thema *Russlands Rolle in der Weltkrise* unter Teilnahme von Anna Schor-Tschudnowskaja, Susanne Scholl, Gerhard Mangott, Burkhard Bischof.

Vortrag

Politischer Salon zum Thema *Russia's choice: change or degenerate?* am 10. Oktober 2011 um 18:30 im Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien unter Teilnahme von Lilia Schewzowa (Gast), Ivan Krastev (Moderation) und Christian Ultsch (Moderation).

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob seit dem Amtsantritt von Präsident Dmitri Medwedew eine Neuausrichtung der Außenpolitik der Russländischen Föderation stattgefunden hat. Unter Berücksichtigung der (neo-) realistischen Schule und der Autoritarismustheorie kann festgestellt werden, dass die russländische Außenpolitik nicht nur von der internationalen Umwelt sondern auch von innenpolitischen Konstellationen beeinflusst wird. Ein Vergleich der Präsidentschaften Jelzins, Putins und Medwedews hat dabei gezeigt, dass nicht nur die (innen-) politische Linie des Präsidenten, sondern auch das Maß, in dem er die von der Verfassung vorgesehene außenpolitische Richtlinienkompetenz ausschöpft, für die Ausgestaltung der Außenpolitik entscheidend sind. Während Jelzin aufgrund von Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen für die Außenpolitik zuständigen Organen seine außenpolitische Linie oftmals nicht durchsetzen konnte, hat Putin nicht nur innenpolitisch sondern auch außenpolitisch eine Konzentration der Macht auf seine Person erwirkt. Dies führt zu einer kohärenteren Außenpolitik. Medwedew jedoch hat mit Putin einen außergewöhnlich mächtigen Ministerpräsidenten an seiner Seite. Ein Vergleich der außenpolitischen Interessen Putins mit jenen Medwedews hat gezeigt, dass Medwedew in zentralen Politikbereichen die von einem neorealistischen Weltbild geprägte Außenpolitik Putins fortsetzt. Im Gegensatz zu Jelzin stellen Putin und Medwedew die Außenpolitik in den Dienst innen- und wirtschaftspolitischer Ziele. Vor allem in der Rhetorik von Präsident Medwedew nimmt das Ziel der Modernisierung des Landes einen großen Stellenwert ein. Die von der Russländischen Föderation angestrebte Durchsetzung des Großmachtstatus wird von der ungünstigen demografischen Entwicklung, den Mängeln in der Gesundheitsversorgung und den veralteten Beständen bei konventionellen Waffen behindert. Auch mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zeichnen sich die Beziehungen zum euro-atlantischen Raum durch die Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konflikten aus. Die von Präsident Medwedew vorgeschlagene Neuorganisierung der europäischen Sicherheitsstruktur hat bisher zu keiner kooperativen Sicherheitspolitik zwischen den euro-atlantischen Staaten und Russland geführt. Insgesamt kann festgehalten werden, dass unter Medwedew keine fundamentale Neuorientierung der russländischen Außenpolitik stattgefunden hat.

Lebenslauf

Personalien

Vorname Elisabeth
Nachname Rebhandl
Geboren 3. Juni 1987 in Kirchdorf/Krems
Nationalität Österreich

Ausbildung

seit 2006 **Universität Wien**
Studium der Politikwissenschaft und der Romanistik
(Italienisch Diplom)
Spezialisierungsmodule: Internationale Politik, Europa und Europäische Union, Ost- und Mitteleuropa

03.-07/2010 **Università di Studi di Roma „La Sapienza“**, Rom
Auslandsstudium im Zuge des Erasmus-Programmes

2001–2006 **Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe**, Kirchdorf/Krems
Matura mit Auszeichnung

Studienrelevante Praktika

08.-09.2010 **Europäisches Parlament**, Brüssel
Praktikum

Sprachen

Deutsch Muttersprache
Italienisch sehr gut in Wort und Schrift
im Sommer 2007 mehrwöchiger Sprachaufenthalt in Rom

Englisch sehr gut in Wort und Schrift
Französisch gut in Wort und Schrift
Russisch Grundkenntnisse